

Volkswacht

für Schlesien

den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“

Abzugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition Bluststraße 4/II durch die Vertriebsstellen der „Volkswacht“, Neue Graupenstraße 6 und Friedrichstraße 108, Bluststraße 155 sowie durch alle Anzeigenstellen zu beziehen. Der Abzugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,42 Rmt. + 8 Pf. Trägertaxi. Der Einzelheftpreis 1,70 Rmt. + 35 Pf. Trägertaxi. 2,10 Rmt. Durch die Post einjährig 20 Rmt. (Postgebühren 2,40 Rmt.)

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse Geschäftsstelle 21737, Redaktion 21738
Postfach-Konto Postfach-Nr. Breslau Nr. 5852.
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

Anzeigenpreis: Je Zeile für gewöhnliche Anzeigen aus Schlesien 70 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Grabschilde, Vereins-, Besamungs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer werden bis zum Freitag 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Bluststraße 4/II oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Anzeigen eingeleitet Manuskripte werden nur zurückgeliefert wenn Rückporto beiliegt

Der Youngplan verabschiedet

Annahme des Youngplans mit großer Mehrheit, des polnischen Liquidationsabkommens mit kleiner Mehrheit - Das Youngplangesetz für dringlich erklärt - Abspaltung der bairischen Volkspartei von der Regierungsmehrheit

Die Bedeutung des Tages

Berlin, 12. März.
Der Reichstag hat sämtliche Younggesetze angenommen. Eine Werturteilung, die, so umbrocht, eine so feste Entscheidung veranlassungsbewusst auf sich nimmt, ist ein harter Beweis gegen die modische Gerede von dem Verfall des Parlamentarismus. Nur einmal zitierte die Waage der Entscheidung: beim Votenvertrau. Hier drohte das Ausbrechen der Bayern verhängnisvoll zu werden. Neben dem Bauernbund beherrschte die Bayerische Volkspartei unter dem Kommando des nach Berlin geeilten bayerischen Ministerpräsidenten auch gegen ihren parlamentarischen Führer Lecht. Gegen dessen Rat trat sie an die Seite der Opposition. Wird sich dennoch eine Mehrheit finden? Zentrum und Deutsche Volkspartei retteten durch Fraktionszwang die Lage. Mit 236 Ja gegen 217 Nein bei Enthaltungen wurde auch das Polen-Abkommen angenommen.

Die Mehrheit für das Haager Abkommen ist so groß, daß die Spekulationen darauf, daß der Reichspräsident die Gesetze zum Verfall erklären könnte, wohl vernichtet sein dürften. Nach großer Unsicherheit stellt sich die Mehrheit bei 14 Enthaltungen bei der Erklärung der Dringlichkeit. Der Wille der Volkspartei zur Unterstützung ist eindeutig. Der Reichspräsident von Hindenburg wird seinen Namen unter das große Werk setzen. Damit wird es Gesetzeskraft erhalten.

Zwei deutsche Länder, Bayern und Thüringen, zeigten sich aber einmal die ganze säkularisierte Kleinheit unseres Vaterlandes auf. Die bayerischen Parteien sehen nur ihre eigenen Interessen und Finanzausgleich und meinen, Europa müßte sich um solchen großartigen „außenpolitischen“ Gesichtspunkten orientieren. Thüringen aber ließ durch den vom Bauernbund zum deutschen Ministerpräsidenten ernannten Fried eine Erklärung gegen die Younggesetze hinauskommen, die alle Welt in Ungewissheit empfinden wird. In einer Stunde, die immerhin sehr kurz war für Deutschland und die Welt. Welche nur noch die Wahrheit ist, was gestern im Reichstage behauptet wurde, daß der Fried von seiner Regierung gar nicht beauftragt war, diese Erklärung abzugeben. Da wäre er also seiner Tradition treu geblieben und hätte wieder einmal gefälligst abgelenkt.

Dieser Tag gehörte der Sozialdemokratie. Mögen sie nun auch Land ziehen unter Schwarz-Weißrot, Falkenzug und Adlerkranz. Es sind geschlagene Heerhaufen, die dem Volke nichts zu bieten haben als ein gewaltiges Mundwerk, das seit dem Jahrzehnt heult und schimpft und heht. Und was sie prophezeien! Nie würden die Franzosen aus dem Ruhrgebiet gehen. Sozialdemokratisch-republikanische Außenpolitik ist lediglich zum Umarmen gebracht. Nie würden die Franzosen über den Rhein verlagern. Ein sozialdemokratischer Reichspräsident wird das Rheinland besetzen, während die patentierten Nationalen gegen diese Besetzung schreien und demonstrieren. Nie würden die fremden Kontrollen über Eisenbahn und Finanzen schwinden. Ein sozialdemokratischer Kanzler stellt Deutschlands Verantwortung wieder her. Nie würden die Daweslasten ermäßigt werden. Ein sozialdemokratischer Kanzler senkt sie um 700 Millionen Mark im Jahre. Nie würde Frankreich auf militärische Anklagen verzichten. Ein sozialdemokratischer Kanzler hat Frankreich und seine Militärs um ihr Sanktionsrecht gebracht. Sozialdemokratische Politik hat die erste Brücke in das Verfallene Weltgesetz gelegt. Daher die ganze Wut der Nationalen, die sich nicht für die deutsche oder nationale Politik zu trennen. Im Interesse der völkerverbindenden Internationale hat die Sozialdemokratie für Deutschlands Freiheit gearbeitet. Die Nationalisten sehen mit ihren Maulern daneben.

Nach ist das Werk nur halb getan. Außenpolitisch ist ein Meilenstein erreicht. Von hieraus muß die Führung des Kanzlers, die wir uns alle sofort dem inneren Aufbau Deutschlands zuwenden. Stimm mit dem Wirtschaftswissenschaftler! Nieder mit den Schwärmern von einer neuen Weltrevolution! Kampf und Verachtung denen, die Kapital ins Ausland verschleusen. Sie sind die wahren Landesverräter. Daß die Millionen Erwerbslosen wieder in die Produktion gehen werden, daß ihre Frauen und Kinder sich wieder sättigen werden, daß sie freuen dürfen, daß neue Hoffnung und neue Kraft in die deutschen Volksmassen komme, dies ist unser Wille. Wir arbeiten wir. Dafür tragen wir aller Kritik und aller Beschimpfungen. Dafür setzen wir den Kampf gegen alle fort, die aus hartem Egoismus einer sozialen Finanzpolitik widerstreben.

Der außenpolitische Sieg ist unser. Der innerpolitische Entscheidungsskampf beginnt!

Berlin, 12. März. (Eigener Bericht.)
Auf der Tagesordnung des Reichstages steht die dritte Beratung der Young-Gesetze.

Reichskanzler Müller:

Bei den langwierigen Verhandlungen um den neuen Plan für Deutschland die Befreiung der Rheinlande und die Neuverteilung der Reparationsfrage das die Reichsregierung sich auch jetzt der Beginn der dritten Beratung angedrückt, für eine gleichzeitige Verhandlung aller dieser Gesetzesvorlagen ein. Hat in seinem Stadium der Verhandlungen ein Schritt

daraus gemacht, daß der Sachverständigenplan und die zu seiner Inkrustierung getroffenen Abkommen auch nach ihrer Ueberzeugung hinter den berechtigten Erwartungen Deutschlands weit zurückbleiben, und daß die Kritik in manchen Punkten leider berechtigt ist. Ausschlaggebend muß für uns aber bleiben, ob das Ergebnis als Ganzes dem deutschen Gemeinwohl förderlich ist oder nicht. Die Reichsregierung erklärt mit voller Ueberzeugung, daß sie

in der Neuregelung einen Fortschritt gegenüber dem bisherigen Zustand der Dinge

erblickt. Die Regelung der Reparationsfragen, wie sie jetzt vorliegt, befreit die deutsche Wirtschaft von dem lähmenden Zustand der Unsicherheit der wirtschaftlichen Zukunft. Trotz der außerordentlich schweren Lasten des neuen Planes ist die Reichsregierung überzeugt, daß der Versuch der Durchführung nicht zum Nachteil Deutschlands ausfallen wird, aus der bestimmten Erwartung heraus, daß auch die Gläubigermächte ihre Verpflichtungen nicht minder ehrlich durchführen werden als Deutschland.

Man hat den Vorwurf erhoben, daß das Haager Abkommen Deutschland Zugestehungen auferlege, die der Sachverständigenplan selbst nicht vorsah, nämlich die rund 400 Millionen aus der Uebergangszeit, den Gegenwert für das verloren gegangene Staatsvermögen in Polen und die Liquidationsüberschüsse. In allen drei Fällen kommen jedoch Mehrleistungen über die Annuitäten der Sachverständigen hinaus nicht in Frage. Der Young-Plan enthält nichts darüber, daß wir ein Recht haben sollten, jene Beträge von den Jahresleistungen abzuziehen. Zu den Beträgen aus der Uebergangszeit hat der Young-Plan überhaupt keine Bestimmungen getroffen, weil die gegnerischen Sachverständigen schon damals Deutschland das Recht auf die Ueberflüsse bestritten und die Sachverständigen sich deshalb nicht einigen konnten. Zur Anrechnung des Staatsvermögens erklären sämtliche Sachverständige, daß die Abrechnungen zwischen der Reparationskommission und Deutschland über die vor der Zeit des Dawesplanes liegenden Vorgänge zusammen mit — und das wird oft übersehen — allen Abrechnungen, die Gutachten auf die ursprüngliche Kapitalkuld bedingen, gegenstandslos werden sollten. Dadurch war Deutschland jede Möglichkeit genommen, an Polen noch irgend welche Forderungen zu stellen. Ebenso wenig gab uns der Sachverständigenbericht eine ausreichende Grundlage, um die Ueberweisung der Liquidationsüberschüsse an Deutschland zu verlangen.

Die Berichte, die Deutschland aussprechen mußte, haben ihre Grundlage in einer Einseitigkeit der Sachverständigen der Gläubigermächte, der die deutschen Sachverständigen keinen ausdrücklichen Widerspruch entgegenzusetzen konnten. Es ist der Regierung aber wenigstens gelungen, die Beschränkung auf eine erheblich engere Fassung zu erreichen und die Frage für Polen aus dem Young-Plan herauszunehmen und in ein Sonderabkommen einzufügen, das uns auf nationalpolitischem Gebiet Gegenleistungen gewährt. Auch die Zahlungen auf die belgischen Markforderungen sind keine Zusatzleistungen. Die Sachverständigen muteten selbst den belgischen Mitgliedern die Unterzeichnung ihres Berichts nur unter der Voraussetzung zu, daß eine Vereinbarung über die Markforderungen erzielt werde.

Kein Mensch in der Welt kann heute mit ehrlicher Ueberzeugung die Auswirkungen des Young-Planes prophezeien. Wir können nur feststellen, daß Deutschland den neuen Plan mit der aufrichtigen Bereitschaft, ihn durchzuführen, annimmt, und daß es sein Bestes tun wird, die eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen. Die Reichsregierung steht umso mehr für ihre Unterzeichnung ein, als das Vertragswerk selbst die Entwicklungsmöglichkeiten enthält, die im Interesse der Erhaltung des deutschen Wirtschaftslebens eingeschaltet werden mußten. Alle ausländischen Kontrollen werden weggelassen. Die Finanzpolitik Deutschlands ist in Zukunft frei. Das Gegenstück zu dieser Freiheit ist Selbstverantwortung, auch für die Uebertragung der Reparationszahlungen an das Ausland. Falls dies trotz Deutschlands gutem Willen mißlingt und Gefahren für Währung und Wirtschaft drohen, kann Deutschland das Moratorium erklären oder den beratenden Sonderausschuß einberufen, jedoch erneut Sachverständige die Gesamtsachlage zu prüfen haben. Die im neuen Plan betonte internationale Zusammenarbeit muß durch die Bank für Internationale Zahlungen und durch den beratenden Ausschuss besonders für jene Zeit sichergestellt sein, wo die Transferierung der aus der Zeit eines Moratoriums stammenden Beträge neben der laufenden Annuität eine Störung bewirkt, die vorzuziehen und helfende Unterstützung oder Modifizierungen nach Sinn und Geist des Planes erfordert. Die Befriedigung der Welt muß nach der Erfüllung des Weltkrieges fortgeschritten und wird fortgeschritten. Mit der Verabschiedung der Young-Gesetze wird ein neuer Ab-

schnitt erreicht, der die Grundlage für unsere weitere Wiederaufbauarbeit sein wird.

Alle Unbedenken und Zweifel in der Sanktionsfrage sind unbegründet. Durch die Befreiung der Reparationskommission und durch die Einführung der Organe des neuen Planes ist dem Sanktionsystem des Vertrages von Versailles der Boden entzogen. Das Rheinland ist von der Sonderhaftung befreit. Alle Streitfragen sind künftig vom Schiedsgericht zu entscheiden. Die Bestimmungen des Planes darüber sind erschöpfend, jedoch daneben irgendwelche andere Befugnisse der Gläubiger nicht in Betracht kommen. Selbstverständlich steht die Erfüllung der außerordentlichen Reparationsleistungen, zu denen wir verpflichtet sind, unter den gemeinen Regeln des Völkerrechts. Aber auch gegen die Rechte, die das allgemeine Völkerrecht den Gläubigern gibt, haben wir für den äußersten Fall noch die denkbar besten Garantien eingeschaltet. Dieser äußerste Fall, daß nämlich Deutschland den Plan zerlegt, kann nur von der höchsten internationalen Rechtsinstanz festgestellt werden, und vor einer solchen Feststellung, die wir praktisch als eine Unmöglichkeit betrachten dürfen, können die Gläubiger überhaupt keine Schritte gegen Deutschland tun.

Die Räumung der besetzten Gebiete ist mit der Annahme der vorliegenden Gesetze gesichert. Erhöhten Standes sehen wir dem Tag entgegen, an welchem wir die Befreiung der Rheinlande feierlich begehen und den Rheinländern für ihre Treue und die dem Vaterland gebrachten Opfer danken können. Beständig bleibt allerdings, daß die Saarverhandlungen noch zu keinem greifbaren Ergebnis geführt haben. Ich bin der festen Hoffnung, daß der Befreiung der Rheinlande und der Pfalz bald die des Saargebietes folgen wird.

Die Rückkehr zu stabilen und stetigen Verhältnissen, die wir bestimmt als Folge der Annahme des neuen Planes erwarten, macht erst den Weg für eine Finanz-, Staats- und wirtschaftspolitische Reform frei. Das Finanzprogramm der Regierung vom Dezember wurde durch die Notwendigkeit verstärkter Schuldenentlastung hinausgeschoben. Aber im Sinne dieses Programms erklärt die Reichsregierung nochmals, daß Deutschlands Wirtschaft dringender Entlastung bedarf, die zu dem frühestmöglichen Zeitpunkt erfolgen muß. Die deutsche Kapitalbildung muß gefördert, die Ausgaben müssen soweit wie möglich gesenkt werden. Vor allen Dingen aber ist eine Sanierung der Finanz- und Kassenlage des Reiches, der Länder und Gemeinden die unerlässliche Voraussetzung für eine Rückkehr zu geordneten Finanzverhältnissen. Deshalb hat die Reichsregierung den Haushaltsplan für 1930 mit größter Sparsamkeit aufgestellt und dadurch sichere Einnahmen in sich ausgeglichen. Als Grundlage für den außerordentlichen Haushalt hat die Regierung festgelegt: 1. Neue außerordentliche Ausgaben dürfen künftig nur in den Haushalt eingebracht werden, wenn die Deckung feststeht. 2. Vorläufig darf ein neuer Anleihebedarf erst dann wieder in den Haushalt eingestellt werden, wenn der alte endgültig abgedeckt ist. 3. Alle Verpflichtungen dürfen nur im Rahmen der vom Reichsfinanzminister bereitgestellten Mittel eingegangen werden. Das neue Finanzprogramm wird der Wirtschaft neue Impulse geben und auch die Kapitalbeschaffung im In- und Auslande fördern.

Die Erwerbslosigkeit wird sich, wenn es nach der Annahme des neuen Planes gelingt, die Wirtschaft wieder anzukurbeln, nicht so unglücklich auswirken wie zuerst. Die Reichsregierung wird mit allem Nachdruck bemüht sein, die deutsche Sozialpolitik in den bewährten Bahnen fortzuführen.

Neue rasch wirkende Maßnahmen gegen die Agrarnot sind in Vorbereitung. Die Einfuhr entbehrlicher Nahrungsmittel kann nur gerechtfertigt werden, soweit die Produktionskräfte des Landes nicht ausreichen, um die Ernährung der Bevölkerung sicherzustellen. Wir müssen die Roggenvorräte aus zwei guten Erntefahren im Lande verbrauchen und dadurch die Einfuhr ausländischen Weizens einschränken, die nahezu 450 Millionen Mark im Jahre erreicht.

Eine Gefährdung der deutschen Währung ist ausgeschlossen.

Die Furcht vor politischen Unruhen fördert die Kapitalflucht. Ganz zu unrecht. Denn die Regierung ist stark genug, Putschgelüste von links und rechts schärflos im Reine zu unterdrücken. Die deutsche Republik steht heute unerwackter denn je.

Eine ruhige Fortführung der deutschen Gesamtwirtschaft, ihre Entlastung durch den neuen Plan, die geplante Steuerreform, sowie die eingeleiteten Maßnahmen zugunsten der Landwirtschaft sind die Grundlage, von der aus die Reichsregierung am Wiederaufbau unseres Vaterlandes weiterarbeiten will. Sie fordert dazu die Mitarbeit des deutschen Reichstages, die ihr nicht verweigert werden darf, wenn das deutsche Volk nicht schweren Schaden leiden soll. (Lebhafte Zustimmung bei den Regierungsparteien.)

Wg. Daug. (D.M.) gibt für das Zentrum, die Sozialdemokraten, die Demokraten, die D.Volksp. zu den Liquidationsabkommen mit England, Australien und Neuseeland eine Erklärung ab, wonach die genannten Fraktionen diesen Abkommen nicht zustimmen, weil sonst England den neuen Plan vielleicht nicht ratifizieren würde. In der Erklärung wird dann die Abschaffung der Freigabe des liquidierten Eigentums und namentlich die Haltung Englands bedauert, aber die Hoffnung ausgesprochen, daß sich auch bei der englischen Regierung noch eine andere Auffassung durchsetzen werde.

Luther bestätigt

Der Reichspräsident hat am Mittwoch die Ernennung des Reichskanzlers a. D. Dr. Luther zum Reichsbaupräsidenten für die Amtsdauer von vier Jahren vollzogen.

Abg. W. Kraus (Dnat.) Während hier über den Youngplan geredet werde, spiele sich hinter verschlossenen Türen das Rennen um die Finanzreform ab. (Sehr gut rechts.) Man müsse heute erinnern an die großen Hoffnungen, die seinerzeit auf den Geist von Locarno gesetzt worden seien. Von diesem Geist sei bei den Pariser und Haager Verhandlungen wenig zu spüren gewesen. Die Deutschnationalen erheben mit Frankreich ein Verhältnis des Verzweuens und der Verkünderung. Ein solches Verhältnis könne aber nicht bestehen, solange Deutschland ausschließlich der Anhöf, Frankreich ausschließlich der Hammer sei. (Über wahrscheinlich entsteht es dadurch, daß Deutschland Frankreich seine Schulden nicht zahlt. (Vom. d. Red.)

Wenn der Youngplan vom Reichstag angenommen wird, wüßten die Deutschnationalen die Auslegung seiner Verkündung beizubringen.

Abg. Dr. Brüning (Ztr.): Die gütige Besprechung unserer Erklärung in der Presse der letzten Zeit zeigt uns, daß das Zentrum den richtigen Weg gegangen ist. Selbst die Freunde und der Jubel über die Befreiung des Rheinlands sind nicht ungemischt, denn wir wissen, daß auch jetzt das Rheinland sich nicht der gleichen Souveränität erfreut wie alle übrigen Gebiete des Reiches. Entscheidend für unsere Haltung zum Youngplan sind wirtschaftliche Überlegungen. Diese Überlegungen nötigen uns zu der Anerkennung, daß mit dem neuen Plan ein Fortschritt gegenüber dem bestehenden Zustand erreicht wird. Der Redner verliest dann im Namen der Regierungsparteien eine Erklärung und bringt gleichzeitig eine Entschließung ein.

Die Erklärung der Regierungsparteien

Die von den Regierungsparteien am Mittwoch dem Reichstag vorgelegte und später angenommene Erklärung zur Abstimmung über den Youngplan lautet:

Der Reichstag billigt die Erklärung des Reichskanzlers, insbesondere seine Feststellung, daß von Anfang der Geltung des neuen Planes an die beteiligten Regierungen um auf ein gemeinschaftliches Ziel im Geiste gegenseitigen Verständnisses und guten Willens hinzuwirken, sich im Sinne einer freimütigen Zusammenarbeit auf internationaler Grundlage verständigen zu haben, alle Streitfragen der Auslegung und der Anwendung des neuen Planes der alleinigen Anwendung der Schiedsgerichtsbarkeit zu unterstellen,

daß die an der Unterzeichnung der Anlage 1 des Haager Abkommens beteiligten fünf Gläubigerregierungen für die von ihnen behaupteterweise vorgezeichnete Möglichkeit des äußersten Falles,

daß eine deutsche Regierung absichtlich unter bewußter und verschuldbeter Verletzung ihrer Verpflichtungen durch vollkommene Handlungen ihren Willen, den Plan im ganzen zu zerschneiden, beweist, sich verpflichtet haben, bevor sie irgend einen Schritt zur den Ständigen Internationalen Gerichtshof anzureufen, während die übrigen Gläubigerregierungen dieses Recht nicht besitzen,

daß der Beratende Sonderausschuß auf Anregung Deutschlands bei der Gefährdung seiner Währung und seines Wirtschaftslebens in eine gründliche Prüfung der Lage Deutschlands eintritt und Maßnahmen hinsichtlich der Anwendung des neuen Planes vorschlagen wird,

daß Deutschland es als seine besondere Pflicht betrachtet, darauf hinzuwirken, daß die in dem neuen Plan betonte internationale Zusammenarbeit besonders für jene Zeit durch die Bank für internationale Zahlungen und durch den Beratenden Sonderausschuß sichergestellt sein muß, wo nach Ablauf eines Zeitraumes, für den ein vollständiger oder teilweiser Transfer oder Zahlungsaußfall für irgend eine Monatsrate erklärt worden ist, die Transferierung der aus der Zeit des Moratoriums stammenden Beträge neben der Transferierung der laufenden Annuität eine Transferierung bewirkt, die, das heute schon herangezogen werden, vortreffliche und besonders Unterstützung der Modifizierung nach Sinn und Geiste des Planes erfordert.

Ueber andere Anträge geht der Reichstag zur Tagesordnung über.

Außerdem wurde von den Regierungsparteien eine Entschließung eingebracht und angenommen, in der es heißt:

„Die Sachverständigen erklären in ihrem Bericht vom 7. Juni 1920, sie seien zwar als Geschäftsleute an ihre Aufgabe herangegangen, hätten aber festgestellt, daß sie ihre Entscheidung nicht nur auf wirtschaftliche, sondern in gewissem Umfange auch auf politische Erwägungen gründen müssen, um die Annahme ihrer Vorschläge zu sichern. Darin kommt klar zum Ausdruck, daß die Gestaltung des neuen Reparationsplanes von dem durch den Ausgang des Krieges geschaffenen politischen Machtverhältnissen über rein wirtschaftliche Erwägungen hinaus beeinflußt wurden ist. Hinsichtlich der Durchführung des neuen Planes enthält dieser selbst die notwendigen Sicherungen, die bei allseitigem guten Willen es ermöglichen, das Gesetz der wirtschaftlichen Vernunft zur vollen Auswirkung gelangen zu lassen. Davon abgesehen kann und wird Deutschland nicht darauf verzichten, mit allen ihm zu Gebote stehenden friedlichen Mitteln der Außenpolitik der durch den Versailler Vertrag geschaffenen Lage entgegenzuwirken. Nicht die bestehenden Machtverhältnisse, sondern Ehre, Freiheit und Gleichberechtigung der Völker müssen die alleinige Grundlage der internationalen Beziehungen werden. (Beifall)

im Ztr.) Die wirtschaftliche Entwicklung muß Raum für die Lebensnotwendigkeiten Deutschlands schaffen. Nur so kann wirklich eine Liquidation der Vergangenheit herbeigeführt werden und ein gelicher Frieden zwischen den Völkern entstehen.

Der Reichstag wendet hierdurch die Reichsregierung auf, die deutsche Außenpolitik in diesem Sinne zu führen.

Abg. Brüning (Ztr.) führt dann fort: Wir hätten in der Reichstagsrede, der wir zustimmen, eine weitere Formulierung der Erklärung gewünscht, daß die Finanzsanierung in einem Zeitpunkt erfolgen soll, der nur durch wenige Tage von der Verabschiedung des Youngplans getrennt ist. Uns ist es mit dieser Forderung absolut ernst. Wir werden unverzüglich die politischen Konsequenzen ziehen bei Verzögerung der Finanzverhandlungen oder bei Schaffung von erneuten Schwierigkeiten. Wir wollen den Zustand überwinden, der die Konsequenz ist einer übertriebenen Agitation von rechts, eines Wirtschaftspessimismus, der die Arbeitslosigkeit unendlich steigert und ungeheurer viele Entlassungen im Mittelstand, Handwerk und Gewerbe vernichtet. (Beifall im Ztr., Unruhe rechts.) Es handelt sich jetzt nicht mehr um einen Kampf im Parlament, sondern es geht um das Parlament selbst. Das Zentrum will nicht dauernd die unangenehme Rolle des Maskens übernehmen. (Beifall i. Ztr.)

Von den Oppositionsparteien ist inzwischen der Antrag eingegangen, der im Falle einer Annahme des Youngplans die Auslegung der Erklärung verlangt. Von den Kommunisten ist ein Mißtrauensantrag gegen den Reichskanzler eingebracht worden.

Abg. Floin (Komm.) erklärt, der Kampf gegen den Youngplan werde nicht im Parlament entschieden, sondern in den Betrieben und auf der Straße durch die Arbeiterkraft unter Führung der Kommunisten. Trotz aller Drohungen der Regierung werde das Proletariat den kommenden 1. Mai zum Großkampf und Streiktag machen gegen den Youngplan und gegen das System der Kapital-Diktatur.

Abg. Dr. Bredt (Wirtschaftsp.) verliest eine Erklärung, in der es heißt, die Wirtschaftspartei stehe grundsätzlich auf dem Boden der Verständigungspolitik, sie könne aber nach gewissenhafter Prüfung der wirtschaftlichen Wirkungen des Youngplans angeht die Zerstörung der deutschen Finanzen diesem Plan nicht zustimmen.

Abg. Dr. Japp (D. Vp.): Die gegen den Youngplan opponierenden Parteien gehen leicht hinweg über den gewaltigen Erfolg, der mit der Befreiung des Rheinlands erzielt ist.

Abg. Stampfer (Soz.):

Man hat darüber diskutiert, ob es richtig war, die Räumung mit der Reparationsfrage zu verbinden.

Die Räumung kommt, und wir freuen uns dessen als eines großen Erfolgs der Politik, die wir deutschen Sozialdemokraten seit mehr als zehn Jahren konsequent betrieben haben.

Ohne vom Reichskanzler ermächtigt zu sein, erkläre ich: Es ist falsch, wenn man glaubt, der Reichskanzler hätte sich den Mißtrauensantrag der Kommunisten bei ihnen bestellt. (Heiterkeit.) Der Antrag ist ganz aus eigenem freien Willen und aus dem politischen Scharfsinn vorgegangen, der auch in anderen Fällen die Kommunisten auszeichnet. (Heiterkeit.) Ich möchte nicht verstehen, der Kommunistischen Fraktion für diesen Gesellen, den sie dem Kabinett Müller erweist, meinen Dank auszusprechen.

Herr Wallraff meint vorsichtig, es werde der Annahme des Youngplans vielleicht eine kurze Wille der deutschen Wirtschaft folgen. Aber warum ist Herr Wallraff so grausam, der deutschen Wirtschaft nicht einmal diese kurze Wille zu gönnen? Et was ganz anderes würde der deutschen Wirtschaft bevorstehen, wenn der Damesplan in Kraft bliebe, den Herr Wallraff am 29. August 1924 mit uns gemeinsam beschlossen hat. Ich kann nicht erkennen, wo die Gewissenhaftigkeit liegt, wenn man vor fünf Jahren einen Plan annimmt, der das Deutsche Reich mit jährlich 24 Milliarden Reparationslast plus Vorkosten belastet, und heute einen Plan ablehnt, der die Belastung jährlich um 500 Millionen Mark und mit dem Vorkosten um 700 oder 800 Millionen Mark erleichtert. Es ist auch nicht große Gewissenhaftigkeit, wenn man vor vier Jahren mitgewirkt hat, einen Plan anzunehmen, der Deutschland unzählige Schmachttide, die nationale Ehre tränkende Kontrollinstanzen auferlegt hat, und wenn man jetzt abhört, einem Plan zuzustimmen, der alle diese tränkenden Kontrollen beseitigt. (Sehr gut links.) Wir haben am Dienstag erlebt, daß die Deutschnationalen einer nationalsozialistischen Resolution zugestimmt haben, die die Aufhebung des Kriegsgesetzes fordert. Das ist eine sehr schöne Geste. Sie werden gewiß im Lande herumfahren und den Wählern erzählen, wie tapfer Sie gewesen sind, daß Sie diesem Antrag zugestimmt haben, aber Ihre Ungläubigkeit, daß das Kriegsgesetz eingebracht wurde, als Sie in der Regierung saßen. Ihre Regierung hat dieses Gesetz beantragt, das die mitläufige Souveränität Deutschlands reiflos beseitigt. Die Deutschnationalen haben für dieses Gesetz gestimmt und haben das mit der großen politischen Zwangslage begründet, in der sich Deutschland befand. Diese Begründung hat der damalige Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses gegeben, der Herr R. Lege Wallraff. (Große Heiterkeit.)

Damals waren wir ja Bundesgenossen (große Heiterkeit), so wie wir bei der Annahme des Damesplanes Bundesgenossen gewesen sind. (Heiterkeit.) Sie haben allerdings nur wegen der politischen Zwangslage den Damesplan ange-

nommen, und es ist der Unterschied zwischen uns. Es gibt nur Deutschnationalen einen gemäßigten und durchsichtigen Stand, trotz ihrer Zustimmung zum Damesplan den Youngplan abzuweisen, und dieser Grund besteht darin, daß die Herren nicht so würden sie mit Schlotterndem Geben dazu zu laufen, es würde ihnen das Gewissen der nationalen Verantwortlichkeit schlagen, ob sie die Verzweigungen ablehnen dürfen.

Was die Sanktionen anbelangt, so besteht ganz abgesehen von allen völkerrechtlichen und formaljuristischen Schwierigkeiten ein natürliches Rechtsbewußtsein des Deutschen Volkes, und das liegt uns: Alles, was in aller Zeit als Sanktionen an militärische Befehle aufgestellt wurde, Gewalttaten waren, die nicht ein- einzeln mit einem wirklichen Friedenszustand, und die ich Volk berechtigen, gegen sie zu protestieren und sich mit allen verfügbaren völkerrechtlichen Mitteln dagegen zur Wehr zu setzen. Ganz davon abgesehen, daß Sanktionen irgendwelcher Art lokal in Auslegung des Locarno- und des Kellogg-Pattes möglich sind. (Sehr richtig!)

Der Youngplan sagen wir, daß wir nicht das wissen haben, 12 000 deutsche Bauern in Polen preiszugeben. Wille, diese Deutschen dort zu schicken, ist unser allerletzter Grund und darum treten wir in Uebereinstimmung mit den eigenen Wünschen der bedrohten Deutschen in den Liquidationsvertrag mit Polen ein. Wir will dies alles nicht, weil wir in der Regierung sind, wir will genau so handeln, wenn wir in der Opposition wären. Dazu unterscheiden wir uns von anderen Parteien des Hauses (wahrlich bei den Soz.), daß wir in den großen Lebensfragen des Deutschen Volkes eine und dieselbe Linie unverwundbar verfolgen wollen unabhängig von diesen Erwägungen, ob wir in der Regierung sitzen oder nicht. Darunter verstehen wir nationale Freiheit. (Lebh. Zustimmung der Soz.) Es ist eine große und scheidende Wendung der Geschichte, daß einmal ein besiegtes Volk den Mut gefunden hat (Zuruf der Nationalsozialisten: die Freiheit) „Nie wieder Krieg“ zu rufen. Das ist die deutsche Volkswesen ist, und daß die deutschen Arbeiter, die deutsche Sozialdemokratie dabei die Führung gehabt haben, darauf sind wir stolz. (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Abg. Meyer-Berlin (Dem.): Die Demokratische Fraktion hofft nach wie vor, daß nach Verabschiedung des Youngplans eine breite Mehrheit unter Zurückdrängung parteipolitischer Sonderinteressen die Finanzierung durchführen werde.

Abg. v. Einbeimer-Wildau (Chr. Nat. Abgeord.): Der Youngplan ist das verhängnisvolle Ergebnis des Mißerfolges der jährlicher Verständigungsversuche.

Abg. Straßer (Natz.) schimpft nur und sagt sachlich nicht. Abg. Schmidt-Hannover (Dnat.) verwirft den Youngplan. Abg. Stöcker verliest eine Erklärung seiner Fraktion. Inhalts: Der Youngplan sei ein Skandempakt, mit dem die deutsche Proletariat unter das Joch der internationalen Bourgeoisie gebracht werden solle.

Präsident Vöbe: Das Wort hat der Reichsratsbevollmächtigte des Freistaats Thüringen, Herr Dr. Fried. (Ständemittel-Gesellsch. bei den Regierungsparteien.)

Dr. Fried: Als bevollmächtigter Vertreter des Landesthüringen habe ich folgende Erklärung abzugeben. In der Hinsicht Gegenstand der Reichsregierung steht die Regierung des Landesthüringen in der Annahme des Youngplans und des deutschen polnischen Liquidationsabkommens das größte nationale Unglück und das Ende der Selbstständigkeit der Länder.

Präsident Reichsratsbevollmächtigter Dr. Bredt: Die große Mehrheit des Reichsrats steht auf einem ganz anderen Standpunkt als die thüringische Regierung. Die Vereinigten Ausschüsse des Reichsrats haben die Annahme des Youngplans für notwendig erklärt.

Die Abg. Kling (Bayr. Bauernbund) und Frölich (Komm. Opposition) lehnen die Youngpläne ab.

Präsident Vöbe teilt mit, daß mit Rücksicht auf die Anträge in denen die Ausfertigung der Verkündung verlangt wird, die Regierungsparteien (ohne Bayr. Volksp.) die Dringlichkeitserklärung der Youngpläne beantragen haben.

Darauf beginnt die Abstimmung. In namentlicher Abstimmung wird Artikel I des Youngplangesetzes mit 217 Stimmen der Sozialdemokraten, des Zentrums, der Deutschen Volkspartei und der Demokraten gegen 193 Stimmen der Rechts- und der Kommunisten bei drei Stimmenthaltungen angenommen. Die Bayerische Volkspartei hat zum größten Teil gegen die Vorlage gestimmt, ihr Vorsitzender Reich hat eine blaue Karte (Stimmenthaltung) abgegeben.

Die weiteren Artikel dieses Gesetzes werden in einfacher Abstimmung angenommen, und darauf das Gesetz in namentlicher Schlußabstimmung mit 270 gegen 192 Stimmen bei drei Enthaltungen angenommen. Entschließungen der Opposition werden abgelehnt, die Entschließung der Regierungsparteien über die Außenpolitik wird angenommen.

Das Reichsbahngesetz wird in namentlicher Schlußabstimmung mit 299 gegen 156 Stimmen bei 3 Enthaltungen verabschiedet, ebenso das Reichsbankgesetz mit 307 gegen 150 Stimmen und 3 Enthaltungen. Die Entschließung Dr. Bredts (Soz.) auf Veröffentlichung der Bezüge des Reichsbankdirektoriums wird angenommen.

In namentlicher Abstimmung wird das deutsch-polnische Liquidationsabkommen mit 236 Stimmen der Sozialdemokraten, Demokraten der Mehrheit des Zentrums und eines Teils der Deutschen Volkspartei gegen 217 Stimmen der übrigen Teil-

Der Unheimliche

The Sinister Man

von Edgar Wallace. — Uebersetzt von Max E. Schirmer

Sie dachte, ob es wohl ihre Blässe bemerkt hatte, denn der Schreck hatte jeden Anflug von Farbe aus ihrem Gesicht vertrieben. Ansehend war jedoch Mr. Dams von Stolz auf sein Bestehen so eingenommen, daß er für nichts anderes Augen hatte. In diesem Augenblick läutete eine Glöde und rief sie ins reichgegliederte Wohnzimmer, wo für den Tee gedeckt war. Elsa hatte jetzt ihre Fassung wiedergewonnen.

„Nun, was denken Sie von Ihrem Chef, Mr. Japp?“ fragte Jessie Dames Vater, indem er den halben Inhalt seiner Tasse in die Untertasse gab.

Elsa empfand keine Reizung, über den Unheimlichen zu sprechen, am wenigsten mit Leuten, deren Bekanntheit sie erst vor wenigen Minuten gemacht hatte.

„Ich höre, daß er seinen Damen ein Höllenbesuch bereitet“, fuhr Dams fort. „Ich sage Jessie andauernd, sie solle die Stelle aufgeben, und zu Hause bleiben, aber sie ist eine von jenen Eigenwilligen, die ihren eigenen Willen haben wollen. O Frauen, Frauen!“

Durch die Art, wie er seine Worte hervorbrachte, wurde Elsa im Moment an Mr. Lupperwill erinnert, doch gefiel ihr der bide Bankier, während sie gegen diesen Mann mit den verstockten Augen eine ausgesprochen Aneignung verspürte.

„Haben Sie ein Auto, Mr. Dams?“ fragte sie, um das Gespräch von Amery abzulenken.

„Nach nicht, doch wird das in der nächsten Zeit werden. Ich habe die Garage vor drei oder vier Jahren errichten lassen, bin aber über ein Jahr nicht darin gewesen.“

Vater will niemand in die Garage lassen“, erklärte Jessie. „Ich sag: Solange es nicht einen Wagen zu geben hat, das ist nicht Maria. So wandert sich, daß er nicht schon früher einen gekauft hat.“

„Alles zur rechten Zeit. Alle mit Maria!“ versetzt Mr. Dams, halbgrübelnd.

Elsa endlich die Zeit des Aufwands heranzukommen, beglückwünschte Jessie Dams bis auf den heutigen Tag.

„Was denken Sie von Papp?“ fragte sie.

„Ein sehr interessanter Mann!“ antwortete Elsa unverbindlich.

„Ja, er ist ziemlich interessant“, äußerte Jessie, ohne irgend welche Begeisterung zu verraten. „Sie gehen jetzt wohl nach Hause; es muß sehr angenehm sein, allein zu leben.“

Elsa schaute schnell das Mädchen an. Es war etwas in ihren gedankenvollen Augen und in ihrer Stimme, eine gewisse Eigenart, die sie ganz verändert erscheinen ließ. Aber das war nur vorübergehend, und dann war sie wieder ihr altes Selbst.

„Kommen Sie zu jeder Zeit, wenn Sie Appetit auf eine Tasse Tee haben! Papp wird sich freuen. Ihnen den Garten zu zeigen“, rief sie, und die Stufen hinaufeilend, hatte sie die Tür bereits geschlossen, bevor Elsa die Gartentür verlassen hatte.

Mr. Dams schritt vorsichtig die Spitze einer Zigarre ab und erwartete seine Tochter im Wohnzimmer.

„Das ist sie also?“

„Ja, das ist sie. Warum wolltest du sie so gern kennenlernen, Vater?“

„Warum wollte ich sie so genau kennenlernen, Vater?“ ahnte er sie nach. „Du mußt dir das Fragenstellen abgewöhnen! Nun, was hast du für mich?“

Sie ging an einen Tisch, auf dem sie beim Heimkommen ihre Aktentasche niedergelegt hatte, öffnete sie und nahm einige Blatt perennierten Papiers heraus, das sie ihm überreichte.

„Das ist das?“ fragte er zornig.

„Das ist alles was ich finden konnte. Ich habe sie aus dem Papiertorb aufgehoben.“

„Hast er denn keine Briefe geschrieben?“

Es gibt Zeiten, wo ich mich schäme, ihm in die Augen zu schauen. Immer das Herumschnüffeln und Spionieren. Wenn Mir Marlowe wüßte...“

„Rede nicht über, wenn Mir Marlowe wüßte! Ich möchte wissen, warum ich keine Briefe nicht erhalte.“

„Das habe ich dir gesagt“, antwortete das Mädchen ungewiß. „Kann ich sie ihm aus der Hand nehmen und beschreiben? Das war leicht, als ich sie zum Eintragen bekam, aber jetzt hat das aufgehört, und ich muß es wie früher machen — alle nur möglichen Papiersegen aus dem Papiertorb heraus holen.“

Er las den Brief aufmerksam durch, indem er mit den fleischigen Fingern die Zeilen entlang fuhr.

„B. D. S. — was ist das?“ murmerte er vor sich hin. „Gib Jessie, du kannst auf dein Zimmer gehen. Sei um sieben Uhr fertig angezogen, dann will ich mit dir zum Essen gehen!“

„Ich möchte heute Abend nicht.“

„Was du willst, und was ich will, sind zwei verschiedene Sachen!“ lachte er. „Geh, geh dich um!“

Jessie Dame lief wie ein ängstlicher Hase davon, und sie nach drei Viertelstunden ins Wohnzimmer zurückkehrte, lag sie dort immer noch in seinem Jackettanzug war.

„Ich habe meine Absicht über das Ausgehen geändert“, bemerkte er. „Du mußt allein gehen. Unterschreibe diese aber!“

Als dem Tisch lagen drei unausgefüllte Schüsseln des Steddings-Brot. Sie nahm eine Feder, unterzeichnete sie mit ihrer edigen Handschrift „S. Stillsman“ und gab sie ihm zurück.

„Noch etwas, Vater?“ fragte sie furchtlos.

„Ja, noch etwas. Ich im Cardinal“ und gehe um halb zehn Uhr nach dem Wirtshaus. Wenn jemand nach mir frage, sag ich, ich irgendwo dort bin. Im Wirtshaus bleibst du bis zwei Uhr. Du hast immer gesagt, daß du die Gesellschaft von vornehmen Leuten liebst — nun heute kannst du etwas länger mit ihnen zusammen sein. Verstehst du mich?“

„Ja, Vater.“

„Du sollst nicht eine Minute vor zwei Uhr zurück sein!“

„Ja, Vater.“ Dann nahm sie ihren Mantel und ging in den Vestibül des Zimmers. Keiner hätte beim Anblick ihres mütterlichen Gesichts geglaubt, daß Jessie Dame sich in die begehrteste Gesellschaft der vornehmen Leute stützen wollte. (Fortsetzung folgt.)

Die Tagung der Internationale

Rundgebung zum Nationalitätenproblem

Amsterdam, 11. März. (Eig. Drahtbericht.)

Im Hinblick auf die in dieser Woche im Haag zusammen tretende Konferenz zur Ratifizierung des internationalen Abkommens über die Pariser Konferenz der beiden Internationalen eine Entschliessung an, in der es als eine unerhörte Schande bezeichnet wird, dass das Nationalitätenproblem zehn Jahre nach Beendigung des Krieges noch keine Lösung erfahren hat. Beide Körperkassen verlangen, dass die Haager Konferenz dieses Problem in menschlicher Weise löst und das internationale Arbeitsamt im Hinblick auf die Arbeitslosigkeit unter diesen Staatenlosen herangezogen wird. Sie schliessen sich gleichzeitig der Forderung des Weltbundes für das Frauenstimmrecht an, dass jede verheiratete und unverheiratete Frau in Bezug auf die Beibehaltung oder Wechsel ihrer Nationalität das gleiche Recht wie der Mann haben müsse.

Das Mitteilungsblatt des Internationalen Gewerkschaftsbundes bemerkt zu der gemeinsamen Pariser Entschliessung der Arbeiterinternationalen und der Gewerkschaftsinternationalen zur Seeabrüstung, dass beide Körperkassen klar und völlig zweideutig nicht nur den Ernst der friedliebenden Absichten der britischen Arbeiterregierung lobten, sondern gleichzeitig die Doppelzüngigkeit der anderen Regierungen der Londoner Konferenz, die in ihrem Vorgehen keineswegs durch Liebe zum Frieden befeuert würden, verurteilt hätten. Die Vereinigten Staaten wollten unter allen Umständen eine der englischen gleichkommende Flotte. Die französische Regierung begehe die unglaubliche Keckerei, auf der Seeabrüstungskonferenz zur Begrenzung der Seemächte eine beträchtliche Erweiterung ihrer Kriegsschiffe zu fordern. Das imperialistische Italien des Faschismus fordere durch sein Begehren nach Angleichung seiner Flottenstärke an die der stärksten Seemacht des europäischen Kontinents eine Verdreifung seiner Flotte. Der einzige Zweck dieser Flotten aber sei die Vorbereitung des nächsten Krieges, und die Diplomaten der genannten Regierungen suchten in London schliesslich einen Schlag zu parieren, den die Arbeiterregierung ihrer pazifistischen Menschheit zugefügt habe.

Es sei ein großes Verdienst der englischen Arbeiterregierung — so schließt das Mitteilungsblatt des IGB. — dass sie die fraglichen Regierungen entsagte, und es sei Pflicht der Arbeiter der ganzen Welt, die ersten Anstrengungen der britischen Arbeiterregierung zu Gunsten des pazifistischen Ideals zu unterstützen.

Die Arbeit der Genfer Wirtschaftskonferenz

Auf der Wirtschaftskonferenz nahm am Dienstag im Namen Deutschlands Dr. Hilferding zu dem neuen französischen Abkommensentwurf Stellung.

Hilferding betonte einleitend, dass die deutsche Regierung bereit gewesen sei, den ursprünglich geplanten umfassenden Zollfrieden abzuschliessen und bedauerte, dass dieser infolge der Ablehnung anderer grosser Wirtschaftstaaten fallen gelassen werden musste. Die deutsche Delegation beteuerte sich deshalb an den privaten Bemühungen, auf anderem Wege eine Atmosphäre zu schaffen, die erlaube, ruhig und ungestört den Zollabbau vorzubereiten, den Europa dringend brauche, und zu untersuchen, welche weiteren Massnahmen zu einer näheren wirtschaftlichen Zusammenarbeit der Staaten führen könnten. Deutschland nehme den französischen Vorschlag als Diskussionsgrundlage an, gebe aber England bereitwillig Recht, dass man zu einem gerechten Ausgleich zwischen den Staaten mit gebundenen Zöllen und denen ohne solche gelangen müsse. Man müsse auch den Freihandelsländern die Möglichkeit geben, dem Abkommen beizutreten. Inzwischen bestreite schon die von Englands Vertreter angezeigte gleiche Verteilung der Lasten im gegenwärtigen französischen Vorschlag zu einem grossen Teil, wenn man seine Wirkung in der Praxis berücksichtige. Theoretisch hätten die Länder mit der Teilung in gebundene und autonome Zölle gemäss dem Recht, die letzteren zu erhöhen. Sie müssten aber vorher mit jedem Teilnehmer des Abkommens, der es wünsche, darüber verhandeln, also auch zum Beispiel mit Holland und England, die dadurch dagegen gestrichelt seien, dass die anderen Staaten ohne weiteres Zollserhöhungen gegen sie beschließen.

Hilferding ging dann auf die einzelnen Artikel des Abkommens ein und wünschte unter anderem, dass eine Möglichkeit für die automatische Verlängerung des Abkommens über den 1. April 1931 hinaus geschaffen werde.

Die allgemeine Aussprache über den französischen Antrag wurde am Dienstag abends abgeschlossen. Da der Präsident des Ausschusses von den Delegationen nur eine Meinungsäußerung darüber verlangt hatte, ob sie den Vorschlag als weitere Diskussionsgrundlage annehmen wollten, liess sich aus dem Verlauf der Aussprache kein fester Schluss ziehen. Der Versuch Frankreichs, sich und seinen Vorschlag als Ketter der Konferenz hinzustellen, wurde von allen Staaten, die prinzipiell dem Zollfrieden zugestimmt hatten, sehr nachdrücklich zurückgewiesen. Eine Reihe Staaten verweigerten eine klare Stellungnahme unter Hinweis darauf, dass sie noch keine Instruktion von ihren Regierungen hätten. Von den meisten Rednern wurde betont, dass über die Annahme oder Ablehnung des Vorschlags das letzte Wort erst gesprochen werden könnte, wenn die endgültige Form gefunden sei, besonders erst, wenn die Liste der verlangten Ausnahmen vorliegt.

Eine andere Frage ist, ob bis zum 1. April das Abkommen überhaupt in Kraft treten kann. Zum Beispiel betonte der Vertreter Finnlands, das finnische Parlament könne ein solches Abkommen erst in seiner Herbstsession ratifizieren. Ein Redaktionsausschuss, der am Mittwoch zusammentritt, und dem als Berichterstatter u. a. Dr. Hilferding angehört, soll versuchen, den französischen Vorschlag zu umgestalten, dass er zu einem praktischen Ergebnis führt. Man hofft hierbei auf eine wohlwollende Mitarbeit des englischen Handelsministers, der am Donnerstag wieder in Genf eintrifft. Die Stimmung der Konferenz ist pessimistisch.

Gandhis Kreuzzug gegen England

Der indische Freiheitsführer Gandhi hat am Mittwoch beim Morgengrauen Ahmedabad, sein Hauptquartier, zu seinem grossen Marsch nach dem 250 Kilometer entfernten Salzecker von Jalapur am Golf von Cambay nördlich von Bombay verlassen, und damit den historischen Kreuzzug gegen England begonnen. Der Aufbruch vollzog sich unter beispiellosen Szenen der Begeisterung, Tausende von Menschen hatten die Nacht vor Gandhis Hauptquartier Wache gehalten, um den Führer bei seinem Aufbruch zu begrüßen. Gandhi ist auf seinem Zug von 80 ausserwählten Schülern begleitet. Der Zug ist bereits am ersten Tage zu seiner riesigen Prozession angewachsen. Die erste Etappe gliedert einen wahren Triumphzug. Überall eilte die Bevölkerung herbei und streute Geldstücke und Blumen auf Gandhi und seine Anhänger herab. Der erste Tagesmarsch wurde in Allahabad abgeschlossen, wo Gandhi eine Rede hielt, in der er daran erinnerte, dass die Regierung seinen Hauptmitarbeiter Patel wegen einer bloßen Versammlungsschuld verhaftet habe. Möge die britische Regierung kommen und auch ihn hinter Schloss und Riegel legen. Gandhi bezeichnete schliesslich die Einziehung der Salzsteuer durch die Regierung von Indien als Diebstahl und erklärte, er und seine Anhänger seien bereit, im Kampfe für die Abschaffung dieser Steuer alles, selbst den Tod auf sich zu nehmen. — Vertreter verschiedener Filmkompanien, darunter auch eine Gruppe deutscher Filmleute, begleiteten Gandhi auf seinem Zug.

Interesse einiger weniger da sei. (Sehr wahr! bei den Soz.) Gegenüber dem Gesetz über die Wirtschaftsnote muß doch festgestellt werden, dass es noch eine ganze Reihe von Unternehmungen gibt, die sich gut rentieren und die sich gewiss nicht von „Zusehen“ vergrössern können. Auch nach ganz grossen Abschreibungen sind große Unternehmungen in der Lage gewesen, eine ansehnliche Dividende auszuschütten. Ganz allgemein geht die Tendenz dahin, keine Unternehmungen zu zerlegen, um sie dann von den grössten aufzulösen zu lassen. Das Gesammtergebnis der Wirtschaft insgesamt ist, ist innerlich unwahr. Ich verweise auf die Bestrebungen der Privatindustrie, den Kommunen Anleihen zu geben, um dadurch die kommunalwirtschaftlich zu zerlegen. Hier möge der Minister sein besonderes Augenmerk darauf richten, dass die Privatindustrie nicht über das Allgemeininteresse gestellt werden. (Sehr gut! bei den Soz.) Ebenso innerlich unwahr ist das Gerücht von der Beschlagnahme durch den Youngplan. Wir sind weit entfernt davon, uns über ihn zu freuen, oder leider müssen wir nun einmal die Verpflichtungen des verlorenen Krieges erfüllen. Gegenüber dem Dawes-Plan bietet er aber wesentliche Verbesserungen. Moldenhauer hatte völlig Recht, als er im Reichstag sagte, dass diejenigen, die den Youngplan ablehnen, auch den Mut haben müssen, die Mehrbelastung durch den Dawes-Plan zu tragen. Über darauf kommt es nicht an; man braucht die Hehe, man treibt eine Katastrophepolitik und will den Zusammenbruch, weil man hofft, dabei ein Rechtsregiment aufzurichten zu können. Dann könnte das deutsche Volk gute Nacht sagen. Die Spuren der Regierung Cuno schreien! (Sehr wahr! bei den Soz.)

Von der Arbeitslosigkeit besonders mitgenommen ist der Osten, besonders Schlesien. In Wirklichkeit arbeitet man auf dem Abbau hin. Es wäre aber eine unerträgliche Kulturkatastrophe, Volksgenossen glatt verhungern zu lassen. Bei dem hohen Stand der Arbeitslosigkeit in schlesischen Städten, müssen wir hier gehandelt haben, geradezu aufpeitschend wirken. Die Staatsregierung möge deshalb auf die Ostprovinzen ihr besonderes Augenmerk richten.

Aus den Reden der Rechten geht ferner hervor, dass die den Unternehmern unbenachteiligte Gewerbeaufsicht verschwinden soll. Solange noch große Teile der Betriebe überhaupt nicht kontrolliert werden, solange noch die Beamten aus der praktischen Arbeit genommen werden. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Die Gewerbeaufsicht ist völlig unzureichend und schon für das nächste Jahr werden wir unsere Forderungen auf weiteren Ausbau der Gewerbeaufsicht an. Leider ist von der angestrebten Verständigung der Gewerbeaufsicht mit den Betriebsräten wenig zu hören. Mehr als bisher sollten auch die Beamten aus der praktischen Arbeit genommen werden. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Die Erklärungen der Regierung, wie sie Nationalisierungs- und Stilllegungsmassnahmen abzuwickeln gedenkt, betreffen uns nicht. Vielfach erfolgen Stilllegungen, weil Arbeiter mit dem geforderten Lohnabbau nicht einverstanden waren. Sehr oft steht hier die Gewerbeaufsicht statt auf Seiten der Arbeiter auf Seiten der Unternehmer und fördert das Überkündnen. Die schlesischen Textilunternehmer müchten bei einem Stundenlohn von 50 bis 55 Pf. den Arbeitern einen Lohnabbau zu 30 Prozent schliesslich die Belegschaften aus, brachten die Wirtschaft zum Erliegen, obwohl die Arbeiter ihrerseits nicht in den Streik getreten wären. Mit solcher Brutalität wird in solcher Hast Volkswirtschaften vergerichtet. Die Firma Meyer-Lehmann in Württemberg legte ihren Betrieb still, nahm ihn dann wieder auf und kam um die Erlaubnis zur Sonntagsarbeit ein, die ihre untergeordnete auch bewilligt wurde. Ähnlich ging eine große Firma in Grünberg vor, die den Betrieb stilllegte, dann aber die Arbeiter aufforderte, zu reduzierten Löhnen wieder anzufangen. Dank des Eingreifens der freien Gewerkschaften ist den Unternehmern dieser Streik nicht gelungen. In allen solchen Fällen handelt es sich um Scheinstilllegungen, die erhebliches Kapital stellen und die Wirtschaft belasten. (Sehr wahr! bei den Soz.) Und dann sollen wir uns hier noch das Gejammer über die hohen Löhne der Arbeiter mit anhören!

Wirtschaftsnot und Arbeitslosigkeit können nicht bekämpft werden mit Massnahmen, die nur im Interesse einer einseitigen Dividendenpolitik liegen. Das Ministerium sollte daran denken, dass die Arbeiterschaft der wichtigste Faktor der Wirtschaft ist und auch dementsprechend behandelt werden muß. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Wieder Stotung auf der Flottenkonferenz

Amerika gegen jedes politische Abkommen

London, 12. März. (Eigener Drahtbericht.)

Die Verhandlungen der Delegationsführer der Flottenkonferenz, die sich in den letzten Tagen in der Richtung auf ein politisches Abkommen bewegten, sind infolge des unüberwindlichen amerikanischen Widerstandes gegen jeden politischen Pakt plötzlich zum Stillstand gekommen. Die optimistische Stimmung vom Dienstag hat einem ausgesprochenen Pessimismus Platz gemacht. Die Lage ist ferner dadurch kompliziert, dass der Schlüssel zur Klärung der Situation deutlicher als je in den Händen des französischen Hauptdelegierten liegt, aber gerade Brian sich angesichts der starken Kampagne der französischen Rechten gegen jede Nachgiebigkeit ohne politische Sicherungen keine Konzessionen machen kann.

Die Experten setzen inzwischen ihre Beratungen über die Vermittlung des U-Boot-Krieges fort. Dieser Verhandlungsgegenstand liegt der von den fünf Seemächten unterzeichneten, aber infolge des Widerstandes Frankreichs niemals in Kraft getretene sogenannte Root-Bertrag zugrunde. Wie es scheint, steht die Mehrheit der Experten heute merkwürdigerweise auf dem Standpunkt, dass der Root-Bertrag dem U-Boot-Krieg zu starke Bindungen auferlegt. Insbesondere wenden sie sich gegen Artikel 4 dieser Konvention, durch den sich die Unterzeichner des Vertrages verpflichten, U-Boote nicht gegen Handelsschiffe einzusetzen, sowie gegen den Artikel 3 der Abmachung, der jeden U-Boot-Kommandanten wegen Piraterie vor Gericht zu stellen wünscht, falls die Gesetze der Menschlichkeit verletzt worden sind.

Der polnische Handelsminister über den Handelsvertrag mit Deutschland

Warschau, 10. März.

Der Krakauer „Ilustrowany Kurjer Codzienny“ veröffentlicht in seiner heutigen Ausgabe ein Interview mit dem polnischen Handelsminister Kwiatkowski zum deutsch-polnischen Handelsvertrag. Der Minister erklärte auf bestimmte Fragen, dass er mit Rücksicht darauf, dass der Vertrag noch nicht paraphiert ist und noch einige, wenn auch nicht sehr wesentliche Schwierigkeiten zu überwinden sind, Genaueres nicht sagen könne. Der Handelsvertrag ist, wie der Minister betonte, kein sogenannter Tarifvertrag und sieht eine Herabminderung der Zölle auf beiden Seiten nicht vor. In Bezug auf die Warenzufuhr würde Polen Exportkontingente für Kohlen und Schweine zugestanden, wobei „Progressionsformeln“ für Polen zur Anwendung gelangen, so dass einzelne Kontingente automatisch erhöht würden. Deutschland seien Kontingente für einfuhrverbotene Waren zugekauft. (Automobile, Seifenwaren, Glas). Kampagnen würden auf beiden Seiten außer Kraft gesetzt. Der Vertrag selbst sei ein kurzfristiger, d. h. er sei grundsätzlich nur für ein Jahr verbindlich, werde aber automatisch für ein weiteres Jahr verlängert, falls er nicht rechtzeitig gelündigt wird.

beiden Parteien, der Rechts- und der Kommunisten bei Verhandlungen, worunter gleichfalls einige Zentrumsabgeordnete Deutsche Volksparateller sind, angenommen. Das die Liquidation enthaltene Gesetz wird in namentlicher Abstimmung mit 258 gegen 198 Stimmen bei 8 Enthaltungen verabschiedet. Hierzu wird eine Entschliessung der Regierungsentwurf betr. die deutsche Winderhebung in Polen angenommen. Die Ausschussung der Verleumdung auf 2 Monate, die Rechte und des Kommunisten beantragt — erfordert einen Beschluss des Rechtsausschusses zur Durchführung der Verleumdung durch ein Drittel der anwesenden Reichstagsmitglieder. Die namentliche Abstimmung ergibt 173 Ja- und 127 Nein-Stimmen. Die Bayerische Volkspartei hat zum grössten Teil mit Nein gestimmt. Das erforderliche Drittel ist erreicht, der Ausschussantrag somit angenommen. Der Antrag auf Dringlichkeitserklärung des Gesetzes wird in namentlicher Abstimmung mit 233 gegen 174 Stimmen bei 4 Enthaltungen angenommen. Der Reichspräsident kann somit die Verleumdung des Gesetzes trotz dem Ausschussantrag vornehmen. Der kommunistische Mißtrauensantrag wird in namentlicher Abstimmung mit 277 gegen 189 Stimmen bei 10 Enthaltungen abgelehnt; die Bayerische Volkspartei hat sich geteilt. — Der Billigungsantrag der Sozialdemokraten wird mit 248 gegen 170 Stimmen bei 19 Enthaltungen angenommen. Mehrere sozialdemokratische Abgeordnete während der Abstimmung den Saal. Als Tagesordnung der nächsten Sitzung am Donnerstag vor: 2. Lesung des Republikstiftungsgesetzes, Protokoll usw. vor. Das wird angenommen.

Heute Verabschiedung durch den Reichsrat

Der Reichsrat wird in einer zu Donnerstag, 11. März, um 11 Uhr einberufenen Sitzung bis am Mittwoch vom Reichsrat angenommenen Young-Gesetze verabschieden. Der Reichsrat wird durch den Reichspräsidenten jetzt nicht mehr im Wege. Sie dürfte unmittelbar nach der Entscheidung des Reichsrats erfolgen.

Weshalb die Bayern ausbrahen

In Besprechungen der Sozialdemokratie, Zentrums, der Demokraten und der Bayerischen Volkspartei verlangten die Bayern am Mittwoch den übrigen Verhandlungspartnern, dass sie für die Aufrechterhaltung des § 85 des Finanzausgleichs, dessen Beibehaltung die preussische Regierung im Reichsrat beantragt hat, eintraten. Dieser § 85 enthält die Bestimmung, dass leistungsschwache Provinzen Zuschüsse erhalten sollen. Die Verhandlungen gehen zu keiner Verständigung. Die Bayerische Volkspartei wollte deshalb in ihrer Mehrheit sowohl gegen die Young-Gesetze wie gegen das Polenabkommen.

Die Haltung der Bayerischen Volkspartei am Mittwoch unter dem Druck des bayerischen Ministerpräsidenten trotz ihrer Zugehörigkeit zur Regierungskoalition gegen die Young-Gesetze und das Polenabkommen kamte, hat innerhalb der Regierungskoalition große Empörung ausgelöst und dürfte wahrscheinlich noch zu Auseinandersetzungen innerhalb der Regierungskoalition führen. Der Zustand, dass eine Regierungspartei eigenen Koalitionen in einer entscheidenden Abstimmung in Rücken fällt, nur weil gewisse partikularistische und egoistische Wünsche nicht erfüllt worden sind, auf die Dauer unerträglich. In der Bayerischen Volkspartei man dafür sehr wohl Verständnis. Die Stimmhaltung des Reichsrats unter dieser Situation, des Abg. Leicht läßt z. B. darauf bestehen, dass er mit der von dem bayerischen Ministerpräsidenten erzwingen Haltung nicht einverstanden war und ist. Er ist ferner der Meinung, dass Leicht seinen Fraktionsmitgliedern gegenüber wird, so ist das immerhin eine Demonstration gegen Geld, von deren Auswirkung man hoffentlich erwarten darf, dass sich die Bayerische Volkspartei als Regierungspartei in Zukunft so verhalten wird, wie es in ihrem Interesse und dem der Regierung angebracht erscheint. In anderen Fällen sind weitere Konsequenzen unumgänglich. Ein Zugestehen, wie es sich die Bayerische Volkspartei gestern geleistet hat, d. h. in der Regierung zu sitzen und bei einer entscheidenden Abstimmung gegen die Regierung zu stimmen, ist jedenfalls für die Regierungskoalition künftig nicht zu ertragen.

Abrechnung mit Unternehmerpraktiken

Fortsetzung der Beratung des Handels- und Gewerbebestats im Preussischen Landtag

Der Preussische Landtag legte am Mittwoch die Ausschüsse über den Etat der Handels- und Gewerbeverwaltung fort. Abg. Frau Ludewig (Komm.) erklärte, dass die Annahme des Entwurfs durch Sozialisten und Zentrum die Lage der Arbeiterschaft verschlechtert.

Abg. Dr. Zeilku (Dem.) macht für die Kapital- und Wirtschaftsnote die verschärfte Politik der Kreditüberwachung die volle Verantwortung. Es sei eine scharfe Kontrolle des Kartellwesens zu fordern, aber auch die Monopolverträge den Kommunen sollten beseitigt werden. Die Wirtschaft müsse auch durch umfassende Steuerentlastung entlastet werden.

Abg. Schmidt-Breslau (Wirtsch.) bedauert, dass der Mittelstand als staatszerstörerischer Stand am meisten unter Steuer- und Ungerechtigkeiten leidet. An der Arbeitslosigkeit hätten die Arbeitslosigkeit, Tarifpolitik und die ganze sozialpolitische Gesetzgebung schuld.

Hierauf wird die Beratung unterbrochen, um die Abstimmungen über die angebotenen Titel des Finanznetzes und die zum Etatgesetz gestellten Anträge vorzunehmen. Die angebotenen Titel werden bewilligt. Angenommen werden die Hauptausgabenanträge, die Schulpflichterleichterung besser ausgestalten, höhere Beiträge für Wäpse zu gewähren und den Beamten 8 Tage mehr Urlaub für häufigen Alarmzustand zu gewähren und der sozialdemokratische Antrag, den Beamten den Dienstverwechsel durchzuführen. Gegen den letzten Antrag stimmten die Kommunisten.

Abgelehnt werden der Antrag der Kommunisten, das Versammlungsverbot aufzuheben, der Antrag der Sozialdemokraten, das Verbot des Stahlschmelzens für Rhein- und Westfalen aufzuheben, und der Antrag der Sozialdemokraten, das „Rufverbot“ auf Revieren und Wachen zu verbieten. Die Abstimmung über den Gesetzentwurf, die die Grenze der Hochschulreife von 65 auf 68 Jahre herabsetzt, wird in zweiter Lesung gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen.

Dann wird die Abstimmung über die Anträge des Landtagsausschusses zur Bänderung der Rot im Weinbau wiederholt. Der Antrag, Zollerhöhungen vorzunehmen, wird wiederum abgelehnt. Angenommen wurden die Anträge, im kommenden Weinjahr den Beschäftigten von inländischen Weinweinen zu verzichten. Angenommen wurden weiter die Anträge, Produktions- und Absatzkontrollen zu schaffen, Kellertaxen auch in den Weinweingebieten einzuführen und die Weinsteuer zu erhöhen. Gegen den letzten Antrag stimmten die Sozialdemokraten, die die Abänderung von der wirtschaftlichen Notlage abhängig machen wollten.

Die Aussprache über den Handels- und Gewerbebestat wird abgelehnt.

Abg. Mohrhotter (Di. Fraktion) erklärt, dass die Arbeitslosigkeit eine Folge der Kapitalnot sei. Großbanken und die Farbendruckindustrie zahlen gewaltige Gehälter für Aufsichtsräte und Direktoren. — Abg. Frau Moritz (Christl. Soz.) lehnt für den Ausbau der Gewerbeaufsicht ein.

Abg. Lang-Vangenbielau (Soz.):

Wir teilen nicht die Auffassung vieler Unternehmer, dass die Produktion nicht, nur um zu produzieren. Die Produktion muss den Bedürfnissen der Volksgemeinschaft angepasst sein. Nicht die Produktion ist der allgemeine Konkurrenzweg auf die kapitalistische Auffassung zurückzuführen, dass die Produktion nur im

Das Reklame-Insertat gehört in die sozialdemokratische Presse! Massenumsatz durch Massen!

Eine notwendige Aufklärung — An alle, die es angeht

Durch einen Teil der antisozialistischen Presse gehen in diesen Tagen die erschütternden Feststellungen, daß sich die sozialdemokratischen Zeitungen Deutschlands um die Erweiterung ihrer Inseratenteile bemühen, daß sie mit Erfolg dabei sind, die deutsche Geschäftswelt über die Bedeutung des Reklame-Insertats in der Presse der mächtigsten Partei aufzuklären. Daß man diese selbstverständliche Werbearbeit zum Anlaß nimmt, gegen die sozialdemokratische Presse zu polemisieren, ist unbegreiflich. Jede Zeitung ist nicht nur berechtigt, sie ist auch ihren Leserinnen, Lesern und Inserenten gegenüber verpflichtet, unaufhörlich nach Vergrößerung ihres Wirkungsfeldes zu streben.

Die Artikel, die von der „Berliner Börsen-Zeitung“ und von ihren Ablegern in der

Provinz veröffentlicht wurden und die sozialdemokratische Presse schädigen sollen sind eher eine Anerkennung für die Rührigkeit der sozialdemokratischen Werbung und ihrer Presse.

Die Geschäftsleute und Unternehmungen, die in sozialdemokratischen Zeitungen inserieren, haben durch diese sinnlosen Angriffe den Beweis, daß ihren Absichten und Zielen gerade durch die sozialdemokratischen Zeitungen Fachleute das größte Interesse entgegengebracht wird: Sie verlassen sich nicht darauf — wie gewisse andere Zeitungen —, daß die Inserenten kommen und ihre Reklame bringen; die sozialdemokratische Presse beweist durch ihre eigenen Bemühungen, daß sie der Reklame in ihren Spalten auch den gewünschten Erfolg sichern helfen will.

Reklame, Leserinnen und Leser

Die „Berliner Börsen-Zeitung“ stellt es so hin, als ob die sozialdemokratische Presse erst in letzter Zeit die Inseratenwerbung entfaltet hätte. Das ist natürlich falsch. Seit Jahren haben die Zeitungen der Partei auf die Bedeutung ihres Reklameanteils hingewiesen. Die Massen der Leserinnen und Leser sind seit Jahrzehnten davon überzeugt, daß sie vor allem die Inserenten des Reklameanteils ihrer Zeitung bei ihren Einkäufen berücksichtigen. Das hat mit Politik absolut nichts zu tun, wie es die „Börsen-Zeitung“ und ihre Ableger in der Provinz behaupten. Es ist das einfache Gebot der Solidarität, wenn die sozialdemokratischen Lesermassen die Inserenten ihrer Zeitung bei Einkäufen bevorzugen. So haben sie von jeher gehandelt, so handeln sie, und so werden sie immer handeln.

Dabei ist es gerade die sozialdemokratische Presse, die in Deutschland den Grundsatz hochgehalten hat und immer hochhalten wird, daß der Textteil einer Zeitung von dem Reklameanteil auf das strengste getrennt sein muß. Dadurch, daß Textteil und Reklameanteil streng getrennt sind, hat die sozialdemokratische Presse den Einfluß, über den sie verfügt. Die „Börsen-Zeitung“ ist im Unrecht, wenn sie meint, daß die politische Haltung der Partei dazu dienen soll, irgendwelche Zeitungsgeschäfte zu machen. Es muß betont werden, daß diese Unterstellung eher auf antisozialistische Zeitungsunternehmungen zutreffen dürfte. Die sozialdemokratische Presse ist nicht käuflich. Gerade die Unabhängigkeit eines jeden Journalisten gibt der gesamten Leserschaft die Sicherheit, daß sie im Textteil sowohl als auch im Reklameanteil einwandfrei bedient wird.

Daß die Presse der mächtigsten Partei Deutschlands, die über mehr als zweihundert Zeitungen verfügt, die heute mehr als eine Million Mitglieder zählt, die im Mai 1928 fast zehn Millionen Wähler musterte, daß die Presse einer solchen Partei auch für sich wirbt, ist ganz selbstverständlich, es ist aber auch kein Geheimnis.

Die Presse der Partei war auf der Kölner Presseausstellung im Jahre 1928 in einem eigenen Hause vertreten, das von mehr als einer halben Million Menschen besucht wurde. Abgesehen davon, daß die Presse täglich schon durch ihr Erscheinen für sich wirbt, wurde gerade in diesem Hause gezeigt, von welcher Kraft und Macht die Presse der Partei erfüllt ist. Auf dieser Ausstellung wurde auch auf die Bedeutung der Reklame in der Parteipresse hingewiesen.

Noch viel deutlicher geschah das in der Weltreklameausstellung in Berlin im Herbst 1929. Hier hatte die Presse der Partei ebenfalls einen eigenen Raum, der von allen Zeitungsfachleuten besucht wurde. Alle Sachverständigen erklärten, daß es vollständig ausgeschlossen ist, daß heute noch die sozialdemokratische Presse bei irgendeiner Werbung übergegangen werden könnte, wenn die Werbung vollen Erfolg haben soll.

Wie sollten auch die Geschäftsleute und Unternehmungen an die Massen herankommen, wenn sie nicht die Presse der Millionen dazu benützen? Die Inserenten sind heute schon davon überzeugt, daß sie nur durch die sozialdemokratische Presse an jene Massen herankommen können, die ihnen den erwünschten Massenumsatz sichern helfen.

Der nach Annahme des Young-Planes sicher zu erwartende Wirtschaftsaufschwung muß die Massen durch Werbung erfassen.

Wer Massenumsatz sucht, findet ihn bei den Lesern der sozialdemokratischen Parteipresse. Die täglichen Leser der sozialdemokratischen Zeitungen müssen nach den Auflageziffern und nach der Art der Verbreitung der Zeitungen im Arbeiterhaushalt auf mindestens 10 Millionen Einwohner geschätzt werden. Wer diesen starken Bruchteil des deutschen Volkes in seiner Eigenschaft als Käufer erreichen und beeinflussen will, muß darum Inserate in den sozialdemokratischen Zeitungen aufgeben. Die Verbreitung der Zeitungen, die von Jahr zu Jahr in steigenden Ziffern zum Ausdruck kommt, ist im Einzelfall so stark, daß in verschiedenen Verlagen annähernd 50 Proz. aller Einwohner täglich von der sozialdemokratischen Presse erreicht werden. Wer in der sozialdemokratischen Presse nicht inseriert, bringt zum Ausdruck, daß er auf ihre Leser als Käufer von Waren verzichtet.

Adolf Rupprecht,
Direktor der Konzentration A.-G.
Sozialdemokratische Drucker- und Verlagsbetriebe.

Der Inseratenteil der sozialdemokratischen Zeitungen erreicht den Leser in der Zeit der Erholung und Ruhe, wo er absolut aufnahmefähig ist. Aus diesem einfachen Grunde werden alle Anzeigen fast restlos gelesen und können niemals ihre Wirkung verfehlen. Als Werbemittel ist die Zeitungsanzeige unerreicht und jeder anderen Propaganda weit überlegen. Vom Parteivorstand der SPD. als Werbezentrale für die sozialdemokratische Presse eingerichtet, vermittelt die Inseraten-Union G. m. b. H., Berlin SW 68, Lindenstraße 3, Anzeigenaufträge aller Art für alle 203 sozialdemokratischen Zeitungen.

Otto Maacker,
Geschäftsführer der Inseraten-Union G. m. b. H.

Wir versuchen nicht, aus Eigennutz an die Presse heranzukommen — wie es gewisse andere Zeitungen tun —, sondern gerade durch unsere Auffassungen in den Fragen der Wirtschaft wollen wir erreichen, daß die Reklame zweckmäßig und rationell angewandt wird. Diese zweckmäßige Anwendung erfolgt eben durch die sozialdemokratische Presse.

Die zehn Millionen Menschen mit ihren Angehörigen, die hinter der Sozialdemokratischen Partei und ihrer Presse stehen, stellen ein gewaltiges Käuferheer dar. Auch wenn man die Erwerbslosen berücksichtigt, die die Käufer von heute und morgen sind, so sind es Massen genug, die durch ihre gigantische Zahl in der Wirtschaft wirken und bei der Reklame beachtet werden müssen. Dazu kommt, daß die Sozialdemokratische Partei durch ihre Politik alles daran setzt, die Kaufkraft des ganzen Volkes zu heben und damit der Wirtschaft zu dienen.

In der sozialdemokratischen Zeitung werden alle Reklameinteressenten durch Fachleute beraten und bedient. Sie können ihre Werbefeldzüge planmäßig organisieren und durchführen. Die Konzentration A.-G. und die Inseraten-Union G. m. b. H., Berlin SW 68, Lindenstraße 3, stehen der sozialdemokratischen Presse in allen Fragen der Werbung zur Seite. Die Inseraten-Union G. m. b. H. ist dasjenige Unternehmen, das für Großinserenten die Reklameabschlüsse für die sozialdemokratische Parteipresse tätigt. Das alles sind ganz selbstverständliche Organisationen, die bekannt sind und in aller Öffentlichkeit wirken. Man versteht es nicht, wenn gegnerische Zeitungen versuchen, aus dieser Tatsache der Sozialdemokratie und ihrer Presse irgendeinen Vorwurf zu machen. Diese Angriffe können nur dem Neid entspringen.

Die Zeitschrift „Rhein und Ruhr“ hat im September vorigen Jahres von sich aus darauf hingewiesen, welche Macht die sozialdemokratische Presse hat. Die Zeitschrift, die kapitalistisch denkt, hat anerkennen müssen, daß hier ein Werk aufgebaut wurde, das in der Wirtschaft nicht mehr übersehen werden kann.

Nicht nur die Zeitungen und Zeitungsdruckereien sind zu einem bedeutungsvollen Wirtschaftsfaktor geworden, auch die Bauhütten, die Konsumvereine, Gewerkschaftshäuser und Arbeiterbank greifen in das Rad der deutschen Wirtschaft. In vielfältiger Weise ist die Privatwirtschaft auch auf diese Unternehmungen angewiesen. Ob man will oder nicht, die Masse der Verbraucher, das ganze Volk, müssen eben erst werden, wenn man Geschäfte machen will. Und diese Geschäfte will die Privatwirtschaft machen.

Wer Geschäfte machen will...

Wer Geschäfte machen will, dem bleibt nichts anderes übrig, als zu versuchen, den Weg zum Verbraucher zu gehen. Dieser Weg führt über den Reklameanteil der sozialdemokratischen Presse. Jeder Geschäftsmann schädigt sich selbst, wenn er diesen Weg scheut. Die Leserinnen und Leser wissen, daß ein Geschäftsmann, der nicht in der sozialdemokratischen Presse inseriert, nichts mit den sozialdemokratischen Massen zu tun haben will.

Dabei ist das Wort noch immer wahr, das in großen Lettern auf der Weltreklameausstellung zu lesen war. Einer der größten Warenhausbesitzer Deutschlands erklärte dort: „Alles, was ich habe, verdanke ich zu 99 Prozent der Zeitungsanzeigen“.

Wir müssen darauf hinweisen, daß der Geschäftsmann bei seiner Werbung den richtigen Augenblick erfassen muß. Auch hier bekommt er den fachmännischen Rat in der Werbeabteilung einer jeden sozialdemokratischen Zeitung. Es sei heute darauf hingewiesen, daß gerade in den kommenden Wochen die Bedeutung der Reklame in der sozialdemokratischen Presse nicht außer acht gelassen werden darf. In der Zeit vor Ostern hat die Masse der Verbraucher gesteigerten Bedarf. Diesen Bedarf wird natürlich der kundige Geschäftsmann durch sein Angebot an sich zu ziehen versuchen. Dazu kommt, daß die sozialdemokratische Presse in der Zeit vor Ostern mit noch erhöhtem Interesse bei ihren Leserinnen und Lesern beachtet wird und daß da auch der Reklameanteil eine noch bessere Wirkung als sonst erzielt.

In den Festtagen läßt es sich die sozialdemokratische Presse immer angelegen sein, durch verstärkten Umfang ihrer Leserschaft Besonderes zu bieten; auch dann haben die Inserate die höchste Beachtung.

Weiteres für die nächste Zeit: Am 1. Mai zum Beispiel erscheint die sozialdemokratische Presse in der Regel als Festzeitung, und es ist auch hier das Gegebene, zu versuchen, an die Massenverbraucher heranzukommen. Pfingsten, Verfassungstag, örtlich bedeutungsvolle Jubiläen und anderes werden von der sozialdemokratischen Presse immer in geeigneter Weise behandelt. Es ist nur von Nutzen für alle Unternehmungen, wenn sie auch in diesen Zeitungen durch ihre eigene Reklame vertreten sind. Natürlich verbürgen sicheren Erfolg auch die alltäglichen Inserate in der sozialdemokratischen Presse.

Alles das mußte zur Abwehr gegen die „Börsen-Zeitung“ und ihre Provinzableger gesagt werden.

Die Macht der Sozialdemokratie und ihrer Presse kann nicht mehr geleugnet werden. Mehr als 30 000 Funktionäre stehen auch in den Diensten der öffentlichen Betriebe und Wirtschaft; es ist selbstverständlich, daß auch diese Funktionäre vor allem durch ihr Parteiblatt von günstigen Angeboten, jedweder Art unterrichtet werden. Der Arbeitsmarkt bringt auch die Angebote, die jeder Unternehmer braucht; denn es ist bekannt, daß die gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeitnehmer, die ihre Presse lesen, auch qualifizierte Arbeiter sind.

Die Presse der Millionen wird vorwärts marschieren, sie rührt sich, die Erfolge eines jeden Inserenten sind verbürgt!

Der Fahrkartenprozeß Kaliber-Philosophie — Aufmarsch der Zeugen

Sinter Schernig und Siebs treten die übrigen Angeklagten stark zurück. Sie sind sozusagen nur Begleiterscheinungen des Unternehmens und fühlen sich, Hüller wie Wenda, wie die Krankenschwester Wenda, alle unschuldig. Bei Wenda handelt es sich im Wesentlichen um eine etwas unwürdige Autoreise, die offenbar dem Abfahrdienst dienen sollte, bei ihrer Mitwisserschaft bzw. Mittäterschaft eigentlich eine sekundäre Rolle spielt, bei Hüller geht es darum, ob er mit der Karte durch die Sperre ging ohne sie abzugeben und so "Material" zu liefern, während Wenda sich mehr dem Abfahrdienst widmet. Seine Vernehmung entbehrt nicht des Humors, er wurde von einem Kaliber die Rede ist, der in seinen Schlußworten behauptete, er habe die Karten für die Fahrten selbst, in denen er sich selbst also mit Sie anreichte, gewissen Selbstgespräche, die er mit — philosophischen Meditationsen erfüllt.

In der gestrigen Verhandlung spielte der große Unbekannte die erhebliche Rolle. Mit einer fast leidenschaftlichen Verbissenheit erzählt Schernig von einem gewissen "Fischer". Von diesem Fischer hat er die 37 Karten, die bei seiner Festnahme in der Wohnung vorgefunden wurden, hatte er die 37 teils teils präparierten Karten in der Handtasche, hatte er 7 Karten in der Hosentasche. Dieser Fischer war überhaupt ein eigenlicher Lächer, der Mann, den Schernig im Verlaufe der Verhandlung auch genannt; sein Dasein wird dadurch aber nicht bestätigt, denn Siebs erklärt, diesen Namen aus der Luft gegriffen zu haben, um sich bei den ersten Vernehmungen nicht in Verbindung mit Schernig bringen zu lassen. Schernig aber hält an seiner Feststellung fest. Nur an dem Reichsbahn-Verwaltungsinспектор Spielmeister habe es gelegen, daß man ihn, den wirklichen Täter nicht festgenommen habe.

Spielmeister ist Sachverständiger, eigentlich Nebenanwalt der Reichsbahn. Ein Mann, der sein Handwerk, die bahnpolizeilichen Ermittlungen, nicht, der alles im Kopf hat, allem folgt und vollkommen von der Aufgabe erfüllt ist; ein Topf, der aus dem etwas steifen Rahmen der übrigen Reichsbahnbeamten stark absteht, eigentlich alles übersehend, den Angeklagten gegenüber ruhig und höflich bleibt, aber auch vollkommen in seiner Aufgabe aufgehend von der Schuld der Beschuldigten in allen Fällen überzeugt ist. Spielmeister berichtet von Verhandlungen mit einem "Geschäftsfreund" Schernigs, der gegen gute Bezahlung entlassen wollte, was die Reichsbahn schon wußte und von einem Mann in das Verfahren gezogenen Fall, in dem ein — später wieder in einer Pflegeanstalt internerer — Mann in Doppeln Fahrkarten reklamieren, die als falsch erkannt wurden. Der Mann gab s. i. n. e. r. z. e. i. t. ein genaues Signalement desjenigen, der die Karten gegeben habe, das ziemlich auf Schernig paßt. Breußisch korrekt ist der Amtmann Dinger vom Breslauer Hauptbahnhof. Er erklärt, daß und wie die gebrauchten Karten gesammelt und sortiert werden, daß hierbei eigentlich ein Fehlerbringen gar nicht denkbar ist, daß der beschuldigte Spielmacher Wenda als Pförtner zwar, wie er zu seiner Verteidigung vorbringt, den Sperrebeamten ausweichen sollte, daß dieses Ausweichen gerade an dem hinteren Ausgang nach Sadowastraße doch eigentlich vor sich nicht hätte stattfinden können, darauf gründet sich eben zu einem Teil der Verdacht gegen

Wenda, der sich sehr lebhaft und sehr bestimmt verteidigt, jede Schuld bestreitet.

Die Zeugen

Kommen aus ganz verschiedenen, weltensfern von einander lebenden Milieus. Da sind die Kommilitonen Siebs, blasse, lebensunklichere junge Menschen, die mit erstaunten Gesichtern Gericht, Publikum und Angeklagte betrachten, etwas verschüchtert von dem gleichmäßig-gleichgültigen Apparat der Vernehmung auslagen. Sie halten Siebs durchweg für korrekt, fanden keine übertrieben kostspielige Lebensführung bei ihm. Einige figurieren in den Erstattungsanträgen, angeblich weil Siebs gerade umzog oder sonstwie das erhaltene Geld nicht an sich selbst adressieren lassen wollte. Einigen hat er dabei erzählt, daß ein Freund, ein Holzhändler, für seine Reisen 3. Klasse 2. Klasse liquidiere; eine ziemlich unsinnige Begründung der Erstattungen, da man ja in einem solchen Falle nur eine Karte 3. Klasse zu kaufen braucht.

So berichtet Hüller, so Dominik, den Siebs in Erfurt besuchte und der auch über eine Holographenplatte auszusagen, die gefunden wurde und nur der Verweigerung von Zeugnissen gedient habe. Quittungen in Reichsbahnstempel erkennen die Zeugen nicht als ihre Schrift an. In breitem Pfälzisch jähert der Zeuge Kuchemann aus Friedrichsfelde in Baden, der ursprüngliche Inhaber der berühmten Fahrkarte, die zur endgültigen Aufdeckung der Dinge führte, wie er nach Breslau fuhr, zwei Koffer zu tragen hatte und einem Mitreisenden die Karten mit der Bitte um Abgabe an der Sperre übergab. Er glaubt in dem Angeklagten Hüller den Mann wiederzuerkennen. Zwei Tage darauf wurde diese Karte in Frankfurt a. M. für die Strecke von dort bis Breslau reklamiert. Auch der Zeuge Wenda wurde von Schernig benutzt, Karten zu reklamieren, aber ihm kam die Sache schließlich doch sonderbar vor.

Dann kommen

Die Fahrkartenverkäufer

von Berlin-Stadtbahn. Bei vier verschiedenen Beamten wurden jeweils drei angeblich nicht benutzte Karten 2. Klasse nach Breslau zurückgegeben. Den meisten Zeugen kam die Sache von vornherein merkwürdig vor, aber äußerlich ging die Sache in Ordnung und so bekam der Reklamant jedesmal über 80 Mark ausbezahlt. Später wurde dann die Fälschung der Karten entdeckt. Der Beamte Kuchemann ließ sogar die Verkaufsnachweise nachsehen, aber sie waren in Ordnung, die Karten waren, wenn auch nicht am gleichen Tage, verkauft worden. Weiterer Zeuge ist Pfahls, als der Fahrkartenverkäufer März auf eine Frage trocken antwortet: "Ich habe immer Mistfrauen, wenn Fahrkarten zurückgegeben werden..." Einheitsmäßig und mit Bestimmtheit bezeugen diese Zeugen Schernig als den Mann, der dieses Mandat vorgenommen habe. Schernig lächelt dazu abwehrend, für ihn besteht alles aus Irrtümern. Er möchte wissen, was er denn für einen Mantel getragen haben sollte und denkt nach, ob er nicht diesen Mantel bestreiten könne.

Die dritte Zeugengruppe

rekrutiert sich offenbar aus der näheren Umgebung Schernigs. Menschen, die stets "Geschäfte" machen, Geschäfte, die aber nie näher erklärt werden und immer in Verbindung mit dem Strafgesetzbuch führen. Es fehlt diesen Geschäftsleuten am Kapital und an der Großzügigkeit, die im kapitalistischen Handel und Wandel so vieles zu legitimieren imstande sind. Gejängnislos wird der Zeuge Dinger vorgeführt. Er war der Mann, der dem Angeklagten Wenda mit ihm zusammenbrachte und große Verdienstmöglichkeiten "mit Fahrkarten" andeutete. Er will der Wenda

Reichsbahnbeamten Spielmeister "große Enthaltungen" vermitteln wollte, der dafür auch Speise liquidierte, aber dann nichts wesentlich Neues mitteilen konnte. Er war angeblich der Urheber der Automobiltour Schernigs mit der Angeklagten Wenda nach Dresden und Leipzig, die auch dem "Abfahrdienst" der Produkte diente. D. wollte, so sagt er, durch diese Reise Schernig sozusagen überführen. Schernig will er durch einen gewissen Fest kennen gelernt zu verstehen gegeben haben — wie sich das für einen Meisterbetriebsleiter gehört — sie sollte sich nicht aufregen, wenn sie etwas verhaftet würde, was sie aber heftig bestritt. Er habe ihr nur gesagt, sie sollte alles machen, was Schernig von ihr verlange, nämlich Fahrkarten reklamieren. Von ähnlichem Kaliber ist der in einem Cafe festgenommene und vorgeführte

Zeuge Nidel

der aufgeregt in den Saal stolpert und das Datum der Vorladung verwechselt haben will. Nidel antwortet sehr unklar, kann sich keiner seinerzeitigen Auslagen nicht besinnen und gibt endlich, als der Vorsitzende anfängt ungeduldig zu werden, an, einen Schädelbruch erlitten zu haben. Nidel war der Automobilmfabrik-Manager und Chauffeur der berühmten Autoreise Dresden-Leipzig, kam aber über diese nichts Wesentliches sagen. Man fuhr nach Görlitz, nach Dresden, nach Leipzig nach Weimar, nach Bauhen — angeblich alles "wegen Holzgeschäften", die dann alle erstaunlich schnell, zwischen Café und Bahnhof erledigt waren. Nidel hat selbst schon "in Fahrkarten" gemacht; er hat in Berlin einmal eine als gefälscht festgestellte Karte reklamiert, sich aber so ungeschickt ange stellt, daß er festgenommen und später zu 30 Mark Geldstrafe verurteilt wurde. Damals wollte er einmal die Karte am Alexanderplatz gekauft, einmal in Breslau gefunden haben. Gellert, aber gab er plötzlich an, er habe sie von Schernig erhalten. Warum er das nicht schon seinerzeit gesagt, beantwortet er ebenso "ja wie manches andere". Er war selbst in diese Sache verwickelt, ist aber außer Verfolgung gelassen worden. Das Auto, das er zu der fraglichen Reise für 15 Mark im Tag mietete, hat er von Schernig bezahlt bekommen; im übrigen nahm er an, "Schernig, Dinger und Nowak wollten mit Automobilen handeln."

Ein Greis verschwunden

Ist er das Opfer eines Verbrechens?

Seit dem 24. Februar ist der 74 Jahre alte Rentner Wilhelm Kamberg, Reibweg 3 wohnhaft, spurlos verschwunden und alle Umstände deuten darauf hin, daß dem alten Manne ein Unglück zugefallen oder er gar einem Verbrechen zum Opfer gefallen ist.

Es konnte festgestellt werden, daß der Vermißte am 24. Februar gegen 12 Uhr in einer Wirtschaft in Bartheln eingetretten ist und diese in Begleitung eines ermittelten Gastes gegen 10.15 Uhr wieder verlassen hat. Dieser Gast will den B. angeblich die Zimpeler Straße entlang bis zum Kottekischenweg begleitet haben. Mehrere Anwohner der Zimpeler Straße sollen den Vermißten und dessen Begleiter zwischen Kottekischenweg und Jaunkönigweg begegnet sein. Das Paar muß unbedingt aufgefallen sein, denn der Vermißte ist eine kleine Person, etwa 1,56 Meter groß, während sein Begleiter auffallend kräftig und 1,75 Meter groß ist. Letzterer trug eine dunkelgrüne Zoppe und eine blaue Schiffermütze. Beide gingen untergefaßt.

Das Gelände von Bartheln bis Zimpel ist in den letzten Tagen wiederholt in weitem Umkreis unter Einfluß von mehreren Polizeihunden abgesehen worden, ohne indessen auch nur eine Spur des Vermißten zu finden. Das Publikum, insbesondere die Anwohner der Zimpeler Straße zwischen Kottekischenweg und Jaunkönigweg werden daher zur Mitarbeit aufgefordert und gebeten, verdächtige Wahrnehmungen der Kriminalpolizei Breslau, Eichbornstraße, Zimmer 426, mitzuteilen. Dasselbst liegen auch Lichtbilder des Vermißten zur Einsichtnahme aus. Beson-

SÜSS
MÜNCHEN

GRELLING
KOLIBRI

KOLIBRI

Kolibri rauchen bedeutet preiswerter rauchen... denn ihre Qualität bleibt trotz der Steuererhöhung die gleiche — ihr Format aber ist 8% länger als bei anderen 5 Pfg. Zigaretten!

58

deren Wert legt die Kriminalpolizei auf die Feststellung, ob jemand am 24. Februar zwischen 18,30 und 20,00 Uhr das oben beschriebene Paar auf dem Jimpel-Wege oder in dessen weiterer Umgebung gesehen hat.

Die Angehörigen hatten einen Selbstmord, wie auch ein freiwilliges Verlassen Breslaus für vollkommen ausgeschlossen.

Sum Breslauer Mieterstreik

Eine Vorstandssitzung des Neumieterschutzverbandes nahm am Mittwoch Stellung zur Lage. Er hält an seiner Forderung fest, daß in bestimmten Verloben Besprechungen mit der Siedlungs-V.G. erfolgen müssen, und fordert darüber hinaus besondere Verhandlungen über die jetzige Lage. Am gleichen Tage, an dem in der Stadtverordneten-Versammlung der Antrag gestellt worden wurde, der solche Verhandlungen verlangt, hat Stadtrat Fuchs folgendes Schreiben an den Neumieterschutzverband geschickt:

Auf das gefällige Schreiben an Herrn Oberbürgermeister gerichtete Schreiben vom 19. d. Mts., erwidere ich ergebenst, daß der Vorstand der Siedlungs-Gesellschaft Breslau u. G. nicht in der Lage ist, die in der Besprechung vom 9. Oktober 1929 in Aussicht genommenen Ausreden mit den Mietern vorzutragen, die zunächst auch monatlich stattgefunden haben, fortzusetzen. Mit Recht weist der Vorstand darauf hin, daß der gute Wille und die Bemühungen in der Gesellschaft, den Interessen der Siedlungsmieter in weitestmöglichem Umfang entgegenzukommen, dort in keiner Weise verständnis gefunden haben. Offenbar besteht auch in den Kreisen des Neumieterschutzverbandes kein erster Wille, die Mieter über die Grenzen aufzuklären, die der Siedlungsgesellschaft für ein solches Entgegenkommen aus den bekannten wirtschaftlichen Gründen (Nähe der Hypothekenzinsen usw.) gezogen sind. Im Gegenteil hat der Neumieterschutzverband alles getan, um den Widerstand gegen die wirtschaftlich gebotenen Mieten („Mieterstreik“) zu stärken und zu organisieren. Die mit dem Verbandsführer ausgeführten Verhandlungen haben also das erstrebte Ziel der Beruhigung nicht gefördert. Bei dieser Sachlage muß ich dem Vorstande bestimmen, wenn er von weiteren Verhandlungen mit dem Neumieterschutzverband in Zukunft absteht.

Bei dieser Sachlage muß von uns festgestellt werden, daß beim Neumieterschutzverband die Neigung, durch Verhandlungen zu einer Verständigung zu kommen, größer zu sein scheint als bei der Siedlungs-V.G. Bei einer gemeinsamen Sitzung der Gesellschaft sollte man mehr Verständnis dafür erwarten, daß der Streik der Mieter aus Not und nicht aus bösem Willen geboren ist und deshalb kein Mittel einer Verständigung unversucht lassen.

Tausende begrüßen einen gutangelegenen Menschen

Durch das immer noch bestehende Demonstrationsverbot nicht mehr an große Menschenansammlungen gewohnt, war man umso überraschter, am geistigen Tage, mehrere Tausend Menschen am Hauptbahnhof versammelt zu finden. Was ist los? Hat irgendein großer Staatsmann seinen Besuch angekündigt? Kehrt vielleicht ein Forscher nach jahrelanger Abwesenheit von einer gefährlichen Expedition zurück? Soll der Entdecker des Röhrenregens oder ein anderer Wohlthäter der Menschheit empfangen werden? In so einem gut gepolsterten Kupon erstreckt ein gerade gewachsener, nach der neuesten Mode gekleideter Mensch und eine Frau mit blasser Gesichtsfarbe. Ein Mensch, dessen einzige Verdienste aus eben nur diesen Eigenschaften und einer Befähigung bestehen, die Gesichtsfarbe in etwas ungewöhnliche Falten zu bringen. (Der Sachsig nennt es süßes Lächeln.) Und diese Vorzüge, sie genügen, um die Aufmerksamkeit der Menge zu erregen. Das Lächeln ist so einladend, ein gewisses Publikum braucht eben einen Wappstein. (Ob die „Schleissche“ aus dieser Erkenntnis heraus einen so ausführlichen Bericht, der von kaum einer Stenotypen- und Schmodpresse zu überbieten ist, über den Empfang gebracht hat?)

Wehr als all diese Biödelchen interessiert uns zu wissen: Ist eine von geschäftstüchtigen Firmamanagern vorbereitete Ansammlung von mehreren Tausend Menschen zu denen u. a. mehrere Dutzend berittene Schutzpolizisten notwendig waren keine Demonstration, die unter das Demonstrationsverbot fällt? Ist ein vor dem Ausgang des Hauptbahnhofs aufgestelltes Transparent nun plötzlich kein Verkehrsbehinderung mehr? Jedenfalls wurde die Auf-

Theater und Musik

Neuertes Abonnementskonzert

Nicht mit Musik, sondern Ovationen begann das neuere Abonnementskonzert, das Richard Zeit leitete. Publikum und Orchester bezogen dem Fest gemeinsam ihre Sympathien. Die Hörerschaft applaudierte lang anhaltend, als der Dirigent das Publikum betrat, in die Musiker erhoben sich von ihren Sitzen. Am Schluß aber zeigte der Dirigent ein Gesicht, das nach Blumen und — sogar einen gelb-weiß-bekleideten Kranz. Mehr konnte man wahrlich nicht für das langläufige Programm verlangen. Schumanns D-moll-Sinfonie, die man zur Vermeidung von Formentzerrungen ruhig wieder „Symphonische Phantasie“ nennen sollte, Richard Strauß' „Tod und Verkündigung“ und Haydn's D-dur-Sinfonie sind keine Standardwerke der Musik. Zeit schien es gar nicht auf das Programm anzukommen, und doch ist es die Bistentarte jedes Dirigenten. Zeit wollte mit keiner Persönlichkeit auf das Orchester und damit auf das Publikum einwirken. Mit den aufgeführten Werken hätte auch ein mittel-mäßiger Dirigent einen Achtungserfolg errungen. Richard Zeit muß zur Sonderklasse gehören, ihm war ein sensationeller Erfolg beschieden.

Die romantisch-phantastische Schilderung — nicht musikalische — die Schumann in seiner D-moll-Sinfonie gibt, liegt oblieks von unserem Zeitempfinden. Die Melodien schweben zwischen Himmel und Erde, ohne das eine von beiden zu erreichen. Kern bleibt nur eine von Phantasie getriebene Melodie, die im Augenblicke gefangen nimmt, aber keinen Hochschall hinterläßt. Genauere Kenntnis des Wertes verändert aber das Eindruck nicht nach der positiven Seite hin, sondern daß die Schwächen eher mit zu großer Offenheit auf. Es war zu bewundern, wie Zeit die romantischen Genrebilder zu einem geschlossenen Ganzen zu fügen vermochte.

Richard Strauß' „Tod und Verkündigung“ ist uns in der letzten Interpretation bereits bekannt gewesen. Die Tonbildung fällt gegenüber den anderen gattungsgleichen Epitaphen „Don Juan“, „Macbeth“ und „Die Gezeichneten“ ein wenig ab. Zeit, der die Wiedergabe von der Idee her aufbaute, konnte aus nur ein virtuos gemachtes Stück vorführen.

Haydn hat in der „Londoner“ Sinfonie schon dem Empfinden überwinden. Und doch besaß Zeit gerade diese aufwendige Kunst. Warum, bleibt unverständlich. Eine nahezu zu hohe, weniger ausgedehnte und ausgereifere, schärfere und klarere Wiedergabe hätte uns Haydn überflüssiger macht. Feinerer Klang, tabulische Schattierung, durchdringender Instrumentation und eine bis ins Letzte ausgeübte Aufführung machen Zeit zu dem Dirigenten, der das Publikum nicht nur mit dem Ton, sondern mit der Seele zu ergreifen vermag. Das ist ein seltener Erfolg. Das Programm hat einen hervorragenden Erfolg.

Sozialdemokratische Partei

Partei-Verband
Gewerkschaftsbereich, Zimmer 107-110
Telefon Nummern 2020-2024
Briefkasten außer Hausnummern von 1-1 und 1-2

Mitglied, Delegierte zum Bezirksparteitag. Der Zusammenkunft in Freitag, 19.30 Uhr, im Gewerkschaftsbereich, Gartenhaus, Zimmer 107.
Abteilung Mikalotter. Wir haben bei der Kampagne-Mikalotter im Zentralballsaal Oberbaltitz. Die Gewinne werden Freitag, den 14. März, 30 Uhr, im Berggasse als öffentliche Ziehung. Die Gewinne sind: 1. Hauptgewinn 10000 Mark, 2. Hauptgewinn 5000 Mark, 3. Hauptgewinn 2500 Mark, 4. Hauptgewinn 1000 Mark, 5. Hauptgewinn 500 Mark, 6. Hauptgewinn 250 Mark, 7. Hauptgewinn 100 Mark, 8. Hauptgewinn 50 Mark, 9. Hauptgewinn 25 Mark, 10. Hauptgewinn 10 Mark, 11. Hauptgewinn 5 Mark, 12. Hauptgewinn 2 Mark, 13. Hauptgewinn 1 Mark, 14. Hauptgewinn 50 Cent, 15. Hauptgewinn 25 Cent, 16. Hauptgewinn 10 Cent, 17. Hauptgewinn 5 Cent, 18. Hauptgewinn 2 Cent, 19. Hauptgewinn 1 Cent, 20. Hauptgewinn 50 Mill, 21. Hauptgewinn 25 Mill, 22. Hauptgewinn 10 Mill, 23. Hauptgewinn 5 Mill, 24. Hauptgewinn 2 Mill, 25. Hauptgewinn 1 Mill, 26. Hauptgewinn 500 Tausend, 27. Hauptgewinn 250 Tausend, 28. Hauptgewinn 100 Tausend, 29. Hauptgewinn 50 Tausend, 30. Hauptgewinn 25 Tausend, 31. Hauptgewinn 10 Tausend, 32. Hauptgewinn 5 Tausend, 33. Hauptgewinn 2 Tausend, 34. Hauptgewinn 1 Tausend, 35. Hauptgewinn 500 Tausend, 36. Hauptgewinn 250 Tausend, 37. Hauptgewinn 100 Tausend, 38. Hauptgewinn 50 Tausend, 39. Hauptgewinn 25 Tausend, 40. Hauptgewinn 10 Tausend, 41. Hauptgewinn 5 Tausend, 42. Hauptgewinn 2 Tausend, 43. Hauptgewinn 1 Tausend, 44. Hauptgewinn 500 Tausend, 45. Hauptgewinn 250 Tausend, 46. Hauptgewinn 100 Tausend, 47. Hauptgewinn 50 Tausend, 48. Hauptgewinn 25 Tausend, 49. Hauptgewinn 10 Tausend, 50. Hauptgewinn 5 Tausend, 51. Hauptgewinn 2 Tausend, 52. Hauptgewinn 1 Tausend, 53. Hauptgewinn 500 Tausend, 54. Hauptgewinn 250 Tausend, 55. Hauptgewinn 100 Tausend, 56. Hauptgewinn 50 Tausend, 57. Hauptgewinn 25 Tausend, 58. Hauptgewinn 10 Tausend, 59. Hauptgewinn 5 Tausend, 60. Hauptgewinn 2 Tausend, 61. Hauptgewinn 1 Tausend, 62. Hauptgewinn 500 Tausend, 63. Hauptgewinn 250 Tausend, 64. Hauptgewinn 100 Tausend, 65. Hauptgewinn 50 Tausend, 66. Hauptgewinn 25 Tausend, 67. Hauptgewinn 10 Tausend, 68. Hauptgewinn 5 Tausend, 69. Hauptgewinn 2 Tausend, 70. Hauptgewinn 1 Tausend, 71. Hauptgewinn 500 Tausend, 72. Hauptgewinn 250 Tausend, 73. Hauptgewinn 100 Tausend, 74. Hauptgewinn 50 Tausend, 75. Hauptgewinn 25 Tausend, 76. Hauptgewinn 10 Tausend, 77. Hauptgewinn 5 Tausend, 78. Hauptgewinn 2 Tausend, 79. Hauptgewinn 1 Tausend, 80. Hauptgewinn 500 Tausend, 81. Hauptgewinn 250 Tausend, 82. Hauptgewinn 100 Tausend, 83. Hauptgewinn 50 Tausend, 84. Hauptgewinn 25 Tausend, 85. Hauptgewinn 10 Tausend, 86. Hauptgewinn 5 Tausend, 87. Hauptgewinn 2 Tausend, 88. Hauptgewinn 1 Tausend, 89. Hauptgewinn 500 Tausend, 90. Hauptgewinn 250 Tausend, 91. Hauptgewinn 100 Tausend, 92. Hauptgewinn 50 Tausend, 93. Hauptgewinn 25 Tausend, 94. Hauptgewinn 10 Tausend, 95. Hauptgewinn 5 Tausend, 96. Hauptgewinn 2 Tausend, 97. Hauptgewinn 1 Tausend, 98. Hauptgewinn 500 Tausend, 99. Hauptgewinn 250 Tausend, 100. Hauptgewinn 100 Tausend.

Ungelöste Aufgaben? Freitag, 19.30 Uhr, Zusammenkunft in den Zentralballsaal.
Alle Gruppen gehen heute zur Parteivorstellung in den Zentralballsaal. Kartenabrechnung erfolgt kurz vorher.

Gruppe sozialistischer Schüler
Der nächste Gruppenabend ist Mittwoch, 19. März. Sonntag treffen wir uns 8 Uhr in Dornitz zur Fahrt.

Sozialistische Arbeiterjugend
Veranstaltungen Freitag und Sonnabend:
Heim 1 (Waldstraße), Freitag: Wiederabend, Sonntag: Tanz und Spiel.
Heim 2 (Barrade Weißwintler), Freitag: Lesabend, Sonntag: Gesellschaftsspiel.

Heim 3 (Rischallstraße), Freitag: Elternabend im Berggasse, Sonntag: Lesabend.
Heim 4 (Eigenheim Sedlitzstraße), Freitag: Märzrevolutions-Gedenkstunde, Sonntag: Bildbilder.

Gewerkschaftshaus-Lichtspiele

Neu und morgen **Wie lebt der Arbeiter in Rußland?**
8 und 9 Uhr

Das Kind des anderen

Ferner ein zweiter Russenfilm: **Der Fall des Staatsanwalts M**
Uebliche billige Eintrittspreise! Jugend verboten!

Nennung eines solchen zum Empfang von Reichsbannerkameraden aus solchem Grunde seinerzeit verboten.
Das sind so allerhand Fragen und Gedanken, die sich der nüchternen Mensch über den Empfang eines gutangelegenen Menschen am Breslauer Hauptbahnhof macht.

Quartiere gesucht!

Für die Delegierten des mittelhessischen Bezirksparteitages werden für die Nacht von Sonnabend, den 15., zu Sonntag den 16. März, noch einige Quartiere benötigt. Genossinnen und Genossen, die solche zur Verfügung stellen können, werden gebeten, ihre Adresse im Parteisekretariat, Margaretenstr. 17, Gartenhaus (Neubau), Zimmer 170, bald anzugeben.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Bezirksverband Breslau (Mittelhessen).

„Welt — so siehste aus“

laute die Abkehr-Rundgebung, die der Bezirksvorstand der Partei zu Ehren der Delegierten des Parteitag am Sonntag, dem 16. März, nachmittags 4 1/2 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses veranstaltet. Die Ausgestaltung haben die „Roten Hulen“ der SA, und eine Jugendabteilung der Arbeiterpartei übernommen. Den musikalischen Teil bestreitet die Volkstanzkapelle des Reichsbanners. Die gesamte Arbeiterjugend Groß-Breslaus ist eingeladen. Der Eintrittspreis beträgt 90 Pf.

Gewonnen im Gewerkschaftshauses: Milch, Krugschöner, Altentafel, Turnschuhe, Schirm, Stöcke, Handtücher, mehrere Portemonnaies und dergleichen. Bitte die verlorenen Sachen in den Vormittagsstunden am Büfett abzuholen.

Mitgliedsverkauf in der Verkaufshalle des Hauptbahnhofs. Im Offiziel der Verkaufshalle des Hauptbahnhofs ist eine Milchhalle eröffnet worden. Es ist ein behaglicher Raum mit Sitzgelegenheit. Außer frischer Milch aus Kühlvorrichtungen und Warmmilch werden Kaffee, Schokolade, Käse, Butter usw. verkauft. Bedienungsgeld wird nicht erhoben. Rauchen ist nicht gestattet. Die Milchhalle untersteht der Bahnhofsverwaltung.

Freiwillig-Spendentafel Klassenlotterie. 27. Ziehungstag, Vor- und Nachmittag. Die uns die Lotteriebaut A r n d t, C a h o u s Tauentzienplatz 1, mittel, wurden folgende Gewinne gezogen:

10000 Mark Nr. 278 515; 5000 Mark Nr. 231 507, 387 705;
3000 Mark Nr. 5 848, 13 011, 48 553, 63 901, 216 925, 248 685,
258 751, 281 811, 321 330, 376 847; 2000 Mark Nr. 6 020, 22 482,
46 350, 49 371, 68 308, 64 343, 84 692, 109 187, 127 501, 200 056,
219 844, 222 898, 226 325, 244 088, 245 807, 268 638, 280 541;
1000 Mark Nr. 16 752, 24 178, 33 392, 34 985, 51 435, 59 295,
68 791, 75 130, 78 986, 82 677, 88 986, 99 597, 103 670, 104 690,
160 685, 186 601, 195 077, 212 329, 221 095, 228 202, 230 987, 244 478,
245 796, 263 790, 268 756, 273 790, 283 695, 287 089, 296 850, 299 390,
303 239, 306 768, 310 533, 311 263, 324 892, 337 494, 342 148, 357 440,
385 665, 391 742, 395 200; 500 Mark Nr. 1 597, 2 923, 5 617, 6 415,
6 799, 11 626, 23 938, 24 499, 25 588, 42 884, 51 904, 55 640, 65 952,
66 487, 74 371, 88 228, 89 271, 106 276, 122 257, 130 820, 138 682,
141 468, 151 672, 152 754, 155 458, 159 652, 160 101, 170 355, 188 804,
185 313, 186 658, 191 826, 197 278, 201 394, 205 070, 215 581, 221 320,
227 788, 244 968, 260 972, 262 219, 262 987, 271 621, 271 888, 278 432,
283 656, 284 124, 284 751, 298 804, 302 516, 304 268, 314 298, 321 795,
322 171, 323 008, 324 424, 327 146, 329 797, 336 708, 336 857, 338 597,
349 190, 349 159, 351 124, 360 540, 368 686, 368 387, 373 497, 374 232,
378 275, 378 490, 391 778.

Aus einer Seidels-Dose

kommen, heißt: alle guten Eigenschaften und Wirkungen, die Gemüse feinsten Art haben können, in sich vereinigen.
Dies Jahr sind besonders gut geerntet: junge fadenfreie Schnittbohnen, junge Erbsen, Spargel, junger Spinat und Karotten.
Junge Kraft — mehr Genuss. Schick dem Selbst in diese Dose.

Heim 5 (Rischallstraße), Freitag: Märzrevolutions-Gedenkstunde.
Heim 6 (Königsplatz), Freitag: Das Berufsleben der Arbeiter.
Heim 7 (Barrade Weißwintler), Freitag: Arbeitsgemeinschaft.
Heim 8 (Eigenheim Gewerkschaftshaus), Freitag: Unsere Arbeit.
Heim 9 (Eigenheim Gewerkschaftshaus), Freitag: Unsere Arbeit.
Heim 10 (Eigenheim Gewerkschaftshaus), Freitag: Unsere Arbeit.
Heim 11 (Eigenheim Gewerkschaftshaus), Freitag: Unsere Arbeit.
Heim 12 (Eigenheim Gewerkschaftshaus), Freitag: Unsere Arbeit.
Heim 13 (Eigenheim Gewerkschaftshaus), Freitag: Unsere Arbeit.
Heim 14 (Eigenheim Gewerkschaftshaus), Freitag: Unsere Arbeit.
Heim 15 (Eigenheim Gewerkschaftshaus), Freitag: Unsere Arbeit.
Heim 16 (Eigenheim Gewerkschaftshaus), Freitag: Unsere Arbeit.
Heim 17 (Eigenheim Gewerkschaftshaus), Freitag: Unsere Arbeit.
Heim 18 (Eigenheim Gewerkschaftshaus), Freitag: Unsere Arbeit.
Heim 19 (Eigenheim Gewerkschaftshaus), Freitag: Unsere Arbeit.
Heim 20 (Eigenheim Gewerkschaftshaus), Freitag: Unsere Arbeit.

Sozialistischer Kampfband
20 Uhr, findet bei hands (Waldstraße, Ecke Berggasse). Die erweiterte Handlung hat. Alles was es gibt.
Abteilung Nord. Donnerstag, 19. März, 20 Uhr, findet bei hands (Waldstraße, Ecke Berggasse). Die erweiterte Handlung hat. Alles was es gibt.
Abteilung Süd. Donnerstag, 19. März, 20 Uhr, findet bei hands (Waldstraße, Ecke Berggasse). Die erweiterte Handlung hat. Alles was es gibt.

Von den Arbeiterkameraden
Hallenversammlung. Am Sonnabend sind alle Hallenarbeiter zum 17.30 Uhr im Heim Gewerkschaftshaus.
Sprechabend. Freitag sind alle Sprechortsteilnehmer pünktlich 17 Uhr helligen Welt-Gewerkschaftshaus. Texte auswendig. Wir über den Tag.
Schulung. Im Sonntag besuchen alle Jungen und Mädchen, die die Schule verlassen, offiziell die Heim der Sozialistischen Arbeiterjugend. Die Jungenbesuche freuen sich, auch besichtigt begrüßen zu können und verfahren beim Abend sehr interessiert angehalten.
Abteilung 4 (Barrade Weißwintler). Die Kassen, besonders die Eltern aus der Schule kommen, beteiligen sich heute an der Festerunde der Partei. Wir treffen uns um 10 Uhr in der Barrade.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“
Banner 11 (Neuer), Morgen, Freitag, 20 Uhr, Gabelgänger Abend. Banner 12 (Neuer), Morgen, Freitag, 20 Uhr, Gabelgänger Abend. Banner 13 (Neuer), Morgen, Freitag, 20 Uhr, Gabelgänger Abend. Banner 14 (Neuer), Morgen, Freitag, 20 Uhr, Gabelgänger Abend. Banner 15 (Neuer), Morgen, Freitag, 20 Uhr, Gabelgänger Abend. Banner 16 (Neuer), Morgen, Freitag, 20 Uhr, Gabelgänger Abend. Banner 17 (Neuer), Morgen, Freitag, 20 Uhr, Gabelgänger Abend. Banner 18 (Neuer), Morgen, Freitag, 20 Uhr, Gabelgänger Abend. Banner 19 (Neuer), Morgen, Freitag, 20 Uhr, Gabelgänger Abend. Banner 20 (Neuer), Morgen, Freitag, 20 Uhr, Gabelgänger Abend.

Das Nacht-Kabarett „Kette die Oper!“ im Kapitol
15. März 1930 wird etwas ganz Neues für Breslau sein. Eine Konferenz wird die üblichen Geisteskräfte leuchten lassen. Das Programm mischt sich in einer überaus interessanten und spannenden Rahmenhandlung ab, die das Publikum von Anfang bis zu Ende fesselt. Zu den genannten Künstlern sind weit hinzugezogen die Damen: Hiltner und Neiß, sowie die Tongruppe des Stadttheaters; die Herren: Griebel, Hiller, Henning, Kreutziger, Reinick; die Herren: Kaufmann und Popelwitz. In 3 Akten auf zwei Flügeln spielen. Die Rahmenhandlung, die Chansons, entstammen der Feder des Herrn Felix Kette und die Kompositionen des Herrn Hans Sattler verbürgen Güte. Die Lieblinge des Breslauer Opernpublikums, fast alle werden sein, werden den Besuchern zeigen, was die Breslauer Oper-Schließung der Oper verlieren würden. Darum sofort Karten lösen in den Verkaufsstellen: Kasse des Capital, Kasse der Schiffhaken Whistharmone, Hainauer, Hoppe, Wandel. Preise Plätze: 2,30 bis 8,70 Mark.

Vor den Zug geworfen. Auf dem Bahnkörper an der Schönstraße fanden gestern früh Bahnpolizeibeamte die Leiche eines Mannes, der sich vor einen Zug geworfen haben muß. Die Leiche wurde verfrachtet. In der Kleidung des Toten wurden lediglich zwei Visitenkarten mit der Adresse Hans Dittler, Liegnitz, gefunden. Ob es sich um diese Persönlichkeit handelt, wird noch ermittelt.

Freiwillig aus dem Leben geschieden. In ihrer Wohnung in der Brückener Straße 27 wurde gestern nachmittags 6 Rentnerin Margarete T. tot aufgefunden. Die alte Frau hat sich aus unbekanntem Anlaß mit Leuchtgas vergiftet.

Freitod. In seiner Wohnung Schulstraße 18 wurde gestern Abend der Arbeiter Felix G. tot aufgefunden. Er hat sich an noch unbekanntem Anlaß mit Leuchtgas vergiftet. — Zu gleich Zeit wurde der Klempnerlehrling F. in der Werkstatt seines Vaters, bei dem er lernte, erhängt aufgefunden. Ueber die Motiv konnte bisher auch bei dieser Lebensentsagung nichts ermittelt werden.

Von der Feuerwehr. Gestern gegen 16 Uhr wurde der Feuerwehr zur Hilfeleistung nach der Elisabethstraße gerufen. Um auf dem Dach des Stadthauses eine vom Winde losgerissenen Zinkblechverkleidung zu entfernen. Kurz vor 15 1/2 Uhr erfolgte ein Alarm nach Schweidnitzer Straße 48. Hier war in einem Lager Keller wahrscheinlich durch Hineinwerfen eines brennenden Streichholzes oder Zigarrenrestes durch das Kellereifenfenster Material und 1 Regal in Brand geraten. Zum Glück wurde der Feuers der Schlauchleitung vorgenommen werden. Am nach 17 Uhr waren Untersuchen 47 infolge Betriebsänderung einer Färbemaschine verlassene Lade und Aluminiumfolie zur Entzündung gekommen. Das Feuer konnte mit dem kleinen Löschgerät gelöscht werden.

Arbeiter-Sport

Freie Turnerschaft Breslau G. B.
Mitwirkende für Donnerstag im Zentralballsaal pünktlich 19 1/2 Uhr dabei. Für die Mitwirkung am Sonntag beim Bezirksparteitag im Gewerkschaftshaus treffen sich alle Mitwirkenden 16 Uhr im Gewerkschaftshaus. — Am 13. März Generalversammlung im Gewerkschaftshaus.

Kreisparteileitung der Arbeiter und Kanalarbeiter. Freitag, 20 Uhr, im Gewerkschaftshaus: Vorstandssitzung, an der die technische Ausschuss teilnimmt.

S. B. Arbeiter Breslau G. B. Neustadtfahrer. Sonntag, 17. März, in der Turnhalle Fahrgeiß (4,80 Mark) an Generalversammlung teilnehmen. Treffpunkt Sonntag 6,45 Uhr Hauptbahnhof (Scheidplatz).

Freie Arbeitervereins Breslau G. B. Sonntag. Sonntag, 17. März, in der Turnhalle Fahrgeiß (4,80 Mark) an Generalversammlung teilnehmen. Treffpunkt Sonntag 6,45 Uhr Hauptbahnhof (Scheidplatz).

Freie Arbeitervereins Breslau G. B. Sonntag. Sonntag, 17. März, in der Turnhalle Fahrgeiß (4,80 Mark) an Generalversammlung teilnehmen. Treffpunkt Sonntag 6,45 Uhr Hauptbahnhof (Scheidplatz).

Freie Arbeitervereins Breslau G. B. Sonntag. Sonntag, 17. März, in der Turnhalle Fahrgeiß (4,80 Mark) an Generalversammlung teilnehmen. Treffpunkt Sonntag 6,45 Uhr Hauptbahnhof (Scheidplatz).

Freie Arbeitervereins Breslau G. B. Sonntag. Sonntag, 17. März, in der Turnhalle Fahrgeiß (4,80 Mark) an Generalversammlung teilnehmen. Treffpunkt Sonntag 6,45 Uhr Hauptbahnhof (Scheidplatz).

Freie Arbeitervereins Breslau G. B. Sonntag. Sonntag, 17. März, in der Turnhalle Fahrgeiß (4,80 Mark) an Generalversammlung teilnehmen. Treffpunkt Sonntag 6,45 Uhr Hauptbahnhof (Scheidplatz).

Freie Arbeitervereins Breslau G. B. Sonntag. Sonntag, 17. März, in der Turnhalle Fahrgeiß (4,80 Mark) an Generalversammlung teilnehmen. Treffpunkt Sonntag 6,45 Uhr Hauptbahnhof (Scheidplatz).

Freie Arbeitervereins Breslau G. B. Sonntag. Sonntag, 17. März, in der Turnhalle Fahrgeiß (4,80 Mark) an Generalversammlung teilnehmen. Treffpunkt Sonntag 6,45 Uhr Hauptbahnhof (Scheidplatz).

Die Breslauer Kapp-Putsch-Tage

Vor 10 Jahren

Von Karl Mache

Zehn Jahre ist es her, daß durch das Verbrechen des Militärputsches der Kapp und Lüttich das in Wiederherstellung begriffene Deutschland schwer erschüttert wurde. Nicht überall in Deutschland wurde der Vorkriegsstatus mit gewalttätiger Gewalt gestiftet, wie gerade in Breslau. Das ist erklärlich, wenn man weiß, daß die zuverlässigste Waffe in den Händen der Kapp und Genossen die vor der Auflösung stehenden Streitkräfte waren. Gerade Breslau und Schlesia war wegen der weitläufigen Landesgrenzen ein Aufmarschgebiet dieser Truppen. Gegen die in Breslau die dann so verächtlich gewordenen Truppen, wie das Korps Auloc, das Korps Paulsen, das Bataillon Kühme. Nicht weit von Breslau waren weitere Truppenteile, so unter anderem auch die 3. Marine-Brigade unter Führung des Kapitäns Löwenfeld, auf deren Konto auch eine Reihe der Blutopfer in Breslau zu buchen ist. Dazu kam noch, daß sich die Studentenschaft der hiesigen Universität als Zeitfreiwillige sofort in Uniform warf, um sich an die Seite der Putschisten zu stellen. Wenn man das alles in Betracht zieht, kann man sich vorstellen, wie schwer der Stand der für die Verfassung kämpfenden Bevölkerung war. Von desto größerem Heldennut zeugt der Erfolg am Ende dieser verheerenden Tat. Wohl waren auch hier 22 Opfer zu beklagen, davon haben aber acht, die in aller Ruhe, als sie gefangen waren, selbstmörderisch, bestialisch hingemetzelt wurden. Einige, die man handrechtlich erschoss, und die übrigen, die den mörderischen Augen beim Haulen dieser Banditen in den Straßen der Stadt zum Opfer fielen. Nur der Besonnenheit, Kaltblütigkeit und geschickten Führung auf Seiten der Arbeiterkassen ist es zu verdanken, daß nicht viel mehr Opfer zu verzeichnen waren.

Es war in der Nacht vom 12. zum 13. März als einige Breslauer Genossen, darunter der Schreiber dieser Erinnerung, die nach einer Verammlung noch im Gewerkschaftshaus zusammenkamen, von Berlin aus über eine drohende Bewegung von meuternden Truppen Nachricht erhielt. Ohne Bestimmtes zu wissen, blieben die Genossen die Nacht über sofort zusammen, um alles Erforderliche zu beraten. Sonnabend, den 13. März, früh wurden alle erreichbaren führenden Funktionäre der Partei und Gewerkschaften zu einer Konferenz zusammenberufen. Während der Beratungen kam die Nachricht aus Berlin, daß die alte Reichsregierung gestürzt sei, Kapp und Lüttich die Regierung übernehmen droht. Gleichzeitig aber auch die, daß der Generalkriegsbeschluß droht. Es wurde sofort einstimmig die Proklamierung des Generalkriegs in Breslau und für die ganze Provinz Schlesia beschlossen. Kaum eine halbe Stunde nach Verlesung dieses Beschlusses hing das geschäftige Leben in den Straßen an zu stocken. Die Straßenbahnen fuhren ein, die Arbeiter gingen aus den Betrieben, überall wurde der Kampf bald aufgenommen. Für Sonnabend nachmittag hatte der Oberpräsident Genosse Philipp die Parteien und Vertreter der Wirtschaftsverbände nach dem Fürstensaal des Rathauses eingeladen. Auch der Chef der schlesischen Truppen war anwesend. Außerordentlich hitzig wurde dort getritten und insbesondere über die zu ergreifenden Maßnahmen. Hier wieder, wie ja in der Geschichte leider so häufig, langes Reden ohne tatkräftige Beschlüsse, Entschlossenheit der Arbeiterorganisationen. Aber auch einige tapfere mutige Angehörige des Bürgertums — ich möchte hier mit voller Absicht den Namen eines dieser Bürgerlichen des Dr. Köbisch in Oberricht nennen — auf der anderen Seite fähiges Schwanken und Zaudern. Die Frage des Verhandlungsführers an den Truppenkommandanten: „Herr General, wie werden Sie sich verhalten?“ Antwort des sich auf seinen eigenen Füßen stützenden Militärs: „Ich werde die Befehle jeder Regierung ausführen.“ Darauf riesige Empörung, der General wird selbstgefaßt. Zur selben Zeit ertönt vom Ring herauf, wo viele Tausende von Menschen versammelt sind, Geschrei. Die ersten rebellierenden Truppen aus Carlswik rücken von der Schmickebrücke kommend nach dem Ring. Maschinengewehre sprechen ihre furchterliche Sprache, die ersten Opfer des Kapp-Putsches werden gebracht. Der erste Tote wird in dem Portal des Rathauses niedergelagt. Im Gewerkschaftshaus treten eine Stunde später erneut die Führer der Organisationen zusammen, um die erforderlichen Maßnahmen zu beraten. Im Zimmer 7/8 des Gewerkschaftshauses wird nach geräuselt, während draußen immer wieder Schüsse krachen. Sonntag, den 14. März, finden sieben Verammlungen statt unter der Parole: „Gegen die Militärdiktatur zum Schutze der Republik“. Alle Verammlungen sind überfüllt. In die einzelnen Verammlungen bringen Militärschwandons ein, die die Aufgabe haben, die Führer festzunehmen. Es gelingt ihnen in keinem Fall. Wohl ist der damalige Polizeipräsident Genosse Waigt festgenommen, ebenso der Oberbürgermeister interniert, ist seit Sonnabend abend der tapfere Angehörige der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei, Bernhard Schottländer im Gefängnis verschwunden.

Schon sind einige der führenden Genossen am Sonnabend abend vertraulich informiert worden, daß Haftbefehle gegen sie vorliegen. Es gilt jetzt unter allen Umständen aber die Leitung in der Hand zu behalten. Das Erscheinen der bis an die Zähne bewaffneten mit Handgranaten behangenen jungen Soldaten weckt das Gegenteil von Schrecken aus. Begeisterung zum Kampf gegen den Umsturz. Zur selben Zeit als die Verammlungen zu Ende gehen, wird das Gewerkschaftshaus von Militär besetzt. Die Lage, die jetzt folgen, sind Soldatentage der Breslauer Arbeiterkassen. Ein sozialistischer Ausschuss, wie er sich auf den Flugblättern bezeichnet, tagt fast die ganze Zeit über in Permanenz. Natürlich nicht an öffentlichen Orten, denn allen droht ja die Verhaftung. Das Standrecht ist verfallen und wird auch ausgeübt. Bald tagt die Kampfleitung in einer bescheidenen Wohnung in der Neuborsstraße, bald in einem Schuppen in der Lauenburgerstraße, dann auch wieder in anderen Stabteilchen an verschiedenen Stellen. Tag für Tag aber werden mehrmals die Kämpfenden durch die Funktionäre, die durch Vertrauensleute immer wieder mit der Leitung in Verbindung stehen, informiert. Weiterhin wird auch der eventuell zu führenden bewaffnete Widerstand organisiert. Eine der ersten Publikationen dieses Ausschusses war ein Flugblatt wie nachstehend:

Arbeiter, Angestellte, Beamte, Bürger!
Soldaten!
Die Militärdiktatur wankt!
Generalkrieg unhergänglich!
Berlin ohne Kohlenzufuhr,
Breslau fast reiflos in unserer Hand!
In Hamburg ruht alles,
Bewaffneter Widerstand organisiert!
Westen, Bayern und Süddeutschland steht hinter uns.
Wagt nicht den Schwindelnachrichten der schlatternden Reaktion!
Solobden, schließt nicht auf Vater und Mütter und Eure Arbeitsschüler. Werkt Euch jetzt schon alle die, die im Dienste der Reaktion stehen. Es wird mit ihnen abgerechnet!
Arbeiter, Beamte, Angestellte!
Haltet aus im Generalkrieg!
Nur die Publikationen des sozialistischen Ausschusses sind für Euch maßgebend.
Der sozialistische Ausschuss.
Auch der Druck dieser Flugblätter mußte ganz im Verborgenen in den verschiedensten Stabteilchen, teilweise in Kellern, erledigt werden. Aber Tag für Tag waren viele Tausende dieser Flugblätter in der Stadt an Häusern und Zäunen angeheftet und gingen in großer Zahl von Hand zu Hand. Verhaftungen, Demonstrierender oder Verdächtiger erfolgen in großem Maße. Ein sehr großer Teil dieser in die Hände der Soldaten gelangenden wurden in der furchterlichsten Weise mißhandelt. Durch die Schreie ertönten aus den Kellern des Freiburger Bahnhofs.

hofs. Auch im Hallenschwimmbad, wo das Standgericht tagte, wurden viele der Inhaftierten mißhandelt. Belannt geworden ist die verächtlich gewordene Folterkammer im ehemaligen Generalkommando in der Schwebdiner Straße.

Am 16. März beschlossen auch die Eisenbahner, und zwar die Verbände aller Richtungen, von den Beamten und Lokomotivführern angefangen bis zur letzten Eisenbahner-Gewerkschaft, den Streik. Die „Volkswacht“ gibt beschränkt am Montag, den 16. März, ein Blatt heraus, in dem unter anderem ein Aufruf des Gewerkschaftsbundes der Angestellten steht, in dem zum Generalkrieg aufgefordert wird. Die Folge davon ist, Einbringen in die Druckerei von Schagky, wo die „Volkswacht“ hergestellt wurde, und mit Handgranaten erfolgt die Demolierung der maschinellen Anlagen. Die Gegner haben alles in den Dienst des Kampfes gestellt. Neben Lügen und Verleumdungen, neben allen modernsten Mordwerkzeugen des letzten Krieges auch das Flugzeug, aus dem die Marine-Brigade viele Tausende von Flugblättern in Breslau abwarf, in dem die Bevölkerung aufgefordert wird, sich der neuen Regierung zu fügen. Am Mittwoch, den 17. März, glaubte man, der Bewegung den Kopf abgeschlagen zu haben. In einem Lokal vor dem Oberort treten die Distriktsführer der Partei zusammen, um ein besonders wichtiges Flugblatt, einen flammenden Kampfauftrag, zu veröffentlichen. Die Funktionäre werden über die wichtigsten Vorgänge im Reich, von denen wir trotz Sperre von Telefon und Telegraph Nachricht erhalten haben, informiert. Schon sind ein Teil mit dem kostbaren Gut der Flugblätter weg, zwei Drittel sind bereits auf dem Wege zur Verteilung an die Bevölkerung, da werden die Türen aufgerissen und eine Anzahl Gewehrflüßke strecken sich herein. Erbärmlicher Verrat hat hier eine Rolle gespielt. Als ist es ganz aufgeklärt worden, wer die Verräter waren. Einundzwanzig Funktionäre der Partei werden mit erheblichen Händen, eskortiert von Angehörigen der Marine-Brigade, nach dem Schlegelwerder transportiert. Hier begann eine Folterandergleichen. Alle wurden an die Wand gestellt und man verlangte nur den Namen des Führers zu wissen, die anderen sollten dann gerettet sein. Man beschwor sie bei Frau und Kindern, die sie zu Hause haben, doch den einen, der der Führer ist, zu nennen. Keiner spricht. Wenn heute wieder an diese Episode erinnert wird, dann nur wieder, um an einen der vielen Fälle von Heldennut zu erinnern. Nur derjenige, der in ähnlicher Situation war, kann sich vorstellen, was das bedeutet, abgeschlossen, gefangen, gegenüber der Soldat, der vor seinen Augen das Gewehr ladet und ansetzt und doch ist jeder so stark zu schwächen. Einige dieser Tapferen deckt bereits der arme Kalen. Wir nennen einen nur, den langjährigen Schriftführer der Sozialdemokratischen Partei, Paul Hoffmann. Doch einundzwanzig an einer Stelle zu erschließen, erscheint auch diesem

vort kommandierenden Oberleutnant etwas zu viel. Abtransportiert nach dem Gefängnis in der Graupenstraße. In der Zwischenzeit hatte man aber auch in Breslau eingeleitet, daß der Widerstand der Arbeiterschaft nicht zu brechen ist. Bald werden die Verhafteten nach und nach entlassen. Es wird mit den Militärs durch Mittelsmänner verhandelt. Auch der Regierungspräsident Jaenicke ist bei denen, die mutig bei den Verhandlungen den Gegnern der Republik entgegengetreten. Donnerstag, den 18. März, soll der Abzug der Truppen erfolgen. Wieder traten in dem einige Stunden vorher freigewordenen Gewerkschaftshaus die Funktionäre zur Beratung zusammen. Da Mitteilung über große Schieberereien in der Schwebdiner Straße. Das war das letzte große Rückzugsschritt. Stundenlang noch trachten die Schüsse. Die Schwebdiner Straße ist von eingeschlagenen Fensterstücken und Mauerresten überlat. Wiederum Verhandlungen mit dem Generalkommando an den führenden der verstorbenen Genosse Gustav Scholich teilnahm Freitag den 19. März, endgültiger Abzug der Truppen. In der Nacht vom Freitag, den 19., zu Sonnabend, den 20. März, konstituiert sich der aus Angehörigen der Sozialdemokratischen Partei, der Demokratischen Partei, der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei und den Kommunisten bestehende Volksrat. Noch in den letzten Stunden wird ein Kuablat hergestelt, das am Sonnabend früh in Massen verbreitet wird und zu Verhandlungen aufruft. Diese Verammlungen Sonnabend, den 20. März, sind wiederum überfüllt. So allein im Garten des „Vergleisters“ weit über 5000 Menschen. Es wird überall der Abbruch des Streites beschloffen. Das war das Ende der gewalttätigen Auseinandersetzung, das war der letzte Akt im heftigen Abwehrkampf der Breslauer Arbeiterschaft gegen die Feinde der Republik. Leider sind manche der Fräulein, die uns damals winkten, nicht gerettet. Zerissenheit der republikanischen Bevölkerung auf der einen Seite und die Stärke der Position unserer Gegner andererseits, hat den Sieg nicht vollständig werden lassen. Aber eines ist erreicht worden, die Gegner haben die Kräfte der Arbeiterschaft kennen gelernt.

Wenn in der Folgezeit die Anhänger des Putschismus selbst bei den besonnenen Freunden der Republik Absehung erfahren, dann nicht, weil sich diese gewandelt haben, sondern weil sie aus dem März-Putsch 1920 gelernt haben. Sie haben erkannt, daß die Verteidiger der Republik, besonders die organisierte Arbeiterschaft, wenn sie geschlossen und einig ist, eine unüberwindliche Macht ist. Deshalb Republikaner, ist die beste Ehrung der Gefallenen vom März 1920:

Die Einheit und Geschlossenheit des arbeitenden Volkes.
Sie allein sichern uns vor dem Schrecken des Bürgerkrieges und dem Sturz der Republik.

Erinnerungen aus unserer Redaktion

Der wilhelminische Militarismus war seit Monaten langsam im Abbau. Die einstigen Herren über Leib und Leben der deutschen Jugend in den Kasernen schliefen aber nur ungerne von ihrer Macht. Und die Ruknicher des alten Systems sahen mit der Auflösung des Militarismus zugleich die Möglichkeit dahinschwimmen, ihre Herrschaft über das Volk neu zu befestigen. Seit Monaten wollten die Warnungen vieler nicht verkommen, die den Militarismus und die Gewaltentäter in Zivil genügend kannten. Noche aber glaubte mit der ihm gelieferten schweren Aufgabe fertig zu werden. Er hoffte die Soldateska in Güte loszuwerden, und bis zum 1. April sollte die Auflösung beendet sein. Vierzehn Tage vorher kam der Putsch. Sonnabend, den 13. März, liesen in unserer Redaktion laut der üblichen ausführlichen Meldungen über die Vorgänge am Berliner Zentrum der deutschen Politik nur kurze telephonische Mitteilungen ein, Kapp sei zum Diktator, v. Lüttich zum Wehrminister ausgerufen. Parteivorstand und Reichsregierung fordern zum Generalkrieg auf. Ob noch weitere Meldungen gegeben werden könnten, sei zweifelhaft, denn jeden Augenblick könnte die Post von den Putschisten besetzt werden. Es liefen dann auch eigene Nachrichten aus Berlin nicht mehr ein, und aus den verlogenen Berichten der „neuen Regierung“, die durch das Wolff-Büro verbreitet und von der „Schlesischen Zeitung“ mit Wonne gedruckt wurden, war zu ersehen, daß es den Putschisten geglikt war, sich in Berlin mit Gewalt einzunisten.

Sonntag früh der erste Weg in die Redaktion auf der Neuen Graupenstraße; doch welsch ein Bild bot sich hier! In der Nacht waren Reichsmehrtruppen unter dem Befehl eines Offiziers in die Redaktionsräume eingedrungen. Eingang hatten sie sich durch Einschlagen der Türfüllung verschafft. Alles war durcheinander geworfen, Bücher, Zeitungen, Manuskripte. Die Schreibtische waren aufgedreht. Gestohlen waren einige wertvolle Bücher, eine neue Schere, fünfzig Mark Briefmarken und schließlich hatte man den pfeifernden Redakteuren den Tabak mitgenommen. Zwei große rote Fahnen waren in der Redaktion verbrannt. Noch ärger waren die Verwüthungen in der Druckerei von Schagky, in der die „Volkswacht“ hergestellt wurde. Die Schließfen waren umgeklümpelt und ihr Inhalt auf dem Fußboden ausgeschüttet worden. Vertiger sah zerstört und die Jahnräder der Rotationsmaschinen mit Papier und anderen Hindernissen verstopft worden. Der Schaden belief sich auf mehrere tausend Mark, doch hatte der Betrieb am anderen Tage, wenn auch in unvollkommener Weise, wieder aufgenommen werden können.

Während der Beseitigung dieses Schadens erschienen zwei Reichswehroffiziere, die das Verbot des weiteren Erscheinens der „Volkswacht“ überbrachten, das nur gegen Quittung auszuhandigen war. Wir zeigten ihnen die Helendenaten der Nacht und sie bezeichneten das Vorgehen der Soldaten als skandalös und ungehörig. Später mögen es sich die „Ketter“ überlegt haben, daß das Verbot der „Volkswacht“ den schlechtesten Eindruck auf die Arbeitermassen machen würde. Also durfte die Zeitung Montag unter Zensur erscheinen. Die Nummer trägt die Ueberschrift „Vorbeigelungen!“ Es konnte mitgeteilt

werden, daß die Regierung Ebert-Bauer ihren Sitz nach Dresden verlegt und die Nationalversammlung auf Dienstag, den 16. März, nach Stuttgart einberufen sei. Nachrichten aus dem Reich waren von der Zensur gestrichen. Doch den Inseratenteil hatten die sachkundigen Zensoren anscheinend nicht beachtet. Dort befand sich ein Aufruf des JdU zum Generalkrieg. Man wollte deshalb die Zeitung beschlagnahmen, aber sie war bereits zum größten Teile ausgegeben. Aus Rauche rückte abends, während die Pressekommission gerade zu einer Sitzung zusammengetreten war, eine Sprengkolonne an, um mit Bündeln von Handgranaten die Maschinen der Schagky'schen Druckerei zu zerstören. An ein Verhandeln der Pressekommission war während dieses Altes nicht zu denken. Ueberhaupt war es wohl besser, sich nicht gerade in den Redaktionsräumen aufzuhalten, vielmehr warteten wir in den neben unserer Redaktion befindlichen Büroräumen des Genossen Rechtsanwalt Bandmann den ganzen Verlauf der Dinge ab.

Trotzdem Haftbefehl gegen die Redakteure erlassen waren, wovon wir erst später erfahren, erreichten wir unbeschädigt die Straße und unsere Wohnung. Nun konnte die „Volkswacht“ wirklich nicht mehr erscheinen und das war den Herren im Generalkommando wieder nicht recht. Ueberhaupt haben die verabschiedeten Banditenführer jeder in seiner Weise Putsch gemacht, und jeder hielt immer die Schanddaten des anderen für unerträglich. Ich wurde unter Zustimmung von freiem Geleit nach dem Generalkommando bestellt. Dort regete man von einem Mißverständnis und daß die „Volkswacht“ wieder erscheinen dürfe. Sie könnte ja in einer anderen Druckerei hergestellt werden. Zugleich lag man, die „neue Regierung“ sie fest, die frühere Regierung habe verzichtet und den Generalkrieg abgesetzt. Ich mußte den Herren aber sagen, auf die Nachrichten des Wolff-Büros ließe sich von uns der Inhalt einer Zeitung nicht aufbauen, alles andere aber verfallte der Zensur. Die „Volkswacht“ könne nun erst dann wieder erscheinen und den Generalkrieg für beendet erklären, wenn sie die entsprechende Weisung vom Parteivorstand erhalte.

In den folgenden Tagen lag das Feld unserer Tätigkeit auf der Straße. Durch verlogene Zeitungsberichte und Extrablätter irre gemacht, mußten manche doch nicht recht, wie es stehe. Ihnen konnte man im Anblick der Drahtverhau und Maschinengewehre nur stückernd sagen, daß der Generalkrieg erst dann aufgehoben sei, wenn die „Volkswacht“ wieder erscheine und den Abbruch des Streiks verkünde. Freitag erschien die „Volkswacht“ zum ersten Male wieder, gedruckt in der Druckerei der „Breslauer Zeitung“, Groß Barth & Co. (Friedrich). Sie kündete aber noch nicht das Ende des Generalkriegs, der erst in Verammlung zu beschließen war.

Gefährliche Pressekommissions-Sitzung

Für den 15. März, es war am Montag, hatte die Leitung der Pressekommission — damals Genosse Wilhelm Weile — eine Sitzung gegen 4 Uhr nachmittags in die Räume der „Volkswacht“-Redaktion einberufen, um zu der durch die Verhältnisse geschaffenen Lage Stellung zu nehmen. Alles war verfallt, denn die Situation drängte zu raschen Entschlüssen. Zudem sollte es dazu nicht kommen. Denn mitten in die Beratungen hinein knatterte plötzlich eine wilde Schiebererei von der Straße herauf. Die Auloc-Horde war mit einem Panzerauto vorgefahren, in der Absicht, die „Volkswacht“ zu beschlagnahmen. In der Eile der Zensur war ihnen nämlich ein Inserat des Zentralverbandes der Angestellten entgangen, darin zum sofortigen Generalkrieg aufgerufen wurde. Das Erscheinen der „Volkswacht“ sollte deshalb unmöglich gemacht werden. Glück hatten diese Piraten allerdings nicht in vollem Umfang. 40 000 Exemplare der Zeitung hatten den Weg zu ihrem Bestimmungsort bereits angetreten, den leider sehr ansehnlichen Rest aber luden sie in ihr Panzerauto und nahmen auch gleich den damaligen Faktor der Druckerei Schagky, Genossen Pelz, mit nach ihrem Räuberneß, dem Generalkommando, wo er einige böse Stunden erlebte. Als sie ihm lange genug mit Erschießen gedroht hatten, ohne etwas von ihm herauszubekommen, luden sie ihn wieder in ein Auto und fuhren ihn mit einer Eskorte von einem weiteren bemannten Auto zunächst zur „Schlesischen Zeitung“. Dort ließen sie sich offenbar in die Geheimnisse der Rotationsmaschinen einweisen, dann setzten sie sich wieder in Fahrt zur „Volkswacht“. Die Graupenstraße war menschenleer, denn in bestimmten Abständen funkten vom Sonnenplatz und vom Amtsgericht Maschinengewehre die Bürgersteige entlang. Wo sich ein Fenster öffnete, wurde rücksichtslos hingeschossen.

Als die Kohorte der der „Volkswacht“ vorfuhr, wurde Pelz aus dem Wagen gestossen und man verlangte von ihm die Öffnung des Maschinenhauses. Das lehnte er ab und vermied auf die Inhaber der Firma Schagky. Zwischenburch fand Pelz eben noch schnell eine Gelegenheit, die in der Redaktion tagende

Kapp-Putsch 1920 März 1930 Gedenkfeier

Heute, den 13. März
1930 Uhr, im Zentralballsaal
Sprecher: Prof. Marek

Konkulation: Hermann Mensebe
von den Vereinigten Theatern
Eintritt 30 Pf. Parteimitglieder freil

Sozialdemokratische Parteiorganisation Gr.-Breslau

Kesselkommission von der Rückkehr der Bande in Kenntnis zu setzen. Es war auch die höchste Zeit, denn kaum hatte der Begle...

Inzwischen hatten die Kapp-Banditen unter Führung eines Offiziers sich im Maschinenhaus Eingang zu verschaffen gesucht. Da das nicht ohne weiteres gelang...

Zum Andenken an Bernhard Schottländer

Wie schwer fällt es uns allen, uns die Zeit vor zehn Jahren ins Gedächtnis zurückzurufen; wir alle waren dabei und doch — wie eine dicke Mauer von Wut...

Zwei Tage später, wahrscheinlich genau heute vor zehn Jahren, wurde er beim Transport nach den Carlswäher Kasernen von den Offizieren des Begleitkommandos erschlagen...

Bernhard Schottländer war, als er starb, einer der Führer der damals noch bestehenden hiesigen USPD...

Aus dieser Keimzelle entwickelten sich dann kurz vor dem Kriege die ersten Anfänge zu einer freiheitlichen Jugendbewegung, insbesondere durch die Gründung des ersten Breslauer Sprechsaals...

Der Gedanke der Schülerföderation, der kurz nach der Revolution auch in den öffentlichen Schulen zur Durchführung kommen sollte...

Beim Beginn seines Studiums, das zeitlich im wesentlichen in die ersten Jahre des Krieges fiel, hat Schottländer dann versucht, in der freien Studentenschaft Wirkungskraftstellen für seine Pläne und Ideen zu finden...

Im letzten Kriegsjahre hatte sich Schottländer immer mehr

bedauerte und war somit geneigt, mehr an die Kraft der Jugend und Belehrung zu glauben, als in Wirklichkeit, insbesondere unter den chaotischen Verhältnissen der damaligen Zeit...

Es ist mehr als eine persönliche Erinnerung an ihn, den nachsehenden Vers in einer lobenden Studentenversammlung und ihn dann auch einer Flugchrift des Sozialistischen Studentenbundes voranzustellen — es ist zugleich ein Eingeständnis zum Verständnis dieses seltenen, unvergesslichen, guten Menschen...



der sozialistischen Bewegung genähert, und es ergibt sich aus seinem Entwicklungsgange, daß er sich der revolutionären und kriegsgegnerischen Gruppe, also der damaligen USPD, anschließen mußte.

Seine politische Tätigkeit in der Revolution ergibt sich aus seiner prinzipiellen Einstellung, die er zu allen politischen Fragen einnahm.

Seine ungewöhnlich sympathischen menschlichen Eigenschaften haben ihm den Zugang zu den Menschen seiner Partei erleichtert und haben ihm auf der anderen Seite den unauswählischen Haß seiner Klasse und Rasse eingetragen.

Wer die Studentenversammlungen in der Universität damals mitgemacht hat, der wird niemals vergessen können, mit welcher unerhörten persönlichen Wut er einer Majorität fanatisierter, zu allem entschlossener Gegner entgegentrat.

Es ist sicher, daß aus den Kreisen dieser Studentenschaft auch seine Wärdner stammen.

Es ist müßig, die Frage aufzuwerfen, wo Schottländer heute stehen würde, wenn er die politische Entwicklung der letzten Jahre miterlebt hätte.

Sicher ist, daß seine politische und geistige Einstellung zum Sozialismus aufs Nachhaltigste von Rosa Luxemburg beeinflusst war. Und ist nicht auch Paul Kemp von dort aus seinen Weg gegangen. Jedenfalls war das Entschiedenste, was ihn zu seiner politischen Arbeit trieb, mehr als verstandesmäßige Einsicht und gewiß mehr als Interessensvertretung.

In seinem Nachruf auf Rosa Luxemburg schrieb er damals: „Ein denkstarker, furchtloser, guter Mensch“, und diese Worte gelten auch von ihm.

Deswegen mag ihm auch im letzten das Gefühl fern gewesen sein, daß er und seine Sache mit Notwendigkeit auf entschiedene Gegnerhaft stoßen mußten. Er wußte, daß er im Unterchied zu den Menschen seiner Herkunft tiefer empfand und weiter

Bei den Opfern der Umsturztage im Allerheiligen-Hospital

In der chirurgischen Abteilung des Allerheiligen Hospital zu Breslau fanden allein in den blutigen Tagen der hiesigen Umsturztage viele Personen ihre erste Hilfe, während auch in einer Reihe anderer Krankenhäuser und in den Wohnungen die gleiche Hilfe geleistet wurde...

Aufgabe des Journalisten war es, nicht nur dauernd an der Straße zu sein, um das so grausame Spiel mit eigener Lebensgefahr zu beobachten, um seinen Lesern hiernach ausführlich zu berichten...

Die Aufgabe des Journalisten war es, nicht nur dauernd an der Straße zu sein, um das so grausame Spiel mit eigener Lebensgefahr zu beobachten...

Die Aufgabe des Journalisten war es, nicht nur dauernd an der Straße zu sein, um das so grausame Spiel mit eigener Lebensgefahr zu beobachten...

Die Aufgabe des Journalisten war es, nicht nur dauernd an der Straße zu sein, um das so grausame Spiel mit eigener Lebensgefahr zu beobachten...

Die Aufgabe des Journalisten war es, nicht nur dauernd an der Straße zu sein, um das so grausame Spiel mit eigener Lebensgefahr zu beobachten...

Familien-Anzeigen

Am 11. März verschied nach kurzem Leiden unsere liebe Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Pflegemutter, Schwester, Schwägerin, Tante und Großtante, Frau verw. Krankenkassen-Rendant Olga Jbscher, geb. Radeck...

Verband der Deutschen Buchdrucker. Am 11. März verschied nach langem, schwerem Leiden unser lieber Kollege, der Korrektor Robert Nitschker (i. Fa. Freund) 970 im Alter von 63 Jahren.

Am Sonntag, dem 9. März, verstarb die Frau unseres Kollegen Heerde Frau Helene Heerde im Alter von 49 Jahren. Wir werden ihr Andenken stets in Ehrerbachung halten.

Buchhandlung Volkswacht Modernes Antiquariat Breslau 3, Neue Graupenstr. 8

Staff Karten! Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, die uns beim Heimgange unseres teuren Entschlafenen in so reichem Maße zuteil wurden, sprechen wir allen unseren herzlichsten Dank aus. Besonderen Dank der Abteilung Sattlerei der L. H. B.-Werke...

Ich bin zum Notar ernannt Dr. Ernst Eckstein Rechtsanwalt und Notar Salvatorplatz 5

Druckerei Volkswacht Ausführung aller Druckarbeiten Breslau 2, Kluckstraße 4/6

Ein fremd in Breslau! Möchte mit junger Dame, natur-, musk., u. sportliebend in Briewechsel treten. Gemeinliche Ausflüge, Konzerte und Theaterbesuche. Briefe, bitte mögl. mit Bild (Klebung selbstverständlich) unt. Kamerad 1930 postlag Breslau 2.

Berufsbekleidung für Damen für Herren für Lehrlinge In jeder Ausführung — aus eigener Werkstatt — seit 45 Jahren Nur anerkannt erstklassige Verarbeitung Maurer-, Arbeits-, Schiffer-Blusen Stuckateur-, Koch-, Fleischer-, Friseur-, Konditor-Jacken sowie Mittel, Mäntel u. Unterwäsche für alle Berufe. L. Eisenhaus Gotthard Völkel Friedrich-Wilh.-Str. 51 Filiale: Albrechtstr. 56 2. Haus vom Ring

Goldene Trauringe jugenlos — Gravierung gratis Stadtbekannt billigste Preise Größtes Lager, auch in Uhren und Geschenkartikeln Für streng reelle Bedienung bürgt das 40 jährige Bestehen meiner Firma Albert Möwius Schmiedebrücke 56 Telefon 27481 Achtung! Mein Geschäft befindet sich nur noch in der Schmiedebrücke Bettfedern kaufen Vertrauenssache streng reell u. preiswert in der Böhmisches Bettfedern-Niederlage Friedrich-Wilhelm-Str. 45 (2. u. 3. Boden)

Rückkehr zu Mohammed!

Die Türken werden wieder fromm — Predigerkampf gegen die Regierung — Almosen nicht für die Armen, sondern für die Luftflotte

Da in Stambul, die altgläubigen Mohammedaner sich mehr in den Schoß der zahlreichen neugegründeten Sekten waren während des heiligen Fastenmonats Ramadan Mohammedaner im Februar die Stambuler Moscheen wenig nur in der anatolischen Provinz war das Gegenteil der Eisenbahnbauten denk: so gab es die Hoffnung seit Jahrzehnten sind dort die Bauern nicht in solchen anderen erwarten?

Der anatolische anatolische Bauer hat nach drei schweren vergeblich auf Hilfe durch seine Regierung gehofft, die ihre militärischen Aktionen und strategischen in die Moscheen gestützt, wie in diesem Jahre. Konnte die Regierung auf und wandte sich in altübergebrachter wieder seinem Gatte zu.

Von den 8000 Eisenbahnarbeitern der Firma Julius liefen mehr als 7000 bei Beginn des Ramadan fort, die Fäden nach den zeitlichen Vorschriften gottlich zu begeben. In den meisten anatolischen Dörfern die ganze Bevölkerung wie zur Hochzeit des Islam die genau eingehalten und am Tage weder gearbeitet noch Die Nacht, in der nach der Tradition der Koran auf gekommen sein soll, hat die halbe Bevölkerung des Landes in den Moscheen betend verbracht. Ja, in Angora wo das heutige Regime noch am liebsten vermurzelt ist, während des ganzen Ramadan die Moschee so überfüllt, daß Mohammedgläubigen in endlosen langen Reihen auf offenen standen, um ihre Gebete zu verrichten.

Kein Wunder, daß die Gekerkelten nach fünf Jahren Einsamkeit wieder Morgenluft zu wittern glauben. Die waren zwar allgemein vorsichtig gehalten, entbehrten nicht der kritischen Einstellung gegenüber dem neuen In der berühmten Na Sofia hielt ein Derwisch eine Rede gegen die vom „Scheitan“ (dem Teufel) besessene tyrannische Regierung; Spitzel unterzogen die Polizei, die Moschee eindrang, aber der Derwisch entkam unerkannt, er nicht viel weniger berühmten Grünen Moschee in Brussa, die der Turan öffentlich die Verhöhnung der Regierung, in Bairam üblichen Almosen dem Luftflottenverein und den Armen zu geben; er forderte die Gläubigen auf, dieser Bewegung nicht Folge zu leisten. Polizisten führten den Geistlichen von der Kanzel hinweg ins Gefängnis. Ähnliche Vorfälle werden auch aus anderen Orten berichtet.

Brand eines Danziger Getreidebehalters

gestern vormittag brach auf der sog. Speicherinsel in Danzig ein Speichergebäude der Firma Cohn Feuer aus, das an den dortigen Getreidewaren reiche Nahrung fand. In kurzer Zeit das Gebäude in hellen Flammen. Die Feuer, die mit mehreren Löschzügen an die Brandstelle gerufen war, ließ sich vor allem, ein Hebergraben des Feuers auf die benachbarten Speicher zu verhindern. Der Schaden soll über einen Gulden betragen.

Der Brand in dem Speicher Deo Gloria wurde um 6,40 Uhr bemerkt, als schon die Flammen durch die Fenster schlugen. Nachricht von dem Brande verbreitete sich blitzschnell und in Zeit umfänglichen Tausende von Menschen das der Brandgegenüberliegende Mollau-Ufer, um das großartige Schauspiel zu beobachten. Die Feuerwehr, die mit mehreren Löschzügen an die Brandstelle war, wurde von sieben Spritzendampfern unterstützt, die aus zwölf Schläuchen Wasser in das sechsstöckige Gebäude gaben. Als ein Glück kann es bezeichnet werden, daß der starke Wind herwehte, und daß vor allem die beiden Nachbarhäuser sehr fest gebaut sind, sonst wären die Folgen unbeschreiblich. Um 8 1/2 Uhr löschte ein Teil des Dachstuhl ein, wodurch die vierstöckige Feuerwehrröhre unter den Trümmern zerbrach wurde. Eine halbe Stunde später brachen mit Krachen die Decken der Geschosse zusammen und stürzten in die Tiefe. Aus den Ruinen der Stodwerke rieselte riesig halbverbranntes Getreide, sodas sich bald Hunderte Tonnen Korn meterhoch in der Hofpflanzengasse aufhäuften. Die Ursache des Brandes konnte noch nicht festgestellt werden. Die bisherigen Ermittlungen haben ergeben, daß der Wächter des Speichers, ein Pole, der scheinbar nicht im Vollbesitz seiner Kräfte ist, den Brand bereits um 2 Uhr morgens bemerkt jedoch, in dem Glauben, daß ihn der Nachbarpeicher nichts anging, keine Meldung erstattete.

Assistent am Berliner Zeileis-Institut verhaftet

Ein angeblicher Assistentarzt bei dem neueröffneten Zeileis-Institut am Kurländendamm namens Buch ist festgenommen worden. Nach seiner eigenen Angabe hat er acht Jahre Medizin studiert und früher in Usm gearbeitet; der Arzt ist er nicht. Die Gründe, die zu seiner Verhaftung führten, sind, dem „Berliner Tageblatt“ zufolge, die Beobachtung von Geldschrankeinschneidern die Kriminalpolizei erfahren, daß ein angeblicher Arzt als Geldschrankeinschneider betannt. R. zusammen nach Leipzig unternommen hatte. Weitere Nachforschungen erbrachten ein überraschendes Ergebnis. R. gehörte der Kolonne, die im Jahre 1928 eine Reihe von Millionen in westlichen Vororten Berlins vergrub. Der geheimnisvolle Arzt, der des öfteren in der Person des R. gesehen worden war, wurde festgestellt als Waldenburg in Sachsen gebürtige 30-jährige Werner, der von der Staatsanwaltschaft in Leipzig wegen hochverratlich gesucht wird. Buch wird nach Leipzig gebracht werden, wo sich die Behörden weiter mit ihm beschäftigen.

Was Lehner gestand

Dem Geständnis des Versicherungsmörders Lehner ist zu entnehmen, daß der grausame Mörder des Wanderbüchsenhändlers lange die Absicht hatte, sich die auf sein Leben stehende Versicherungssumme von 140 000 Mark zu verschaffen. Zwischen dem Bayreuth traf Lehner einen jungen Wanderbüchsenhändler vor, mit ihm zusammen nach München zu fahren. Dabei bei Regensburg ging dann in der Nacht die grauenhaft tragische vor sich. Schon unterwegs hatte Lehner, aus dem Benzin im Wagen verschüttet. Ein nicht geringes Verbrechen, das er auf den Wanderbüchsenhändler. Dann ließ er den Mann liegen, angeblich wegen einer notwendigen Toilette-

reparatur, in Wahrheit aber, um das Benzin zur Explosion zu bringen. Der junge Mann lag ziemlich verblasen im Wagen, sodas es ihm nicht möglich war, noch rechtzeitig zu flüchten. Möglicherweise hat Lehner schon vorher mit ihm geschickt. Da sofort eine riesige Stichflamme aufstieg, die den Wagen in Sekundenbruchteilen in Flammen hüllte, verbrannte das Opfer bei lebendigem Leibe. Lehner sprang sofort auf die Seite, um bei der großen Heftigkeit, die durch das Feuer entstand, nicht gesehen zu werden. Nachdem Auto und Opfer verlohrt waren, ging der Mörder zu Fuß nach Regensburg, von wo aus er über München nach Straßburg fuhr.

Frau Lehner ist im Gegensatz zu ihrem Manne nicht geständig. Auch müssen noch Geldmittel vorhanden sein, da sie sich in Rechtsanwalt Dr. Strauss-München einen eigenen Wahlverteidiger bestellte. Lehner erhält einen Pflichtverteidiger. Am Mittwoch morgen ist die Kassiererin Katharina Nagel, die angebliche Mitwisserin des Mordplanes, als wahrscheinlich unschuldig aus der Untersuchungshaft entlassen worden.

Eine Frau als Bandenführerin

160 Banditenstreife

Vor kurzem gelang es der Kommer Polizei, eine 40-jährige Einbrecher- und Heberbande festzunehmen, die seit dem Jahre 1923 planmäßig den Landkreis Hamm heimlich und ihren Sitz in Kamen hatte. Nunmehr sind die Akten endgültig abgeschlossen. Sie ergeben, daß nach den Verhältnissen und Ueberrückführungen rund 160 Bandeneinbruchsdiebstähle in Hotels, Konsumanstalten, Konfektionshäusern usw. auf das Konto dieser Einbrecher kommen. Tätigkeitsfeld waren sämtliche Orte des Landkreises Hamm, zeitweise auch Kamen und Umgegend. An der Spitze der Bande stand eine 59 Jahre alte Frau, durch deren Verhalten es möglich gewesen ist, daß sich ein bis ins letzte organisiertes Einbrecherneubild bilden konnte. Sie richtete sogar Verkaufsstellen für die gestohlenen Gegenstände ein. Für die nächtlichen Raubzüge beladete sie den Tätern die Waffen in die Hand, die sie dann nach vollzogenem Raubzug wieder an sich nahm. Die an den Diebstählen Beteiligten erhielten von ihr den Anteil, wenn gewünscht, sofort in bar ausgezahlt. Ihre Söhne, die sämtlich in der Diebesbande tätig waren und verhaftet sind — ein Sohn machte bereits durch Erhängen im Gefängnis seinem Leben ein Ende — bedrohten jeden der Mitläufer und Helfer mit sofortigem Tode, falls man etwas verraten werde. Gestohlen wurde alles, was den Leuten in die Hände fiel.

Eine siebzehnjährige Brandstifterin

Als Schuldige an mehreren Brandstiftungen wurde in Schönefeld (Mark) ein siebzehnjähriges Mädchen festgestellt. Das Mädchen hat eine ganze Reihe von Bränden, die seit dem 12. Februar dieses Jahres in Uffanden von wenigen Tagen die Bevölkerung des Ortes Schönefeld in Schrecken setzten, auf dem Gewissen. Die Siebzehnjährige wurde von Beamten der Berliner Kriminalpolizei im Beelitzer Krankenhaus verhört, wo sie wegen einer bei einem der letzten Brände erlittenen Verletzung in Behandlung liegt. Zuerst leugnete sie ihre Schuld und versuchte ein Mißverständnis für die einzelnen Brände nachzuweisen, verwiderte sich aber immer mehr in Widersprüche. Schließlich legte sie ein Geständnis ab. Dieses Mädchen ist die Tochter eines Berliner Beamten. Wenn es die Brände angelegt hatte, alarmierte es die Feuerwehr und half dann bei den Löscharbeiten eifrig mit.

Drei Opfer der Eifersucht

Am Mittwoch morgen fand man in dem Münsener Stadtteil Heidhausen in seiner Wohnung den 23-jährigen Musiker Steinke mit seiner Ehefrau und seinem vierjährigen Kind durch Gas vergiftet tot auf. Das Paar ging in den Tod, nachdem es sich in dauernden Eifersuchtszügen das Eheleben zur Hölle gemacht hatte.

Ein elfjähriger Einbrecher

Ein elfjähriger Junge hat in einem in einer belebten Geschäftsgegend liegenden Frankfurter Parfümeriegeschäft einen Einbruch verübt; indem er sich an einem Strich in einen etwa drei Meter tiefen Schacht hinabließ, durch den er dann die Kellerräume des Ladens erreichte.

Wieder ein Eisenbahnunfall

Und wieder in Bayern

Gestern früh 5,40 Uhr kreuzte die Lokomotive des D 28 Berlin-München auf der Fahrt im Bahnhof Windischeschenbach (Hauptbahnlinie Hof-Regensburg) die Lokomotive eines im Bahnhof rangierenden Güterzuges. Beide Lokomotiven wurden erheblich beschädigt. Wagen sind nicht entgleist und Menschen sind diesmal zum Glück nicht zu Schaden gekommen. Der D-Zug konnte nach Maschinenwechsel seine Fahrt mit zwei Stunden Verspätung fortsetzen. Die Ursache des Unfalles ist darin zu suchen, daß die Fahrtrasse für den D-Zug vorzeitig freigegeben worden war.

Das Urteil im Kieler Bankprozeß

Das Schöffengericht verurteilte gestern nach Klägiger Verhandlung in dem Strafprozeß wegen fortgesetzten Betruges und Untreue, Bilanzverschleierung und unordentlicher Geschäftsführung gegen die früheren Direktoren der Kieler Bank, die im Oktober vorigen Jahres zusammengedrückt war, Glahn zu zwei Jahren sechs Monaten Gefängnis und 3000 Mark Geldstrafe, und Jacobsen zu einem Jahr neun Monaten Gefängnis und 1500 Mark Geldstrafe. Durch die Unterlassungshaft gelten als verbüßt bei Glahn zwei Monate, bei Jacobsen drei Monate, sowie die Geismiraten.

Neue Ueberschwemmungen in Südfrankreich

Wie Havas aus Bayonne meldet, ist der Salens-Fluß aus seinen Ufern getreten und hat die Stadt Salies-de-Bearn zu drei Vierteln überschwemmt. Das Wasser steht über 1,50 Meter hoch. Die Verbindung zwischen Ober- und Unterstadt ist unterbrochen.

Frau Hanau gibt den Hungerstreik auf

Die Rechtsbeistände der Frau Hanau in Paris hatten gestern vormittag eine längere Unterredung mit dem Justizminister, dem sie ein neues Schreiben über die Haftentlassung ihrer Klientin übergaben. Frau Hanau soll auf Uraten der Gefängnisärzte in ein Krankenhaus übergeführt werden. Sie widerlegt sich dieser Absicht, hat sich aber nunmehr bereit gefunden, einige Tropfen Wasser und Alkohol zu sich zu nehmen.

Vermisste französische Flieger in Händen der Chinesen

Nach einer Meldung der Agentur Indo Pacific aus Harbin ist am 6. März ein mit zwei Offizieren besetztes französisches Militärflugzeug in der Gegend von Lang-Son, 20 Kilometer von der chinesisch-indochinesischen Grenze auf chinesischem Gebiet benannt abgestürzt. Von den beiden Insassen fehlte bisher jede Spur. Nunmehr ist ein Brief des einen Fliegerhauptmannes eingetroffen, in dem mitgeteilt wird, er habe sich durch Fallschirmabsprung gerettet, sei verwundet und befinde sich in der Gewalt der Chinesen, die ein Lösegeld verlangen. Von dem anderen Fliegerhauptmann, der ebenfalls den Fallschirmabsprung wagte, fehlt noch jede Nachricht.

Verhaftung eines internationalen Museumsdiebes

Von der Brüsseler Kriminalpolizei wurde der vielgesuchte 35 Jahre alte Museumsdieb Andre Dagila aus Montevideo verhaftet, der in der letzten Zeit in den Gemäldegalerien von Lausanne, Genf, Köln, Hamburg usw. Bilder namhafter Meister gestohlen hat. Ein gewisser Josef Hamblod, einer seiner Komplizen, der erst 20 Jahre alt ist, konnte bereits vor einigen Tagen in Amsterdam gefast werden.

Falsche Spielmarken in Monte Carlo

Bei einem Handwerker in Wien hat der 62-jährige polnische Kaufmann Simon Rappaport aus Dombrowa für 20 000 Mark Spielmarken in Auftrag gegeben, die er in Monte Carlo einschmuggeln wollte. Der mit der Herstellung der Marken beauftragte Handwerker benachrichtigte die Polizei, die Rappaport, der gern einen anderen, angeblich bereits abgereisten Auftraggeber vorschreiben möchte, verhaftete. Es scheint, daß durch die Verhaftung des Schmüblers ein ziemlich groß angelegter Betrug an der Spielbank verhindert worden ist.

Millionenverluste in Prag

Durch mißlungene Spekulationen hat der Prager Rechtsanwalt Dr. Siegfried Kersch seine Klienten, unter denen sich die Erben des Großgrundbesizers Belsowski befanden, um rund drei Millionen Tschekentkronen geschädigt. Aktiven sind in nennenswertem Maße nicht vorhanden.

„Und als die Wasser sich verlaufen hatten...“



Ein Bild von den Zerkürungen der Ueberschwemmungen in Südfrankreich: die Felder sind verchlamm und verlandet, die Wege gerissen und der Eisenbahndamm im Hintergrunde ist beiderseits der Unterführung, die keinen genügenden Durchlaß für die Wassermassen hat, weggespült worden, so daß die Schienen frei in der Luft hängen.

Die Kurve neigt sich

Endlich Stillstand der Arbeitslosenwelle

Der Arbeitsmarkt Schlesiens hat erstmalig wieder eine, allerdings erst geringe, Entlastung erfahren. Die Zahl der Arbeitsuchenden ist während der Berichtswache von 380 648 auf 320 054, also 0,2 Prozent zurückgegangen. Auch bei den Hauptunterstützungsempfängern ist eine, allerdings noch geringere Verminderung, nämlich von 255 400 auf 255 321, d. h. um 0,03 Prozent, eingetreten. Der Rückgang tritt allein bei den Unterhaltungs-empfängern aus der Arbeitslosenversicherung in Erscheinung, während bei den Krisenunterstützten eine Zunahme von insgesamt rund 280 Unterhaltungs-empfängern zu verzeichnen ist.

Der Rückgang der Arbeitsuchenden tritt insgesamt nur infolge eines Rückganges bei den weiblichen Arbeitsuchenden in Erscheinung. Bei den männlichen Arbeitsuchenden ist eine leichte Zunahme zu verzeichnen, die allein auf Oberschlesien entfällt und hier insbesondere auf die in Auswirkung der Kündigungen erfolgten Zugänge aus dem Bergbau zurückzuführen ist. Von den 10 niederschlesischen Kreisen weisen noch 8 eine, wenn auch zumeist nur geringe Zunahme auf, es handelt sich um die Kreise Bräun, Glatz, Glogau, Görlitz, Grünberg, Jauer, Reichenbach und Sagan. Bei den übrigen Kreisen ist ein Rückgang oder ein annähernd gleicher Stand im Vergleich mit der Vormache zu verzeichnen.

Mit dem in dieser Woche eingetretenen leichten Rückgang ist nunmehr wohl der saisonmäßige Umschwung eingetreten, so daß nunmehr ein kontinuierlicher weiterer Rückgang für die nächsten Wochen und Monate zu erwarten ist. Der Höchststand dieses Winters ist demnach nur wenig früher als im Vorjahr erreicht worden. Im Vorjahr lagen die Höchstzahlen am 6. März; im ganzen liegen aber, wie schon in allen vorangehenden Wochen, so auch in der Berichtswache, die Gesamtzahlen weiterhin über den Höchstzahlen des Vorjahres. Die Höchstzahl an Arbeitsuchenden des Vorjahres wird auch in dieser Woche noch um mehr als 32 000 überschritten. Es wurden insgesamt zur entsprechenden Zeit des Vorjahres, also zur Zeit des Höchststandes im Vorjahr, 297 706 Arbeitsuchende (197 728 in Niederschlesien und 100 088 in Oberschlesien) und 248 900 Hauptunterstützungsempfänger (165 278 in Niederschlesien und 83 622 in Oberschlesien) gezählt. Die gleichfalls am 6. März im Vorjahr erreichte Höchstzahl an Hauptunterstützungsempfängern wird mit rund 5400 verhältnismäßig weniger stark als die Arbeitsuchendenzahl überschritten.

Aber nicht nur bei uns in Schlesien tritt die seit langem erhoffte Erscheinung zutage, auch in Brandenburg und Bayern können wir in der letzten Berichtswache einen Rückgang der Arbeitslosenzahlen feststellen. So ist die Erwerbslosenziffer Brandenburgs in der letzten Woche um 6092 gefallen. Aus Mittelsdeutschland wird gleichfalls eine leichte Besserung der Wirtschaftslage gemeldet, der allerdings die noch immer starken Schwankungen auf dem Arbeitsmarkt Sachsens gegenüberstehen. Immerhin läßt sich eines feststellen: der Höhepunkt der Erwerbslosigkeit lag Ende Februar. Das nunmehr einsetzende Frühlingswetter muß jetzt eine Beschleunigung der Arbeitsaufnahme in der Landwirtschaft und damit wenigstens eine gewisse Senkung der Arbeitslosenziffer herbeiführen. Infolge des regenlosen Winters ist der Boden in vielen Teilen

des Reiches fast völlig ausgetrocknet. Dadurch ist die Landwirtschaft gezwungen, möglichst intensiv an die Frühjahrsoberbestellung heranzugehen. Sie braucht dazu mehr Arbeitskräfte als sonst.

Eine Wendung zur Besserung! Allein, die Arbeitsmarktlage ist nach wie vor überaus ernst. Es ist nicht nötig, die Dinge schwärzer zu malen, als sie sind: verkehrt wäre aber auch jegliche Vogel-Strauß-Politik. Die Arbeitsaufnahme in der Landwirtschaft und vielleicht auch in einigen anderen Außenberufen ändert nichts daran, daß noch immer keine konjunkturelle Besserung sichtbar ist. Im Gegenteil: an verschiedenen Stellen ist, wie z. B. das Landesarbeitsamt Brandenburg meldet, infolge bevorstehender Personaleinsparungen und Betriebsstilllegungen ein weiterer Beschäftigungsrückgang zu erwarten. Die ungeheuer lange Dauer der Arbeitslosigkeit in so vielen Arbeitergruppen bedeutet, daß zunächst mit einer weiteren Steigerung der Zahl der Krisenunterstützten gerechnet werden muß. Eine baldige Entlastung der Krisenunterstützung ist auch schon deswegen kaum möglich, weil die Berufsgruppen, die mit dem Frühjahrseinsatz allmählich in Arbeit kommen, wie die Landarbeiter und ein Teil der Bauarbeiter, gar nicht in die Krisenfürsorge einbezogen sind.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt schreit förmlich nach befreienden Entschlüssen in der großen Politik; denn darüber sind sich alle Götter im Klaren, daß eine große politische Krise den Arbeitsmarkt von neuem lahmlegen muß. Ohne Verabschiebung des Young-Plans, ohne energiegeliche Klärung der Finanz- und sozialpolitischen Fragen ist kein befreiendes Aufatmen möglich. Sollen wirklich infolge der stierartigen antisozialen Haltung der Deutschen Volkspartei weitere kostbare Wochen vergeudet werden? Sollen wirklich auch nur ein halbe Belegung des Baumarktes wieder bis tief in den Sommer hinein verschleppt werden? Schon jetzt wird in Gewerkschaftskreisen warnend darauf hingewiesen, daß wir im Sommer kaum unter eine Million Arbeitslose herunterkommen. Was soll werden, wenn das Defizit in der Arbeitslosenversicherung, das man aus einer Durchschnitzzahl von 1,2 Millionen Hauptunterstützungsempfängern errechnet hat, schließlich mehr beträgt als 250 Millionen? Was soll werden, wenn die aus dem Verkauf von 150 Millionen Reichsbahnvorzugsaktien stammenden Mittel zur Stützung des Reichsbudgets eines Tages wieder wegfallen? Soll der große Streit um die Arbeitslosenversicherung binnen Jahresfrist von neuem einsetzen?

Man sieht: wer den guten Willen hat, etwas zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu tun, hat wahrhaftig allen Anlaß, eine politische Krise und damit eine neue Lähmung des Arbeitsmarktes zu vermeiden. Bei der Deutschen Volkspartei gibt es aber allem Anschein nach Leute, die schwere politische Erschlatterungen wollen, um auf diese Weise zehn Jahre nach dem Kapp-Putsch dem deutschen Faschismus die Bahn freizumachen.

Führertagung der S. d. A. Jugend

Die schlesische S. d. A. Jugend tagte am Sonnabend, dem 8. und Sonntag, dem 9. März 1930 im Jugendheim der Stadt Gottesberg. Am Sonnabend sprach Kollege Dieberich von der Reichsjugendleitung über das Thema: „Die Angehörigen der Wirtschaft“. Der Redner beleuchtete eine interessante Ausführungen wirkungsvoll mit statistischem Zahlenmaterial. Die steigende Zahl der Großbetriebe bewirkt eine vollkommene Umorganisation der Arbeit im Betriebe. Dadurch verweisen sich die Grenzen zwischen Arbeiter und Angestellten immer mehr. Bei der Zahl der beschäftigten jugendlichen Angestellten ist eine starke Zunahme der weiblichen jugendlichen Angestellten festzustellen. Ebenso ist das Verhältnis der von den Berufsämtern vermittelten zu den selbstsuchenden Angestellten bei den weiblichen Angestellten bedeutend größer als bei den männlichen. Die Lage der jugendlichen Angestellten ist auch heute noch ungünstig und es wird aller Kräfteanstrengung bedürfen, um die Entwicklung in unserem Sinne entscheidend umzugestalten.

Die sachliche Aussprache bewies, daß der S. d. A. als die beste Interessenvertretung das Vertrauen der kaufmännischen Lehrlinge und Angestellten besitzt.

Über die Arbeit der schlesischen Jugendgruppen des S. d. A. berichtete Kollege Bürger, Breslau. Es gelang neben einer wesentlichen Steigerung der Zahl der Jugendmitglieder überhaupt auch die Zahl der von den Jugendgruppen des Verbandes erfassten um 50 Prozent zu steigern. Besondere Aufmerksamkeit wurde der Schulung der Jugendfunktionäre und der planmäßigen Zusammenarbeit der schlesischen Jugendgruppen gewidmet. Dem Jahresbericht schloß sich eine sehr sachliche Aussprache an. — Den Bericht von der Reichsjugendkonferenz in Berlin erstattete Kollege Gutjahr, Breslau.

Zum Schluß wurden die Bezirksjugendtage, das freigewerkschaftliche Jugendtreffen in Breslau und die Ferienfahrten im Jahre 1930 besprochen. Gauleiter Kollege Wachsner konnte die erfreulich einmütig verlaufene Tagung mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die freigewerkschaftliche Angehörigenbewegung schließen.

Berammlung der Breslauer Holzarbeiter

Im großen Saale des Gewerkschaftshauses tagte am 10. d. M. eine gut besuchte Mitglieder-Berammlung. In dieser nahm zum ersten Punkt „Der Kampf um die Arbeitszeit“ der Bevollmächtigte Stellung und wies darauf hin, daß der vom Verbandsvorstand gefertigte Film über den Kampf um die Arbeitszeit alles das in großartigster Weise bringt, was die Holzarbeiter in den letzten 40 Jahren in dieser Frage durchkämpfen mußte. Insbesondere aber ging er auf einen Artikel des „Schlesischen Arbeiterboten“ vom 5. Februar 1929 ein. In demselben wird in gebührender Weise gegen die organisierten Holzarbeiter gewahrt. Wenn sich darin der Artikelverfasser erlaubt, die schlesischen Holzarbeiter aufzufordern, keine organisierten Holzarbeiter in Schlesien zu beschäftigen, wird damit die Situation im schlesischen und besonders im Breslauer Holzgewerbe vollständig klar gelegt. Der kämpfende Obermeister, Rühlbach der Breslauer Arbeiter-Zeitung, der von den Angestellten der Holzarbeiter-Organisation nur von Gewerkschaften spricht, entledigt seine Stellung nicht damit,

dieser Obermeister ohne Betrieb, der von der Tischlerinnung, wie von anderen Stellen Gehalt bezieht, wird sich auch noch wundern, wenn wir ihn in der Öffentlichkeit nur noch als Innungsobozen bezeichnen werden.

Der Kampfantrag, keine organisierten Holzarbeiter zu beschäftigen, werden wir ganz gewiß zu begeben wissen. Wir werden den Kampf aufnehmen, mit der Parole, daß Scharfmachern, die der Parole des Oberbezirks Mühlbach folgen, der Weg zu öffentlichen Arbeiten verperrt ist. Es wird nicht nur Sache der Holzarbeiter sein, gegenüber diesem Scharfmachertum aufzutreten, sondern die gesamte Arbeiterkraft wird sich hier dahinter stellen. Wir werden dafür sorgen, daß unsere Vertreter in den Gemeinden Schlesiens und in anderen Parlamenten dafür eintreten, daß solche Scharfmacher von Unternehmern bei Vergebung von Arbeiten ausgeschlossen werden.

Kollege Ruffert als Vorsitzender vom Ortsausschuß konnte in seinem Vortrage über „Betriebsräte und Betriebsobmänner in der heutigen Wirtschaft“ auch hier aufzeigen, daß die Gewerkschaftsbewegung auch im Kampf um und mit dem Betriebsrätegesetz schrittweise aber sicher voranschreitet. An

Das ist die Not der deutschen Industrie

2 Milliarden Mark ins Ausland verschoben

Die deutsche Industrie unterhält im Ausland zahlreiche Guthaben. Sie ist zum Teil dazu aus geschäftlichen Gründen gezwungen. Andererseits dienen diese Guthaben, die man verächtlich Reserven nennt, den Zwecken der Kapitalflucht. Vor einigen Monaten hat ein Bankfachmann diese „Reserven“ auf einige Milliarden Mark geschätzt.

Gerade im letzten Jahre dürften sich diese „Reserven“ stark erhöht haben. Man erzählt, daß z. B. aus den Abzügen der schweizerischen Großbanken. Die acht wichtigsten Banken in der Schweiz weisen für das verlassene Geschäftsjahr an fremden Geldern nicht weniger als 6,32 Milliarden Schweizer Franken aus. Nach Schätzung des Züricher Bankhauses Sagerjeller u. Co. entfallen von den 6,32 Milliarden zummindestens 2 Milliarden auf das Ausland, insbesondere auf Deutschland.

Trotz des Sollkrieges

Innahme des deutsch-polnischen Warenverkehrs. Trotz der Schritten des Wirtschaftskrieges und Sollkrieges hat der deutsch-polnische Warenverkehr in den letzten Jahren zugenommen. Der Export Deutschlands nach Polen steigerte sich beispielsweise von 348,24 Millionen Mark im Jahre 1927 auf

435,264 Millionen Mark im Jahre 1928. Der polnische Export nach Deutschland nahm von 345,456 Millionen Mark auf 410 Millionen Mark zu. Wird die Ziffer der deutschen Ausfuhr nach Polen bzw. die Ziffer der polnischen Ausfuhr nach Deutschland vor dem Ausbruch des Sollkrieges gleich 100 gesetzt, so stellen die entsprechenden Vergleichsziffern für die folgenden Jahre folgendes dar:

Ein Lindbergh-Film zeigte hierzu den Verfall der Besammlungen. die Gewerkschaftsbewegung auch eigene Betriebe übernahm und hier einen umfangreichen Betrieb in der Fahrradfabrik beherrschte. Die Schlussfolgerung des Filmes muß für Gewerkschaftler sein, daß sie ihre Eigenunternehmen beim von Fahrradern unterstützen.

Parteigenossen der Breslauer Reichs-Staats- und Gemeindebetriebe

wichtige Versammlung am Freitag, den 14. März 1930, 19 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus

Buchdrucker fordern Arbeitszeitverkürzung

Stellungnahme zu den jetzt stattfindenden Mantelverhandlungen für das deutsche Buchdruckergewerbe, das von dem am 9. März stattfindenden außerordentlichen Mitgliederversammlung des Ortsverbandes Breslau im Verbands der Deutschen Buchdrucker.

Kollege Fiedler hatte in seiner Eigenschaft als Leiter für Schlesiens auf Arbeitnehmerseite als Unterhändler den Verhandlungen teilgenommen und war deshalb als Fachmann in arbeitsrechtlichen Ausführungen gab er arbeitsrechtliche Entwicklungsgänge der drei Wochen dauer Beratungen. Er zeigte auf, wie immer mehr die logischen Schlußfolgerungen auf Arbeitnehmerseite die Oberhand erhalten. allen Gebieten unseres Landes stellen die Unternehmer Änderungsanträge, die bei Annahme wesentliche Veränderungen zur Folge gehabt hätten. Unter Berücksichtigung Tendenzen war es dieses Mal besonders schwierig, vor allem die Arbeiter zu erziehen. Trotzdem sei es uns gelungen, Unternehmeranträge abzuschlagen und darüber hinaus noch Verbesserungen zu schaffen. Die Lohnstaffelung der Altersklassen beginnt nicht mehr bei 24 Jahren wie bisher, sondern bei 23 Jahren. Die Überstundenfrage soll strenger wie bisher beachtet werden. In der Urlaubsfrage wird jetzt neben Betriebszugehörigkeit die Berufsdauer in den Vordergrund gebracht. Nichts erreicht wurde auf den beiden in der Arbeitverkürzung interessierenden Gebieten: Arbeitszeitverkürzung und Senkung der Lohnstaffelung. Kollege Fiedler bittet, trotz der Niederlage auf diesen Gebieten, um Zustimmung für den Mantelvertrag der am 17. März stattfindenden Abstimmung.

In der Diskussion nimmt Kollege Sporn ausführlich dem gesamten Ergebnis ablehnende Stellung ein und betont Namen des Ortsverbandes, daß derselbe den Breslauer Kollegen Ablehnung dieses Mantelvertrages empfahl. Die weiterhin zu Wort kommenden Debattierenden schloßen reiflich den Ausführungen des Kollegen Sporn an, jedoch bestehende Entschlüsse des Ortsverbandes einstimmig zur nahme gelangt:

„Die am 9. März im großen Saale des Gewerkschaftshauses stattfindende außerordentliche Mitgliederversammlung lehnt den Entwurf zum neuen Mantelvertrag auf das schärfste ab und ist bereit, ihre ablehnende Einstellung durch die Urabstimmung zu bekräftigen. Der neue Tarif ist in der Haupt- und Lebensfrage der Gehilfen, Verkürzung der Arbeitszeit, in keiner Weise entgegen, auch die Lohnstaffelung und deren Regelung kann uns nicht befriedigen. Wir stellen fest, daß dem § 1 Abs. 2 unserer Verbandsstatuten „Erzielung möglichst günstiger Arbeitsbedingungen“, Rechnung getragen wurde. Wir erwarten, daß auch die Mantelvertrag in der Reihe dieser ablehnend und durch ihre Kampfbereitschaft zum Ausdruck bringt. Der Ortsverband fordert die Vorbereitung des Kampfes ganz Deutschland.“

Der am gleichen Tage im Breslauer Gewerkschaftshaus stattfindende schlesische Maschinenherstellung drückte ebenfalls seine Mißbilligung gegenüber dem Ergebnis Tarifverhandlungen aus und kam, ohne grundlegende Bedenken zu fassen, ebenfalls zur Ablehnung.

Vom Generatrat der Internationalen Transportarbeiter-Föderation ist die Errichtung eines Zweigvereins in Warschau im Fernen Osten beschlossen worden. Lange hatte die I.T.F. im Fernen Osten nur vier Organisationsgruppen in Indien und eine, die überwiegend aus weißen Arbeitern bestand, in Indonesien. Dazu kamen in den letzten Jahren weitere Organisationen, nämlich der Verband der Steuerleute Kalkutta, die Seemannsorganisation in Bombay, die Eisenbahnerorganisation in Nordchina und die Gewerkschaft der einheimischen Eisenbahner in Indonesien. Ferner ist damit zu rechnen, daß bald auch der Japanische Seemannsverband der I.T.F. angeschlossen wird.

	Ausfuhr Deutschlands nach Polen	Ausfuhr Deutschlands nach Polen
1925	26	57
1926	54	67
1927	94	102
1928	115	105

Berücksichtigt man den deutsch-russischen Warenverkehr, so gibt sich die nicht ganz uninteressante Tatsache, daß der deutsch-polnische Warenverkehrs den sich aus dem Vergleich des deutsch-russischen Handelsverkehrs ergebenden Unterschied nur kompensiert, sondern sogar um das Doppelte übersteigt.

Von einem deutsch-polnischen Handelsvertrag kann man bei der Bekämpfung der Handelsbeziehungen erwarten. Die Polen sind seit langem auf dem Gebiet der Exportförderung intensiv tätig. In diesem Zweck hat man ein staatliches Exportinstitut eingerichtet, das insbesondere die Ausfuhr veredelter Landesprodukte fördern will. Tatsächlich ist es Polen gelungen, den Durchgang des polnischen Exportes von 98 Prozent im Jahre 1925 auf 122 Prozent im Jahre 1928 und 138 Prozent im Jahre 1929 zu steigern. Der Gesamtexport Polens steigerte sich von 1,265 Milliarden im Jahre 1924 auf 2,487 Milliarden im Jahre 1929. In der Zeit vom Januar bis November 1929. Der Import machte 1,378 Milliarden aus, in den ersten elf Monaten des Jahres dagegen 2,233 Milliarden. Stolz.

Der „Herzog“ vor Gericht

Hillebrand will Pearson helfen

Vor dem Schöffengericht Waldburg begann am Dienstag der Strafprozess gegen den angeklagten Schriftsteller Willi Hillebrand, den bekannten „Herzog von Ostfriesland“. Die bisherigen Veröffentlichungen über diesen Angeklagten, dessen phantastische Erzählungen besonders im Waldenburger Bazar ungeheures Aufsehen erregt haben, spielten in dem überfüllten Zuschauerraum das große Interesse des Publikums wieder.

Hillebrand ist ein Mann von 41 Jahren, von stattlicher Unverkennbar tragen seine Gesichtszüge die Spuren der monotonen Unternehmungslust. Gleich zu Beginn der Verhandlung überreichte er das Gericht mit dem Bemerken, daß er nicht Hillebrand heiße, sondern eigentlich den Namen Pearson müsse. Dem Angeklagten wird daraufhin von dem Vorsitzenden die amtliche Geburtsurkunde und sein Militärpaß vorgelesen, die beide den Namen Hillebrand tragen. Auf die Frage, ob diese Dokumente falsch seien, weicht H. aus und erfragt, er sei erst vor einigen Jahren über seine Personalkarte aufgeklärt worden. Seinen Vater habe er nie zu Gesicht bekommen, doch habe er aus gewissen Umständen schließen können, welcher Herkunft sein Vater sei. H. weiß jetzt nicht mehr, ob er aus der Unter- und Oberfeldunda herausgegangen sei. Das Militärpaß habe er im Ausland gemacht. Er wurde dann vom belandenden Richter kurz auf seine lateinischen Sprachkenntnisse geprüft. Das Ergebnis dieser Prüfung war ein Reinsfall, beglücklicht von einem Heilerheitsausbruch im Gerichtssaal. Einer ausländischen Unteroffizier will er eine Dissertation durch einen Geistlichen eingereicht haben. H. gibt jetzt aber zu, daß er sich verschiedentlich zu Unrecht den Dokortitel zugelegt habe. Einem Waldenburger Geistlichen hat H. in einem Schreiben mitgeteilt, daß er zum „Dr. jur.“ promoviert habe. Seine Unterschrift auf diesem Briefe lautet H. jetzt ab.

Seinen Lebensunterhalt will der Angeklagte durch schriftliche Tätigkeit und auch aus Geldunterstützungen von kirchlicher Seite gesichert haben. H. trat auch als Redner in öffentlichen Versammlungen auf und interessierte vor einigen Jahren die Öffentlichkeit durch einige Uebersetzungen, denen er angeblich zum Opfer gefallen sei. Ferner übte H. lange Zeit hindurch die Tätigkeit eines Rechtsberaters aus. In geschichtlicher Hinsicht ist er es, sich als uneigennütigen Menschen aufzuführen, so schützte in vielen Fällen eine Bezahlung für seine Tätigkeit ab, um andererseits die Rechtshelfenden um erhebliche Beträge zu stellen. Ein besonderes Kapitel in diesem Prozeß bildet die von H. aufgezogene „Großdeutsche Bewegung“, die Bildung eines „ausgewählten Volkes“. Als H. nähere Angaben über diese „Bewegung“ machen sollte, verschwand er sich hinter den Einwand, daß er „diese politischen Vertrauenssachen der Öffentlichkeit nicht offenbare“. Stets lehnte er es ab, seine Anhänger durch eine Zusammenkunft gegenseitig bekannt zu machen. Dafür ging es aber bei der Einführung neuer Mitglieder höchst feierlich zu.

Von diesen Zeremonien gibt eine Anweisung Kunde, die während der Verhandlung verlesen wurde. Darin heißt es u. a.:

Die feierliche Vereidigung geht in folgender Weise vor: Ein Kamerad verliest in Gegenwart „Seiner Hoheit“ (gemeint ist damit H.) den Eid, der unter Anrufung Gottes von dem Neuling geleistet wird. Danach reicht Hillebrand dem neuen Mitglied die Hand, womit die Einführung in das auserwählte Volk vollzogen ist. Dann folgt ein Huldbildungsakt für Seine Hoheit als Dank für die Aufnahme und der Hohe Führer läßt einen Pokal Wein kredenzen.

Die finanzielle Stützung der Bewegung sollte dadurch bewirkt werden, daß die Mitglieder den „Schritten“, d. h. 10 v. H. ihres Einkommens an den „Führer“ abgeben mußten.

Der geheimnisvolle Nimbus, mit dem sich H. umgab, geht auch aus einem Telegramm hervor, das die Westfälischer Freunde des „Herzogs“ aus Hannover erhielten. Das Telegramm hatte folgenden Wortlaut:

„Ihre königliche Hoheit die Herzogin Mutter ist heute verstorben.“

Dieses Telegramm traf am Tage nach dem Ableben der Mutter des H. ein. Es wurde dann die lebhafteste „Geistesregung“ erörtert, die von H. ausging und eine ganze Reihe von Personen jahrelang in Bann gehalten hat. H. gab die Möglichkeit zu, daß Geister durch ihn gesprochen haben können. Zu denjenigen Personen, die heute noch nicht von dem ungläubigen Schwindel des H. geheilt sind, gehört u. a. auch der 29-jährige Rudolf Müller aus Hannover. Als dieser Zeuge nähere Angaben über die Tätigkeit der „Großdeutschen Bewegung“ machen sollte, berief er sich auf das Treugelöbnis, das er seinem „Herzog“ geleistet habe. Trotz Androhungen von Ordnungsstrafen war der junge Mann nicht zu bewegen, Aussagen zu machen und er verzichtete bei diesem Schweigen auch, als ihm auf Anraten des Vorsitzenden der Herr „Herzog“ von seiner Schweigepflicht entbunden wurde. Die sonstigen Ausführungen dieses Zeugen waren so, daß er unvorbereitet blieb. Genau so verhielt sich die Schwester dieses Zeugen, die unverkennbar noch heute unter dem suggestiven Einwirken des falschen Herzogs steht. Durch die Vernehmung des Kriminalkommissars Deterich wurde der Scheiter um die Großdeutsche Bewegung gelichtet. Diese Bewegung hat nur in der Phantasie von H. und seiner Getreuen gelebt. Es ist weder eine „Dienststelle“ aufzufinden gewesen, noch sind die prominenten Persönlichkeiten, wie z. B. Baron Korff, Prinz zu Wied, Baroness von Berger und andere aufzufinden gewesen. Der Kriminalbeamte hob dann noch hervor, daß Hillebrand jahrelang hindurch im Verdacht gestanden hat, strafbaren Verbrechen nach dem verurteilten § 175 getrieben zu haben. Dieser Zeuge führte weiter aus, daß H. es ausgezeichnet verstanden hat, sich als „Herzog“ aufzuführen und viele Leute davon zu überzeugen, daß dem so wäre.

Sämtliche Scheiben gingen in Trümmer. Im Porzellanladen wurden die gesamten Auslagen zertrümmert.
Kattowik. Der Bote. Kattowik. Am Dienstag wurde die „Kattowiker Zeitung“ wegen eines Artikels Dr. Varrs über die Wirtschaftslage in Polen beschlagnahmt. Auch die „Kattowiker Zeitung“ hat der Beschlagnahme wegen des Artikels über den früheren Innenminister Staackhoff anheim.

Aus der Umgebung

Ostfriesland. Unsere Frauenvereinsammlung war sehr gut besucht. Genossin Kuhnert sprach über das Thema: „Die Forderungen der Frau in der Republik“, wobei sie neben einem Abriss des Kampfes um die Rechte der Frau auch die Frage des § 218 behandelte. Der Vortrag wurde mit lebhaftem Beifall belohnt. In der Diskussion sprachen Kattowik, K. Kattowik, St. Paul und Leubert. Den Männern wurde im Schlußwort der Referentin recht deutlich die Meinung gesagt. Mit einem dreifachen Hoch auf die Partei wurde die anregende Veranstaltung geschlossen.

Danisch. Aus der Partei. In unserer letzten Mitgliederversammlung sprach die Genossin Neumann-Krestau. Ihr Vortrag erzielte reichlichen Beifall und es wurde beschlossen, in kurzer Zeit eine Frauenvereinsammlung abzuhalten. Da keine Diskussion stattfand, konnte die Versammlung hierauf mit einem Hoch auf die Partei geschlossen werden.

Kobornitz. Mitgliederversammlung der SPD. In der am Sonnabend stattgefundenen Mitgliederversammlung der hiesigen Ortsgruppe der SPD, gab Genosse Kuhnert Bericht über den Stand der Ortsgruppe und über die Arbeit in der Gemeinde. Anschließend berichtete Genosse Werner von der Generalversammlung des Unterbezirks Breslau-Land-Neumarkt. Daraufhin hielt Genosse Schiffer einen Vortrag: „Über die Wirtschaft“. Seine Ausführungen wurden mit Beifall aufgenommen. Unter Verschiedenem wurde über Ortsgruppenangelegenheiten gesprochen. Ferner wurde beschlossen, am Sonntag, dem 18. März, eine Gedenkfeier an die Niederwerfung der Kapp-Putsch-Verbrecher zu veranstalten. Die Ausarbeitung des Programms zu dieser Feier wurde dem Vorstande überlassen. Weiterhin ist dem Antrage, Anschaffung eines Gebirgsbikes, entsprochen worden. Mit dem Lied: „Früher, zur Sonne...“ wurde die Versammlung geschlossen.

Maltwitz. Die Tagesordnung der letzten Gemeindevorstandssitzung war sehr reichhaltig. Eingangs erklärte der Gemeindevorstand, das Wohlfahrtsamt könne wohl Richtiges vorschreiben, aber die Gemeinde könne nicht gezwungen werden, diese inne zu halten. Erhöhte Wohlfahrtsunterstützungen könnten nicht bewilligt werden, denn die Gemeinde sei an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt. Bei einem Antrage des Arbeiters H. Hentschel auf Ueberlassung von einem halben Morgen der gemeindeeigenen Lehmgarbe zur Stäubung erklärte der Gemeindevorstand ohne weiteres: „Wir wollen geheim abstimmen, ob dem Hentschel ein Viertel oder ein halber Morgen Land verkauft wird“. Selbstverständlich stimmten die elf Bürgerlichen geschlossen für einen Viertel Morgen und lehnten den beschriebenen Preis von 1000 Mark für den Morgen für diesen Lehmboden ab. — Kommentar überflüssig.

Neumarkt. Die Halbjahresversammlung des Konsumvereins „Vorwärts“ fand, wie alljährlich, auch dieses Jahr am vergangenen Dienstag in den „Kammerlichtspielen“ statt. Von der Verwaltung war ein Werbe-Film zur Verfügung gestellt worden. Genosse Baumann gab einen Bericht über die tatkräftige Arbeit des „Vorwärts“, sowie über den eigentlichen Fortschritt des hiesigen Lagers. Alsdann wurde der Film vorgeführt, der alle Anwesenden in großes Erstaunen setzte, da gezeigt wurde, mit welcher Sauberkeit und individueller Behandlung jedes kleinste Nahrungsmittel behandelt wurde. Jeder nahm die Ueberzeugung mit nach Hause: „Alles hinein in den Konsum-Verein „Vorwärts“.“

Neumarkt. Autounfall. Am Dienstag, in den späten Vormittagsstunden, kam auf der Chaussee, kurz vor der Stadt, ein Personentransportwagen ins Schleudern, so daß er mit der Seitenwand gegen einen Baum rutschte. Der Wagen war so beschädigt, daß er abgehleppt werden mußte.

Neumarkt. Auf der Hauptstraße nach Breslau ereignete sich ein folgenschweres Unglück dadurch, daß auf der durch Regen schlüpfrig gewordenen Teerstraße, ein Auto ins Schleudern geriet und voller Wucht an einen Baum stieß. Der einzige Insasse erlitt einen schweren Schädelbruch und wurde in das Allerheiligen-Hospital nach Breslau überführt. Der Wagen war total zertrümmert.

Wulfshom. Gestern genommen wurde hier der Geschäftsinhaber Kuhn, dem nicht weniger wie sieben Einkommensversteigerungen zur Last gelegt werden.

Sozialdemokratische Partei

Unterbezirk Breslau-Land/Neumarkt
Sekretariat: Margaretenstr. 17, Gartnhaus (Neubau), Zimmer 170-174
Telephon 9900, 9901
Gebäude von 4-17 und 16-19 Uhr

Kapp-Putsch-Gedächtnisfeier

Die Ortsgruppe Kobornitz der SPD, veranstaltet am Sonntag, dem 16. März, 20 Uhr, bei Secht, eine Gedenkfeier an die Niederwerfung der Kapp-Putsch-Verbrecher. Die Arbeiterorganisationen am Ort, die Reichsbannerortsgruppen der Umgebung, sowie Republikaner und die organisierte Arbeiterschaft ist dazu herzlich eingeladen.

Arbeiter, zeigt, daß ihr bereit seid, jegliche Vorläufe der Reaktion abzuwehren. Als Festredner erscheint der Genosse Herbert Vöbe-Breslau. Anschließend findet ein kleines Tanzfränzchen statt.

Teil-Kommunal-Konferenz Wilsen-Marschwitz

Die Ortsgruppen Wilsen und Marschwitz sowie die dazugehörigen Orte werden erlucht, am Sonntag, dem 16. März, vormittags 10 Uhr, an der Kommunalpolitischen Teilkonferenz in Wilsen im Lokal Bieleck teilzunehmen. Redner ist Kreis-ausschuss-Obersekretär A. Klose. Wir erwarten, daß alle kommunalpolitisch tätigen Parteigenossen und Genossinnen zur Stelle sind.

Neumarkt. Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Sonnabend, den 15. März, abends 8 Uhr, im Vereinslokal des „Geldes Röhren“: Mitgliederversammlung. Gauferretar Kamerad Steiner-Breslau ist anwesend.

Kattowik. Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Sonnabend, den 15. März, abends 7 Uhr, bei Kuhn-Pöschel 8. Republikanischer Abend mit Vortrag des Kameraden Funke. Alle Republikaner von Kattowik und Umgebung werden hierzu eingeladen.

Ganitz. Sonnabend, den 15. März, 20 Uhr, bei Seibel-Mitgliederversammlung. Redner Genosse Marzscholle-Breslau.

Steine. Sonnabend, den 15. März, 20 Uhr, bei Großoll-Mitgliederversammlung. Redner wird noch bekanntgegeben.

Stachwitz. Sonnabend, den 15. März, 20 Uhr, bei Bartfisch-Mitgliederversammlung. Rednerin Genossin Neumann-Kattowik.

Kattowik. Sonnabend, den 15. März, 20 Uhr, bei Seibel-Mitgliederversammlung. Redner Genosse Friedrich-Schmolz.

Gröden. Sonnabend, den 15. März, 20 Uhr, bei Kögel-Mitgliederversammlung. Redner Genosse Johann-Breslau.

Jahrestagung der Schrebergärtner für Daueranlagen und Jugendbewegung

Am Sonnabend und Sonntag fand in Liegnitz der IX. Schließliche Kleingärtnerstag statt. Der eigentlichen Veranstaltung ging eine öffentliche Kundgebung voraus, in welcher der Leiter der Schließlichen Zentrale für Kleingärtnerwesen, Schilling-Dresden, über „Finanzierung der Daueranlagen“ hielt. Er wies einen Weg, wie die Kleingärtner selbst durch Beschränkung ihrer Ausgaben, Typisierung der Lauben und Gemeinschaftsarbeit in noch größerer Nähe mit an der finanziellen Sicherstellung ihrer Gartenanlagen arbeiten könnten. Des weiteren hielt er für erforderlich, daß die Kleingärtnervereine nicht durch unbillige Forderungen in der Ausstattung von Zäunen und anderen Teilen belastet werden. Bei der sozialen Einstellung der Vereine sei unbedingt nötig, diesen die Steuerfreiheit zuzubilligen. Zum Schluß forderte er von Reich, Staat und Gemeinden auch finanzielle Unterstützung. Die Ausführungen des Redners fanden ihren Niederschlag in einer einstimmig angenommenen Entschließung, in der es unter anderem heißt:

„Der wohnungswirtschaftliche und soziale Allgemeinwert des Kleingartenwesens und daraus folgende die Notwendigkeit der Errichtung gesicherter kleingärtnerischer Daueranlagen wird heute von niemand mehr bestritten. Von der Einsicht ausgehend, daß die kleingärtnerische Daueranlage als soziales Grün an die Stelle öffentlicher Schmuckplätze treten soll und deshalb bestimmten Mindestforderungen an Schönheitlichem Aufbau und Erhaltung genügen muß, daß aber auf der anderen Seite nicht nur der Finanzkräftige, sondern der Gartenbedürftige in der Lage sein muß, einen Garten zu erwerben, wird der Provinzialverband die im angeschlossenen Vereine dazu erziehen, durch Normung und Typisierung der Lauben, zweckmäßige Durchbildung der Einfriedung und Ausbau der Selbsthilfe die Gesteungskosten nach Möglichkeit niedrig zu halten. Von Staat und Gemeinden muß man erwarten, daß sie zu der Einsicht kommen, daß für eine volkswirtschaftlich und volksgesundheitlich wertvolle Einrichtung gemäß der Förderung der Leibesübungen und des Sports auch öffentliche Mittel bereit gestellt werden müssen. Die Beteiligung der Gemeinden muß in der Weise geschehen, daß sie die Kosten für die öffentlichen Teile der Daueranlagen ganz übernehmen und bei den übrigen Teilen in dem Maße, in dem durch Vorschriften der Gemeinde eine Ueberbelastung gegenüber dem jetzt üblichen Ausbau hervorgerufen wird. Dabei kann für den letzten Teil die Möglichkeit zugestanden werden, daß die Gemeinde ihre Beteiligung in Gewährung eines Darlehns von mindestens sechsfacher Höhe des eigentlich zu leistenden Barzuschusses mit mindestens fünfzehnjähriger Tilgungsfrist und einem Zinssatz von höchstens fünf Prozent leistet. Der Staat muß die Finanzierung der Daueranlage dadurch erleichtern, daß er endlich das Städtebaugesetz verabschiedet und dadurch die Möglichkeit der Bereitstellung preiswerten Geländes an geeigneter Stelle schafft, und daß er weiter einen Kapitalstock in ausreichender Höhe bereitstellt, aus dem zinslos oder höchstens zu einem besonders niedrigen Zinssatz an Kleingärtnervereine Darlehen zum Ausbau der Daueranlagen auf die Zeit von zehn bis fünfzehn Jahren gegeben werden.“

In der Delegiertenversammlung wurde zunächst der Geschäftsbericht entgegengenommen, aus dem zu entnehmen ist, daß der Verband im letzten Jahre einen Mitgliederzuwachs von rund 200 Personen hatte, so daß er jetzt insgesamt über 17000 Mitglieder zählt. Eine rege Werbearbeit hat das Ansehen der Kleingärtner in der Öffentlichkeit wesentlich gehoben. Auf dem Gebiete der Daueranlagen wurden in mehreren Orten gute Fortschritte erzielt. Die Selbsthilfe des Verbandes wurde wesentlich ausgebaut, insbesondere auch durch den Abschluß einer Vereinbarung. Eine gute Entwicklung nahm auch die Schrebergärtnerjugendpflege, der allerdings immer noch nicht die nötige Unterstützung zuteil wurde. Mit Rücksicht auf einige Angriffe in der Öffentlichkeit gegen die Schrebergärtnerjugendpflege (das geht offenbar auf die sozialistische Arbeiter-Jugend, Redaktion), faßte die Versammlung eine Entschließung, in der unter anderem gesagt wird:

In letzter Zeit sind in der Öffentlichkeit wiederholt Angriffe auf die Schrebergärtnerjugendpflege unternommen worden. Der IX. Schließliche Kleingärtnerstag weist demgegenüber darauf hin, daß die Schrebergärtnerjugendpflege zu der ältesten deutschen Jugendpflege überhaupt gehört. Sie legt vornehmlich Nachdruck auf die Erziehung des schulpflichtigen und vor-schulpflichtigen Kindes.

Auch von den Behörden wird die Schrebergärtnerjugendpflege nicht so beachtet, wie sie aufgrund ihrer Leistungen zu erwarten hätte. Erwartet wird, daß die in Frage kommenden Behörden nach erneuten Vorstellungen durch den Verband ihre Stellungnahme ändern und der Schrebergärtnerjugendpflege dieselbe Unterstützung zukommen lassen werden, wie sie anderen Jugendorganisationen bereits zuteil wird.“

Nach der Vornahme einiger Ergänzungswahlen befaßte sich die Versammlung mit der Frage eines Wohnheimstättengesetzes und forderte in einer Entschließung, daß die Reichsregierung ihr durch den Reichsarbeitsminister Wiffel abgegebenes Versprechen baldigst zur Tat werden läßt und dem Reichstage den Entwurf eines Wohnheimstättengesetzes vorlegt, daß sowohl die Frage der Bodenbeschaffung klärt, als auch eine Neuregelung der Enteignungsbestimmungen vorseht und somit auch für die Ausweisung von Dauerwohnheimstättengebieten in den gemeindlichen Bebauungsplänen eine Rechtsgrundlage schafft. Schließlich wurde als Tagungsort für den nächstjährigen Kleingärtnerstag Liegnitz gewählt.

Ein Mord bei Grünberg

Am Sonntag wurde an dem sogenannten Schloßener Wege von Grünberg nach Wittgenau die 59-jährige Ehefrau Emilie Siemon aus Schloß (Kreis Grünberg) ermordet aufgefunden. Frau S. war am vorhergehenden Tage, Sonnabend, von ihrer Wohnung nach Grünberg gegangen, um im dortigen Krankenhaus ihren Sohn zu besuchen und Einkäufe zu machen. Zu diesem Zwecke hatte sie 12 Mark Bargeld eingesteckt und außerdem einen grünen Kufack mitgenommen. Der Kufack wurde einige hundert Meter entfernt aufgefunden; aus ihm wurde eine Vermessungsentwerfung entnommen. Man nimmt an, daß es sich um einen Raubmord handelt.

Neuer Polizeipräsident in Gleiwitz

Genosse Danesh, der seit längerer Zeit das Gleiwitzer Polizeipräsidium kommissarisch verwaltete, ist in Uebereinstimmung mit dem preußischen Staatsministerium vom Ministerium des Inneren zum Polizeipräsidenten ernannt worden.

Peterswalde. Eröffnung der Arbeiterwirtschaftsschule. Am Montag fand, wie M.B. berichtet, in Gegenwart von Vertretern der Landesbehörden und mehrerer im öffentlichen Leben stehender Persönlichkeiten die vorläufige Eröffnung der Arbeiterwirtschaftsschule in Peterswalde durch den Oberpräsidenten statt. Oberpräsident Widemann hielt die Eröffnungsworte. Er wies unter anderem mit Nachdruck darauf hin, daß an der Schule keine Tendenzpolitik betrieben werde, sondern daß so objektiv wie möglich das Bildungsgut des Volkes dargeboten werde. Andererseits brauche niemand mit seiner Ueberzeugung zurückzufallen, die er auch besitzen und für die er einstehen solle. Gemeinssamer Gesang eines Liebes beschloß die feierliche Feier. Der erste, ein sechswöchiger Vorbereitungskursus, des am 1. September beginnenden Jahreslehrganges, hat am 10. März begonnen. Es nahmen neunzehn Schüler und eine Schülerin dran teil.

Liegnitz. Der vermählte Amtsgerichtsrat. Im Hofe eines Anwesens in Wabau bei Liegnitz fand man einen Fremden, der wirre Reden führte. Die Ermittlungen der Behörden ergaben, daß es sich um den seit einiger Zeit aus Berlin als vermählt gemeldeten Amtsgerichtsrat a. D. Grieger handelt. Nach den bei ihm aufgefundenen Papieren stellte man fest, daß in Schweden ein Sohn von ihm lebt, der sofort benachrichtigt wurde und seinen Vater im Auto abholte.

Schweidnitz. Freitod in der Reichswacht. Der Unteroffizier Franz von der 14. Kompanie des hiesigen Reichswehrinfanterie-Regiments wurde Dienstag früh von einem Straßenpassanten hinter dem sogenannten Resthof erhängt aufgefunden. Die Ursache des Verzeihungsaktes ist noch nicht bekannt.

Alten. Blinder Pferd im Porzellanladen. Ein erblindetes Pferd des Rohnschlächters Rasch schaute am Ring vor einem Auto und raste in die Schauenscheibe einer Porzellanhandlung und eines Zigarrengeschäftes in der Liegnitzer Straße.

Wirtschaft

Der Zustand des Arbeitsmarktes in Sowjetrußland

Ueber den Zustand des Arbeitsmarktes, insbesondere über die Bewegung der Erwerbslosigkeit, hat in letzter Zeit die Sowjetpresse keinerlei Berichte gebracht, so daß man sich gar kein Bild darüber machen konnte, ob die große Erwerbslosigkeit der Jahre 1927/28 im Jahre 1929 angehalten oder abgenommen hat. Neuerdings finden wir im „Trud“ eine beklüßige Notiz, die einigen Aufschluß über den Zustand des Arbeitsmarktes gibt. Die Notiz hat folgenden Wortlaut („Trud“ vom 21. Februar):

Der Zustand des Arbeitsmarktes in der Sowjetunion hat im laufenden Wirtschaftsjahr (Oktober 1929 bis Oktober 1930) im Vergleich zum vorhergehenden Jahr bisher eine wesentlich andere Entwicklung erfahren. Das liberale Tempo unserer Volkswirtschaft, sowohl auf dem Gebiete der Industrialisierung des Landes, wie in Bezug auf die gesamte Landwirtschaft, hat die Nachfrage nach Arbeitskräften enorm gesteigert. Infolgedessen nimmt die Erwerbslosigkeit ständig ab, besonders weil die Nachfrage nach gelernten Arbeitern in stetiger Zunahme begriffen ist. Nach den Angaben des Arbeitskommissariats hat die Gesamtzahl der Erwerbslosen, die an den Arbeitsbüros registriert sind, in der Zeit vom 1. Januar bis zum 1. Februar um 75.200 Personen, das heißt um 57 Prozent abgenommen. Besonders stark ist diese Abnahme bei den Metallarbeitern, bei denen sie 21,3 Prozent und bei den Arbeitern geistiger Berufe (14,2 Prozent) erreicht. In Bezug auf die gesamte Industriebeschäftigung hat sich die Zahl der Erwerbslosen im Januar um 7,8 Prozent verringert.

Wie stark sich die Bewegung der Arbeitslosigkeit gegenwärtig verändert hat, zeigt ferner auch die Tatsache, daß die alljährliche Zunahme der Zahl der erwerbslosen Saisonarbeiter, während der Zeit vom Oktober bis zum Januar, die in der

Regel eine Steigerung um 20 bis 30 Prozent aufweist, in diesem im Januar eine Senkung von 8 Prozent ergeben hat. Im allgemeinen hat die Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften in sämtlichen Industriezweigen überaus stark zugenommen. Ganz besonders gilt das hinsichtlich der Metallarbeiter und der Arbeiter geistiger Berufe.

Wichtig ergibt sich, daß die beschleunigte Industrialisierung günstig auf den Zustand des Arbeitsmarktes, jedenfalls sofern er von den Arbeitsbüros erfasst wird, eingewirkt hat. Damit ist allerdings noch kein vollständiges Bild der Bewegung der Arbeitslosigkeit gewonnen, denn, wie bekannt, erfassen die Arbeitsbüros längst nicht die Gesamtzahl der Arbeitsuchenden, vor allen Dingen längst nicht alle ländlichen Zuwanderer, die auf der Arbeitssuche in die Städte strömen und auf eigene Faust, ohne Vermittlung der Arbeitsbüros, Arbeitsgelegenheit suchen.

Die Oderschiffahrt im Monat Februar

Die Breststelle der Oderkombiverwaltung teilt mit: In der ersten Woche des Monats konnten bei milder Witterung in Coselhafen 6.700 Tonnen umgeschlagen werden. Der darauffolgende starke Frost (in Oberschlesien bis 8 Grad) ließ es den Interessenten des Oderschiffsverkehrs geraten erscheinen, den Umschlag in Coselhafen einzustellen. Auf der mittleren Oder fand entsprechend den Wasserständen nur ein geringer Verkehr statt, die Lauchthieser Schwanke zwischen 1,28 und 0,88 Meter. Die geringe Wasserführung der Oder gestattete auf der kanalisiertesten Strecke Cosel-Kantern nur ein ganz langsames Anfluten des Wassers. In Breslau sind angekommen 11.686 Tonnen Güter (Vormonat 17.347 Tonnen), abgegangen 30.061 Tonnen (35.892 Tonnen), darunter 13.270 (16.364) Tonnen Kohle. In Malsch sind angekommen 655 (185) Tonnen Güter, abgegangen 1985 (5521) Tonnen Güter. Die Schleuse Kantern haben durchfahren zu Berg 26 Dampfer, 96 beladene und 98 leere, zusammen 192 (Januar 142) Rähne, zu Tal 27 Dampfer und 128 beladene und 15 leere, zusammen 143 (Januar 171) Rähne. 280 beladene Lastschiffe und 304 Bergschiffe blieben in Breslau liegen. Die Fracht ober-schlesischer Steinkohle betrug von Breslau nach Berlin-Ober-spre 4,45 RM./Tonne, nach Stettin 3,35 RM./Tonne; die Fracht

für nieder-schlesische Kohle und Koks betrug ab Breslau nach Malsch nach Berlin-Oberspre 4,80 RM./Tonne und nach Stettin 3,65 RM./Tonne.

Pfandbriefabfah im Januar rückgängig

Nach einer Auffstellung der Bodenkreditinstitute hat sich der Pfandbriefabfah und der Verkauf von Kommunalobligationen im Monat Januar weiter verschlechtert. Der Nettoabfah von Pfandbriefen betrug nur 103,5 Millionen Mark gegenüber 111,7 Millionen Mark im Vormonat und der Nettoabfah von Kommunalobligationen 12,7 gegen 56,1 Millionen Mark. Der Erfolg für den Minderabfah im Januar konnte im Auslande nicht gefunden werden. Insgesamt sind im Monat Januar im In- und Auslande fast 73 Millionen Mark an Pfandbriefen und Kommunalobligationen weniger abgesetzt worden.

Konzerte / Theater / Vergnügungen

Städtisches Theater. Donnerstag 20 Uhr „Cagliostro“, Freitag 20 Uhr „Die drei Missethäter“, Sonnabend 19,30 Uhr „Der Ring des Nibelungen“; 1. Tag: „Die Walküre“, Sonntag 19 Uhr zu ermäßigten Preisen der Gruppe 2. „Die lustigen Weiber von Windsor“, 20 Uhr Vorhänge „Der Waisenhof“, Mittwoch, 19. März, Neueinführung von Verdis „Macbeth“.

Opernhaus. Donnerstag und Freitag 20,15 Uhr Bernhard Schöner, Die heilige Johanna, Sonnabend 20,15 Uhr Aufführung von Stefan Zweig, Tragödie „Das Leben des Armin“.

Opernhaus. Donnerstag 20,15 Uhr findet innerhalb des Gellplatzes der Hoch-Reform-Spiel die Aufführung der Komödie „Adolfos Vater“, aus dem französischen Original von Moliere, in der Fassung des verstorbenen Sohnes, 7 Bilder von André Gide, heraus von Gellplatz Hoch-Reform, Sonnabend 20,15 Uhr Aufführung in hochdeutscher Sprache „Der rote Reiter“ (Straßenmusik), Komödie von Paul Schürer.

Opernhaus. Donnerstag und die folgenden Tage Franz Lehár, Das Land des Lächelns, mit Kammeränger Serge Adronovic, Carola Farma, Trude Reiter, 19 Uhr „Die Fledermaus“.

Städtische Philharmonie. Der Saal des 8. Volks-Sinfonieorchesters am Montag, 17. März, ist Wilhelm Kempff, der das Klavier fesselt in F. Wolf von Chopin zum Vortrag bringen wird. Der Vorverkauf hat begonnen.

Auch in der zweiten Märthälfte beherrschen Otto Reutter und Wilhelm Garschina das Orchester, jedoch mit vollständig neuem Repertoire und einem neuen internationalen Quartett.

Herzberg & Co.

Ostdeutschlands größte Likörfabrik

gibt die eigenen Fabrikate in Breslau in 6 Filialen ab:

Höfchenstraße 48
Lauthanstraße 10
Klosterstraße 64

Bücherplatz 17/18
Micheleisstraße 3
Selenkestraße 17



Vom Faß, per Liter

Breslauer 32%	2.65
Rathaus-Crème 35%	2.90
Rumverschnitt 38%	3.70
Weinbrandverschnitt 3.45	
Weinbrand, echt	4.40
98% Spiritus	7.00



Liköre vom Faß

von 1/10 Liter an	
per Liter per Liter	
30% 3.70	35% 4.50

Stonsdorfer, Blutorange, Ingwer, Curacao, Alpenkräuter, Prunelle, Pfefferminz, Kummel, Cherry-Brandy, Goldwasser, Kurfürsten, Kirsch mit Rum und Bergamotte-Aroma-Likör, Rosen, Halb u. Halb

Liköre in Flaschen

p. Flasche p. Flasche	
30% 3.10	35% 3.60



Spezialitäten

Ei-Crème	4.00 / 3.20
Madoc-Cordiat	5.00
Ablei	5.00
Elkummel	5.00
Herzberg Booncamp	5.00
Herzberg Lebenstropfen	5.00
Himbeersaft, p. Ltr.	1.35



Deutscher Weinbrand

Marke Urkratt aus französischen Weinen in Flaschen	
Deutscher Weinbrand	3.50
Weinbrand	4.00
Weinbrand	5.00
Verschnitt	2.80, 3.20

Stadt-Theater
(Opernhaus)
Donnerstag 20 bis 22,30 Uhr:
Casanova.
Freitag 20 bis 22,30 Uhr:
Abonn.-Vorstellung H.14
Rigoletto.
Sonnabend 19,30 bis gegen 23 Uhr:
Die Walküre.

Schauspielhaus
Operettenbühne
Tel. 36300
Täglich 8 Uhr:
Der Weiterfolg
Das Land des Lächelns
Operette v. Franz Lehár
In der 1929.
Sensationsbesetzung
Kammersänger
Serge Abranovic
Carola Farma
Trude Reiter
Sonnabend mit 2 Uhr:
Rübezuhl
Nachmittag 4 1/2 Uhr:
Die Fledermaus.

15. März, abends 11.15 Uhr.
„CAPITOL“
Das Ereignis für Breslau
„Nacht-Kabarett“ **„Rettet die Oper“**
zum Besten des Vereins Opernhilfe
Es wirken mit: Damen Book, Darbo, Holland, Holmgreen, Neisch, Schulin, sowie die Tanztruppe.
Die Herren: Baron, Czabok, Frey, Gräbel, Meyer, Miller, Schätzer, Wilhelm, Wörle
Szenenbild: Prof. Wildermann, Rahmenthandlung und Texte Fritz Reiter, Komponist und Dirigent: Hans Jastler, Jazz- und 2. Flöte: Herr Kaufmann und Poplawski, Orgel: Herr Balgri.
Die Inszenierung hat Herr Intendant Dr. Hartmann persönlich übernommen.
Karten: 3 bis 6 Mk. exkl. Steuer im Capitol-Philharmonie, Hoppe, Hainauer, Wandel. Dunkler Anzug erbeten. Näheres siehe Anschlagtafel.

Franz Mehring
Schriften zur Literaturgeschichte
Von Hebbel bis Gorki, Ln. 8.50
Von Calderon bis Heine, Ln. 8.50
Mehring ist der geniale Marxist der Literaturgeschichte.
Volkswachtbuchhandlung Breslau
Neue Graupenstraße 5, Friedrich-Wilhelm-Straße 105, Flurstraße 4

Loke-Theater
Telefon 56747
Donnerstag u. Freitag 20,15 bis 23,15 Uhr:
Zum letzten Male!
Die heilige Johanna
Sonnabend 20,15 Uhr und täglich:
Uraufführung!
Das Lamm des Armoa
Trauikomödie von Stolan Zweig.

Rathaus
die würzige, blumige 10 Pl.-Zigarette, bei

Kauft Kämmen
per Stück 20, 40, 60, 80, 95 Pf., fehlerhafte 3 St. 10 Pf., Bürsten, Besen, Pinsel, Scheuertücher, Auto- und Fensterfeder, Federwedel, Seifen, Fußmatten, Klopfer, Schwämme etc.
auf der Oderstraße
2. Viertel vom Ring in dem bekannten Spezialgeschäft London & Co. G. m. b. H. Oderstraße 5 2. Viertel vom Ring

Thalia-Theater
Haas-Berkow-Spiele
Donnerstag 20,15 Uhr
Advokat Patellin
Büffe aus dem französischen übertragen v. Paul Kraede.
Freitag 20,15 Uhr:
Die Rückkehr des verlorenen Sohnes
v. Andre Gide, übertragen von Kaiser Maria Rilke.
Hierauf: **Teletanz**
bearbeitet von Gebh. Haas-Berkow.
Sonnabend 20,15 Uhr und täglich:
Uraufführung!
Der rasende Sperling
Komödie v. Paul Schenk
Sonnabend 15,30 bis 17,30:
Kolportage.

S. Kunkelmann
Schmiedebrücke 29b.
Schutzbleche 0.75
Lenker 1.50
Reinlenker 4.25
Decken 2.25
Schläuche 0.95
Glocken 0.25
Grille 0.20
Pumpenhalter 0.10
Rahmenpumpen 0.50
Rückstrahler 0.25
Kinderäder mit Freilauf 50.00
Fahrräder äußerst billig!!
„Eximus“, Reimsstr. 28
Reparaturwerkstatt, Emailierungen und Vernicklungen werden sauber und preiswert ausgeführt. 1977

Astoria-Säle
Sonnestr. 42 Inh.: Aug. Hiescher Sonnestr. 42
Heute Donnerstag der beliebte **Verkehrte Ball**
Sonnabend, den 16. März **vornehmer Familienball**
Riesen-Eisbeise — Säle für Hochzeiten noch zu vergeben
Universal-Ungeziefer-Vernichtungsmittel
Fly-Matsch Betäubt nicht, sondern vernichtet Wanzen, Schwaben, Läuse, Flöhe, Motten, Erdflöhe, Fliegen, Mücken u. sämtl. Ungeziefer samt Brut. Zu haben in den Drogerien.
Verlangen Sie ausdrücklich „Fly-Matsch“.
Hersteller: Mezzanin Kasse, Breslau 16, Friedrich-Ebert-Str. 37.

Pianos
neu und gebraucht, aus von Mark 800.- an, gebraucht von Mark 250.- an
Flügel
Geigen 074
Laute
Mandolinen
Gitarren etc.
kleine Anzahlungen
kleine Monatsraten
bei Kasse hoher Rabatt
Pianos in Miete
Reparaturen u. Stimmen
Wiener & Futter
Schmiedebrücke 48

Druckerei Volkswacht
erst moderner Druckmaschinen
Breslau 2 Flurstraße 4/6

„Ach, hätt' ich doch . . .“

Um sieben Uhr morgens steht Frau Kochmann auf. Die Kinder müssen gewaschen werden, um rechtzeitig in die Schule zu kommen. Natürlich verzichtet auch Herr Kochmann nicht darauf, gemeinsam mit seiner Ehehälfte das Frühstück einzunehmen. Noch ist Frau Kochmann nicht recht angezogen, da muß sie schon Kaffee kochen, Brötchen zubereiten, Schuhe putzen, Kleider ansbütteln, alles im bunten Durcheinander . . .
Nun sind die Kinder in der Schule. Wie mühten sie sich abhüten, um nicht zu spät zu kommen! Aber Mütter kann die Augen ja nicht überall haben. Mutter hat ja auch nur zwei Hände. Immer wieder muß Vater Kochmann auf seinem täglichen Wege ins Büro daran denken, und oft genug fällt es ihm schwer aufs Gowißen, daß sich seine Frau so überarbeitet. Zumal neulich machte er sich bittere Vorwürfe, als ein Kollege zu ihm sagte: „Ihre Frau, wissen Sie, die kann einem wirklich leid tun. Vom frühen Morgen bis in die Nacht nur Arbeit. Das wird sich noch einmal bitter rächen, sago ich Ihnen.“
Der Kollege hat recht behalten. Eines Tages ist Frau Kochmann zusammengebrochen. Wie sagte doch der Arzt? „Überanstrengung.“ Herzfehler. Norven in Mitleidenschaft gezogen. Äußerste Schonung
Und Herr Kochmann ist jetzt zur Einsicht gekommen. Sorgenvoll sagt er: „Ach, hätt' ich doch in der „Volkswacht“ inseriert, um ein Hausmädchen zu suchen! — Meine Frau, auf deren Schultern alle Arbeit ruhte, wäre dann gesund geblieben.“

Circus Busch
Schar-Krone 9/8
Heute ringen:
3 Entscheldungen:
Jaago — Schwartz
Stecker — Pischke
Petersen — Karach

Wurstschneider
Fast alle Preise wieder niedriger!
Landlauerwurst Pfd. 0.76
Preßwurst Pfd. 0.80
Knoblauchwurst Pfd. 0.98
Jagdwurst Pfd. 1.40
Lungenfet Pfd. 0.92
Schmalz Pfd. 0.98
gep. Schnauzen Pfd. 0.63
Mortadella Pfd. 1.40
Kalbfleisch, ohne Knochen Pfund 1.45
Kalbskaule Pfund 1.65
Verkaufsstellen: u. a. Ohlauer Str. 67, Albrechtstraße 54, Neumarkt 14, Schmalzstraße 21, Rosenkranzstraße 4, Reibitzstraße 3, Weidenstraße 65, Mischeisstraße 70, Klosterstr. 29, Neue Taschenstr. 19, Gartenstr. (Ecke Teichstr.)